

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 25. Mai 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## 60 Jahre Dreiklassenschmach.

Am 30. Mai werden es 60 Jahre seit Einführung des Dreiklassenregiments in Preußen. Das Dreiklassenwahlrecht wurde dem Volke durch den Staatsstreich der Krone aufgezwungen, nachdem die konstituierende Nationalversammlung, die auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewählt worden war und mit der Krone die Verfassung vereinbaren sollte, durch die Bajonette auseinander getrieben worden war!

Als die Völker durch die sogenannten Befreiungskriege in den Jahren 1813 und 1815 die napoleonische Macht gebrochen und damit den angestammten Machthabern wiederum Elbogensraum verschafft hatten, hatte auch der König von Preußen dem Volke eine Verfassung versprochen. Aber Friedrich Wilhelm III. vergaß bald dies feierliche Versprechen, er versuchte vielmehr durch die Demagogenerfolgungen die politisch regen Elemente des Bürgertums gewaltsam zu unterdrücken. Trotzdem wuchs die liberale Opposition im Lande. Namentlich in der Rheinprovinz, die durch die französische Herrschaft von dem feudalen Wust gesäubert worden war, begann frisches politisches Leben zu keimen. Die industrielle Entwicklung war dort am weitesten vorgeschritten und trieb die Bourgeoisie, die größere Abgabengebiete, Beseitigung der Zollschranken, also ein einheitliches Deutsches Reich brauchte, zu freirechtlichen Forderungen. Aber auch im Osten des Landes begann es sich zu regen. Eine Schrift des preussischen Finanzministers v. Schoen begründete die Forderung der Einberufung der Generalstände mit den Worten: „Die Zeit der sogenannten väterlichen oder patriarchalischen Regierung, für welche das Volk aus einer Masse Unmündiger besteht und sich willig leiten und führen lassen soll, läßt sich nicht zurückführen“. Und im Jahre 1841 erschien die Schrift des Königsberger Arztes Johann Jacoby „Vier Fragen, beantwortet von einem Dispreußen“, worin energisch konstitutionelle Forderungen erhoben wurden.

Im Jahre 1840 hatte Friedrich Wilhelm IV. den Thron bestiegen, „der Romaniker auf dem Thron“, wie ihn David Friedrich Strauß nannte. Als die finanziellen Schwierigkeiten, die durch militärische Ausgaben hervorgerufen worden waren, zur Errichtung einer Art von Landesvertretung, des Vereinigten Landtags, zwangen, dachte der König gleichwohl nicht daran, diesem Landtage ein wirkliches Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Der Landtag erhielt nur das Petitionsrecht, das Mitberatungsrecht und das Steuer- und Anleihebewilligungsrecht, und bestand aus zwei Kurien, die rein ständisch waren und dem Adel die Majorität sicherten. Bei der Eröffnung des Landtages am 1. April 1847 erklärte der König ausdrücklich, er werde niemals zugeben, daß sich „zwischen den Herrgott im Himmel und das Land ein geschriebenes Stück Papier dränge“. Ein parlamentarisches Mitbestimmungsrecht sei „undeutsch“ und führe zu „unlösbaren Konstitutionen mit der Krone, welche nach eigenem freiem Willen herrschen“ solle, „aber nicht nach dem Willen von Majoritäten regieren kann und darf“. Obendrein sollte der Landtag nicht ständig einberufen, sondern durch die von ihm zu bildenden ständigen Ausschüsse vertreten werden.

Da legte in die Stille der preussischen Reaktion der revolutionäre Sturmwind hinein, der sich in Frankreich so ungestüm erhoben hatte. Am 24. Februar krochte der Thron Louis Philippe schmählich zusammen, desselben Herrschers, dem Friedrich Wilhelm IV. von Preußen noch wenige Wochen vorher geschrieben hatte: „Sire, Sie sind der Schild der europäischen Monarchien, der von der Vorsehung erhobene Arm, um das Werk von Jahrhunderten zu retten und die Gesellschaft auf ihrer alten erschütterten Grundlage zu befestigen“. Der von der französischen Revolution ausgehende Luftdruckwirbel wälzte sich über ganz Deutschland hinweg und riß alles in seine Kreise. Das Rheinland geriet in ungeheure Aufregung; in Köln debattierte man über Monarchie und Republik, sogar die Drohung mit dem Anschluß an Frankreich wurde laut. Aber auch in Berlin begann es mehr und mehr zu gären. Die Berliner Bevölkerung, aufgeregter und enthusiastischer durch die Nachrichten aus Paris und aus Süd- und Mitteldeutschland, sammelte sich fast täglich in Volksversammlungen in den „Felsen“, wo die politische Lage besprochen wurde. Auch die Arbeiter, die gerade schwer unter Arbeitsmangel zu leiden hatten, zeigten sich ungewöhnlich erregt, wozu die Pariser Vorgänge, der Eintritt eines Arbeiters in die Regierung, und die Verfrüherung der Regierung, das Recht auf Arbeit anzuerkennen, beitrugen. Bald kam es auch zwischen den aus den Versammlungen zurückströmenden und auf den Straßen demonstrierenden Volksmassen und den Truppen zu Zusammenstößen. So machte das Militär am 13. März einen Bajonettangriff auf die Menschenmenge. Schon damals wurde der Versuch gemacht, eine Barrikade zu errichten. Am 14. März kam es gleichfalls zu heftigen Zusammenstößen. In der engen Bräderstraße hieben die Gardehässler mit ihren schweren Palaschen in die wehrlose Menge. Auch am 15. März wurde das Volk mit Bajonetten und Kolben angegriffen. Auch an diesen Tagen versuchte man

wiederum Barrikaden aufzuwerfen, so daß das Militär von der Feuerwaffe Gebrauch machte. Es gab Tote und Verwundete. Am 16. März wurden durch eine Gewehrsalve 15 bis 18 Menschen getötet und gegen 100 schwer verwundet. Jetzt endlich und unter dem Eindruck, den der Empfang einer rheinischen Deputation auf den König machte, entschloß sich Friedrich Wilhelm IV. zu Zugeständnissen. Am 18. März, mittags 1 Uhr erschien ein Extrablatt der „Allgemeinen Preussischen Zeitung“, das zwei Patente des Königs enthielt: die Verheißung der beschleunigten Einberufung des Vereinigten Landtags, der Neugestaltung des Deutschen Bundes und der konstitutionellen Verfassung der deutschen Länder und die Aufhebung der Zensur. Das Bürgertum schwamm ob dieser Erfolge in einem Taumel des Entzückens. Es veranstaltete vor dem Schlosse Freudentemonstrationen. Da kam es nachmittags 2 Uhr zu der berühmtesten Attacke auf die friedliche Menge. Das Volk stob auseinander. Aber im Nu wuchsen allenthalben die Barrikaden aus dem Boden. Und am Morgen des 19. März waren die Truppen derartig erschöpft, daß der König den Befehl zur Räumung der Stadt geben mußte.

Das Volk hatte gesiegt! Der König entblöhte vor den Leichen der Barrikadenkämpfer das Haupt. Der Prinz von Preußen, der sich besonders verhaßt gemacht hatte, floh nach England, und bereits am 22. Mai wurde die Nationalversammlung zur Verfassungsberatung einberufen. Die Nationalversammlung aber, die am 22. Mai 1848 in Berlin zusammentrat, ging hervor aus allgemeinen und gleichen Wahlen. Alle unbescholtenen Preußen, die 24 Jahre alt waren, besaßen das Wahlrecht. So hatte sich das Berliner Volk auf den Barrikaden das allgemeine und gleiche Wahlrecht erkämpft!

Für den Augenblick hatte das Bürgertum den vollen Sieg über den preussischen Militarismus davongetragen. Friedrich Wilhelm IV. schien sich mit dem neuen Zustande vollkommen abzufinden. Am 21. März erließ er eine Proklamation, worin es zum Schluß hieß: „Heil und Segen dem konstitutionellen Fürsten, dem Führer des gesamten deutschen Volkes, dem neuen König der freien wieder-geborenen Nation.“ Und an demselben Tage, bei einem Umritt durch die Stadt, erklärte er: „Ich weiß es wohl, daß ich nicht stark bin durch die Waffen meines Heeres, nicht stark durch meinen gefüllten Schatz, sondern allein durch die Herzen und die Treue meines Volkes.“ Und am 25. März hielt der König im Schloß zu Potsdam eine Ansprache an die Offiziere der Garde, in der er sagte, daß in der Berliner Bürgerschaft ein so ausgezeichnetes Geistes herrsche, wie er in der Weltgeschichte ohne gleichen sei. „Ich wünsche daher“, fuhr der König fort, „daß das Offizierkorps den Geist der Zeit ebenso erfassen möge, wie ich ihn erfährt habe, und daß Sie sich alle von nun an eben so als treue Staatsbürger bewähren mögen, wie Sie sich als treue Soldaten bewährt haben.“

## Wie die bosnischen Bauern befreit werden.

Aus Wien wird uns geschrieben: Auf die Qualität der Kultur, die Oesterreich-Ungarn in Bosnien geleistet zu haben sich rühmt und die es als den eigentlichen Rechttitel für die Annexion ausgeben möchte, wirft der Streit um die Privilegierung der Agrarbank für Bosnien ein großes Licht. Durch diese Bank soll nämlich die sogenannte freiwillige Grundablösung durchgeführt werden und der Streit der beiden Regierungen dreht sich im Grunde um die erboulche Frage, ob die Exploitation des bosnischen Bauern von dem ungarischen Kapital allein besorgt oder ob auch der österreichische Geldwucher daran beteiligt werden soll. Aber dabei erinnert man sich, daß die zwei Länder von der Großmacht schon ein Menschenalter verwalet werden, daß es also längst an der Zeit gewesen wäre, die Befreiung der Bauern vom Joch der Leibeigenschaft durchzuführen und die Agrarfrage zu lösen, mit der Serbien und Bulgarien, die Kleinen Länder, auf die man in Oesterreich so hochmütig hinabsieht, schon lange fertig geworden sind. Und auch jetzt, wo die zwei Länder österreichisches „Vaterland“ geworden sind, fehlt die Energie, das Problem radikal anzugreifen und zu bewältigen!

Weitans die meisten bosnischen Bauern sitzen nicht als freie Eigentümer auf ihrem Grunde, sondern stehen im Erbpachtverhältnis zu einem mohammedanischen Grundherrn. Dieses Grundherrentum ist nicht durch Kauf entstanden, sondern hauptsächlich auf der Grundlage der politischen Machtverhältnisse. Die türkischen Eroberer bemächtigten sich einst gewaltsam des Bodens und überließen ihn ihren Anhängern als Beute. Dieses allerdings schon 500 Jahre alte Deutrecht hat die Okkupation als Besitzrecht anerkennen müssen — im Gegenfatz zum benachbarten Serbien, wo nach dem Jahre 1876 die türkischen Grundherren, die „Spahis“, schonungslos expropriert wurden. Das mag allerdings in Bosnien, wo die Mohammedaner ein volles Drittel der Bevölkerung bilden und wo jede schroffe Aktion gegen die grundbesitzenden Agas von der Gesamtheit der Mohammedaner als eine islamfeindliche empfunden worden wäre, von vornherein nicht möglich gewesen sein. Natürlich auch nicht im entferntesten beabsichtigt, denn die Regierung hoffte während der ganzen Okkupationsperiode, in den Türken ein konservatives Bevölkerungselement zu gewinnen. So blieb denn das uralte

Ametenband bestehen und der bosnische Bauer muß noch heute ein volles Drittel seines Ertrages als „Tretina“ oder „Hal“ dem Grundherrn entrichten, der nicht sät, nicht erntet, sich auch um das Gedeihen der Frucht nicht im mindesten kümmert, sondern nur alljährlich einmal mit zwei oder drei Maultieren daherkommt, um dem Bauern ein Drittel seiner Ernte wegzunehmen. Die Befreiung des Bauern aus diesem Knechtsverhältnis ist bis nun in Bosnien nicht, wie es noch 1848 in Oesterreich der Fall war, in der Weise geschehen, daß der Staat selbst einen Teil der Lasten auf sich nimmt, sondern der Bauer muß sich selbst freikaufen; der Staat vermittelt ihm bloß Hypotheken, und zwar sehr teure Hypotheken. Der Bod wird zum Gärtner gemacht und die Banken befreien dem Ameten aus der Hand des Aga, indem sie die orientalische Form der Hörigkeit durch die europäische ersetzen, wobei es ja natürlich nicht so sehr auf die Hörigkeit als auf das Geschäft ankommt. Bei dieser sonderbaren Art der Bauernbefreiung gerät der Amet buchstäblich vom Regen in die Traufe, denn wenn auch die hohen Prozente an irgendeine Agrarbank relativ nicht so viel ausmachen wie die Tretina an den Grundherrn, so ist der Betrag absolut genommen häufig noch höher, denn bei dem heißen Drange der Ameten, freien Bauernbesitz zu erwerben, sind die Grundpreise allenthalben rasend in die Höhe gegangen. Daß der freiwillige Loskauf trotzdem nicht geeignet ist, das Hörigkeitsverhältnis zu beseitigen, zeigen ein paar Zahlen. Bei der letzten Zählung (1885) wurden neben 88 867 Freibauern 88 970 Kur-Ameten und 22 655 solche Ameten, die nebenbei Freigut besaßen, also insgesamt 111 625 Ametenansässigkeiten gezählt. Sich selbst haben freigelauft in den Jahren 1879 bis 1908 im ganzen 22 116 Ameten um den Ablösungsbetrag von 15 133 000 Kronen, also in 27 Jahren kaum der fünfte Teil. Der freiwillige Loskauf würde also etwa in 130 Jahren beendet sein!

Nun steht aber die sogenannte bosnische Landesregierung, als welche bekanntlich der gemeinsame Finanzminister fungiert, der das Uebel an der Wurzel fassenden staatlichen Ablösung den schroffsten Widerstand entgegen. Dieser gemeinsame Finanzminister war seit der Okkupation immer ein Magyarer; zuerst der seither verstorbene Kallay, jetzt Freiherr v. Burian. Herr v. Burian will nun die Grundablösung zu einem ertragreichen Geschäft für das ungarische Kapital ausbeuten. Er hat der Pesther Kommerzbank die Konzeption für eine Agrarbank verschafft, die die Ametenablösung in größtem Stil betreiben soll und mit ganz ungewöhnlichen Privilegien ausgestattet wird. Das gemeinsame Finanzministerium — was hier heißt: beide Staaten der Monarchie — übernimmt die Garantie, daß der Bank aus dem Ametenablösungsgeschäft keinerlei Verlust entstehen wird; die Forderungen der Bank werden von den Behörden, ohne Klage und gerichtliches Erkenntnis, gleich öffentlichen Steuern eingetrieben und sie besitzen gegenüber allen Gläubigern ein absolutes Vorkaufsrecht; die Organe des Staates würden als ihre Agenten; die Zinsenerträge ihrer Schuldverschreibungen können niemals mit einer Steuer belegt werden — kurz, einem privaten Geldinstitut werden staatliche Hoheitsrechte verliehen, die geradezu seine Allmacht begründen müssen. Gegen die Privilegierung dieser Bank hat nun das österreichische Abgeordnetenhaus den schärfsten Protest eingelegt und, seinem europäischen Zuschnitt gemäß, die ernste Forderung erhoben, daß die Ablösung in Bosnien fortan von Staats wegen erfolgen soll. Anfanglich hatte die österreichische Regierung auch Widerstand gezeigt und ihre Zustimmung zu der Gründung verweigert. Aber zum Schluß hat sie die „vollzogene Tatsache“, nämlich die Erteilung der Vor Konzession an die Ungarische Kommerzbank, auch für sich akzeptiert und unter gewissen mehr oder minder bedeutungslosen Kautelen der Erteilung des Privilegiums zugestimmt. Die Kautelen bestehen darin, daß bis zum Ablauf der ersten Session des zu wählenden bosnischen Landtages (der freilich noch nicht einmal auf dem Papier existiert) mit dem Ablösungsgeschäft gewartet wird, und daß sich der gemeinsame Finanzminister verpflichtet, in dieser ersten Sitzung des Landtages eine „Neueuerung“ desselben über die Grundablösung herbeizuführen. Da aber dieser Landtag zum Teil in den Händen der Agas, die natürlich der staatlichen Grundablösung nicht hold sind, und zur Gänze in den Händen des gemeinsamen Finanzministers sein würde, der das gemeinsame Ablösungsgeschäft so favorisiert, so hat die Verweisung auf seine Neueuerung wenig Wert. Die Fahrenflucht der Regierung Wienerth hat im österreichischen Abgeordnetenhaus starke Aufregung erzeugt, und dem schneidigen Mißtrauensvotum, das der Abgeordnete Dazynski beantragt hat, ist Wienerth im Annerkennungsfuß nur unter Aufbietung aller Mittel mit der Klaglichkeit Wehrheit von fünf Stimmen entronnen. Dafür hat er den Burian preisgegeben und diesem ist die Mißbilligung rückhallos ausgesprochen worden, so daß seine Stellung heute ernstlich gefährdet erscheint.

Eine Kolonisation, die die Bauernbefreiung zu einem profitablen Geschäft des gefräßigen Kapitalismus unmmünzt, kann sich aber in der Welt doch sehen lassen!

## Ein gelbes Schelmenstück.

Vor länger als einem Jahre veröffentlichte Lebins in seinem Blatte „Der Bund“ einen Artikel, in dem er die Behauptung aufstellte, Cohen, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, habe — Reichelmsöder gedungen und sie beauftragt, die Gelben, welche im Februar 1908 als Arbeitswillige in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik in Wittenau tätig waren, zu überfallen, solche Überfälle seien auch wirklich ausgeführt worden. — Und die Nummer

**Die Inserions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonisation oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (settgebrachte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

seines Blattes, welche diesen an ein Kapitel aus einem Schillerroman erinnernden Artikel enthält, reichte Lebius der Staatsanwaltschaft als Grundlage einer Strafanzeige gegen Cohen ein. — Die Staatsanwaltschaft leitete daraufhin auch tatsächlich ein Verfahren ein und Lebius ist bis in die allerneueste Zeit im „Vund“ immer wieder auf diese Angelegenheit zurückgekommen. Wer weiß wie oft hat er seine Behauptung, der Metallarbeiterverband habe Neuschwäbinger gegen die Gelben gedungen, wiederholt. Zwar ist es dem Demagogen nicht gelungen, den ihm verhassten Genossen Cohen auf die Anklagebank zu bringen. Denn selbst den eifrigsten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gelang es nicht, menschenmörderische Absichten beim Genossen Cohen zu entdecken. Aber soweit erfüllte die Staatsanwaltschaft den Wunsch des Lebius, daß sie einen anderen Angestellten des Metallarbeiterverbandes, den Genossen Maus, auf die Anklagebank setze und ihn beschuldige, er habe andere Personen angestiftet, arbeitswillige Gelbe zu überfallen und zu verprügeln.

Die Anklage wurde gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt. Mit Maus gemeinsam waren die Metallarbeiter Heinz, Papöhn und Wille angeklagt. Sie waren der Körperverletzung, Bedrohung usw. beschuldigt und sollen die Werkzeuge der schwarzen Mäntel des Angeklagten Maus gewesen sein.

Die eingehende Beweisaufnahme ergab, wie gleich vorweg bemerkt sein mag, auch nicht den geringsten Anhalt für die Behauptungen, welche der Demagogen des Lebius zugrunde liegen. — Festgestellt wurde, daß allerdings bei dem Streik in Wittenau die Arbeitswilligen durch Streikposten bedroht wurden und daß aus den Reihen der Streikenden mandralen Ausrufungen fielen, die von den Arbeitswilligen als Bedrohungen aufgefaßt wurden. Aber keiner der damals Arbeitswilligen, die jetzt als Zeugen vernommen wurden, konnte einen der Angeklagten belassen. Keiner konnte auch nur das geringste dafür angeben, daß Maus irgendwelche Ausrufungen gegen Arbeitswillige veranlaßt habe. — Der Arbeitswillige Alfred Bloch war der einzige, der etwas von einem Uebertreten zu erzählen wußte. Er gab an, er sei einmal beim Verlassen der Fabrik von hinten zu Boden geschlagen worden; doch wußte er bestimmt, daß keiner der Angeklagten an dem Angriff beteiligt war. Der Vater dieses Zeugen, Franz Bloch, der ebenfalls als Arbeitswilliger in Wittenau tätig war, trug, wie er angab, während des Streiks stets einen Revolver bei sich und legte ihn auf Streikende an, die er auf sich zukommen sah. Das Verhalten dieses Revolverhelden mag die Streikenden besonders erbittert haben, woraus sich erklärt, daß die beiden Bloch von den Streikenden besonders scharf beobachtet und auch gelegentlich mit Schimpfworten bedacht wurden. Von Gewalttätigkeiten der Streikenden konnte dieser Zeuge nichts bekunden, insbesondere wußte auch er nichts zur Belästigung der Angeklagten anzuführen. — Ein Zeuge Weiersdorf, der ehemals eine führende Rolle bei den Gelben gespielt, sich aber von ihnen getrennt hat, dem Metallarbeiterverband jedoch nicht angehört, war ebenfalls als Zeuge geladen. Er wußte von dem unter Anklage stehenden Fall gar nichts. Auf Verfragen sagte er, er sei im März 1908, als er aus einer Versammlung der Gelben kam, in der Gleisstraße von einigen Unbekannten angefallen worden, doch bezeichnet er es als völlig unzutreffend, daß dies auf Veranlassung des Angeklagten Maus geschehen sein könne.

Fünf Zeugen, die zur fraglichen Zeit alle der gelben Organisation angehört und mit Ausnahme von Weiersdorf Arbeitswillige in Wittenau waren, konnten also nicht das mindeste anführen, was geeignet gewesen wäre, auch nur eine schwache Stütze für die Anklage zu bieten. — Nur der sechste Zeuge, Werkzeugmacher Ernst Schmidt, war der einzige, der den Angeklagten Maus belastete. Ungenügend ist nicht auf diesen Zeugen die ganze Anklage. Dieser Zeuge Schmidt gehörte zur Zeit des Streiks dem Deutschen Metallarbeiterverbande an und fungierte in Wittenau als Streikleiter. Er hat bei dieser Gelegenheit — wie der Angeklagte Maus sagte — 15 M. von ihm (Maus) erhalten, um den Arbeitswilligen, die der Arbeitsnachweis der Gelben nach Wittenau sandte, die aber auf Verlangen der Streikenden nicht angingen, ihre Auslagen an Jobregel zu erstatten. Schmidt habe nicht nur dies Geld, sondern noch 40 M., die er auf den Namen des Angeklagten Maus von dem Gastwirt des Streiklokals borgte, für sich verwandt. Als dies entdeckt wurde und Schmidt seinen Ausschluß aus dem Metallarbeiterverband zu erwarten hatte, kam er dem durch seinen Austritt zuvor. Dann ging er zu den Gelben. Auch hier hat er — wie der Zeuge Weiersdorf sagte — sich Unregelmäßigkeiten in Geldangelegenheiten zuschulden kommen lassen. Schmidt mußte deshalb auch aus der gelben Organisation austreten, weil sonst sein Ausschluß erfolgt wäre. Gegenwärtig gehört er keiner Organisation an.

Als Zeuge in dem Verfahren gegen Maus hat dieser Schmidt bei seiner polizeilichen Vernehmung ausgesagt: Maus habe zu ihm gesagt, die beiden Bloch müßten ordentlich verhaufen werden. Man müsse dazu Leute aus den Kassen holen, die dafür entschädigt würden. Einem Tages seien zu ihm — Schmidt — zwei unbekannte Leute gekommen und hätten gesagt, sie seien hergeschickt, „um eine Sache zu machen“. Er habe angenommen, diese Leute seien von Maus gedungen, um die beiden Bloch zu verhaufen. Er — Schmidt — habe den beiden Unbekannten Bier und Zigarren gegeben und ihnen die beiden Bloch gezeigt.

Maus bestreitet ganz entschieden, etwas Verartiges veranlaßt zu haben. Dagegen gab einer der anderen Angeklagten an, daß Schmidt auch ihn aufgefordert habe, gegen Bezahlung von 20 Mark die beiden Bloch zu verhaufen. Doch habe er dies Anerbieten nicht angenommen.

Als Schmidt vor Gericht als Zeuge vernommen wurde, machte ihn der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß er die Antwort auf Fragen, durch deren Beantwortung er sich selbst einer strafbaren Handlung bezählig machen würde, ablehnen könne. — Hiernach verweigerte Schmidt denn auch nach kurzem Besinnen die Antwort auf die Frage, ob er Personen Geld oder sonstige Zuwendungen gemacht oder versprochen habe, damit sie Arbeitswillige, insbesondere die beiden Bloch, überfallen sollten. Im übrigen behauptete der Zeuge, Maus habe gesagt, es läme nicht auf 20 Mark an, wenn man Leute fände, welche die Arbeitswilligen verhaufen.

Das Gericht hielt den Zeugen Schmidt — die einzige Stütze der Anklage — der Mittäterschaft verdächtig und beehrte ihn deshalb nicht, während alle übrigen Zeugen beeidet wurden. Der Amtsanwalt gab unumwunden zu, daß die Zeugenvernehmung gar nichts zugunsten der Angeklagten feststellen habe. Wenn man von der Anklage des Zeugen Schmidt, die ja, weil unbegründet, nicht in Betracht komme, absehe, so bleibe von der Anklage nichts übrig, die Angeklagten müßten deshalb freigesprochen werden.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, schloß sich dem Antrage an und bemerkte: Er verstehe nicht, wie es möglich gewesen sei, daß die Staatsanwaltschaft die Anklage erheben konnte, ohne den Zeugen Schmidt, den einzigen Schuldigen, auf die Anklagebank zu bringen.

Das Gericht erkannte nach sei kurzer Beratung auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Wie der Vorsitzende in der Urteilsbegründung sagte, hält das Gericht den Zeugen Schmidt für so befangen, daß auf seine Aussage kein Gewicht gelegt werden könne. Der Verteidiger habe ganz recht; der Zeuge Schmidt komme als Kleinschuldiger in Frage und hätte als Einziger auf der Anklagebank sitzen müssen.

Die hohlen nichtswürdige Beschuldigung, welche Lebius seit Jahr und Tag gegen die Leitung des Metallarbeiterverbandes erhebt, ist durch dieses Gerichtsverfahren als jeder tatsächlichen Begründung entbehrend gekennzeichnet worden. Wenn selbst die Zeugen, welche die Opfer der Mordanschläge des Metallarbeiterverbandes gewesen sein sollen, nichts, aber auch rein gar nichts anführen können, was auch nur als ein Schein von Wahrscheinlichkeit für die von Lebius verbreiteten Unwahrheiten angesehen werden könnte, dann muß man doch fragen, ob dieser Mann selbst an die Wahrheit seiner Behauptungen glauben konnte, und ob es nicht mehr wie leichtfertig ist, wenn er, allein aus der trüben Quelle der Angaben des Zeugen Schmidt schöpfend, einer Gewerkschaftsleitung die schwersten Schandthaten nachsagt. — Lebius und Schmidt, der sich durch Unregelmäßigkeiten in Geldangelegenheiten überall ummöglich macht — Lebius und Schmidt gehen als die moralisch schwer Verurteilten aus dem Verleumdungsfeldzug gegen den Metallarbeiterverband hervor.

Auch die Staatsanwaltschaft, die auf Grund einer vagen Denunziation eine völlig haltlose Anklage einleitete, denjenigen aber, der als einziger Schuldiger angesehen werden muß, als Zeugen gegen die schuldlosen Angeklagten ins Feld führt, hat sich in diesem Falle abermals keineswegs als „die objektive Behörde“ betätigt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Mai 1909.

### Jagdsteuern und Fahrradsteuer.

Die Montagssitzung des Abgeordnetenhauses zeigte wiederum die Steuerdrückerei unserer Konservativen in bengalischer Beleuchtung. Die Herren hatten mit Hilfe des Zentrums und der Nationalliberalen in der Kommission den von der Regierung vorgeschlagenen Stempel auf Jagdverpachtungen bedeutend herabgesetzt, dagegen einen in der Regierungsvorlage gar nicht vorgesehenen Stempel auf Fahrräder durchgesetzt. Für jedes Fahrrad soll künftig eine jährliche Stempelsteuer von 50 Pf. gezahlt werden! Besonders der Redner der Sozialdemokratie, Genosse Leinert, geteilte mit schneidender Schärfe diese schreiende unsoziale Art der Gesetzesherei. Weil die Herren Agrarier sich ihren Jagdsport nicht allzuviel kosten lassen wollen, soll die Waffe wieder einmal bluten! Und auch die zahlreichen Arbeiter, für die das Radfahren kein Sport, kein Sonntagsvergnügen, sondern lediglich ein notwendiges Verkehrsmittel ist, um zur Arbeitsstätte zu gelangen, sollen jährlich die 50 Pf. zahlen und bei dem Lösen des Stempels womöglich noch Arbeitszeit verfaulen! Und diese Christianisierung der Arbeitermassen soll lediglich deshalb eintreten, damit die Besizenden etwas weniger Luxussteuer in Gestalt des Jagdstempels zu zahlen haben!

Die Herren Lüdicke und Kretsch verteidigten die standalöse Steuer. Der freikonservative Herr Lüdicke stellte dabei die ungläubliche Behauptung auf, daß der Arbeiter, der sich ein Fahrrad leiste, bereits eine gewisse Wohlhabenheit verrate! Und Herr Kretsch machte die höhnische Bemerkung, daß das normale Verkehrsmittel der Arbeiterschaft doch deren Weine seien!

Die Fahrradsteuer wurde denn auch schließlich angenommen. Die Mehrheit des Dreiklassenparlamentes hat damit der sozialdemokratischen „Verhegung“ wieder einmal trefflich vorgearbeitet!

### Mumienhaftes aus dem Herrenhause.

Während das Dreiklassenhaus gesetzgeberische Flus- und Flußarbeit trieb, unterhielten sich die geborenen und „berufenen“ Gesetzgeber, die erlauchten, edlen und bloß geehrten Herren des Herrenhauses über den Etat. An pudigen Momenten schloß es nicht. Die tropische Sommenglut hat so belebend auf die Phantasie des Herrn v. Buch gewirkt, daß er das Dreiklassenhaus mit dem französischen Nationalkonvent verwechselt und rote Jakobinermägen auf den Köpfen der Archibergarden sieht. Der alte Graf Häfeler hielt, wie jedes Jahr, auch diesmal seinen unentwegten Monolog über Fortbildungsschulwesen. Es ist ja nett von dem greisen Herrn, daß er sich so für die Fortbildungsschule interessiert. Es scheint aber, daß der Lehrplan seiner Idealschule auf das Motto „Steuerzahler, Mannhalten und Soldat werden“ zugeschnitten sein soll.

### Die Hoffinanz und die Wertpapiersteuer.

Im Reichsschatzamt tagte am Montag eine Konferenz, zu der die Direktoren einer Anzahl großer Banken eingeladen waren, um ihre Ansicht über die von der Finanzkommission des Reichstages beschlossene Einführung einer Besteuerung der Wertpapiere zu äußern. Von Vertretern der Hoffinanz waren anwesend v. Wendelslohn, Geheimrat Rießer, Paul Wankelwitz, Ludwig Delbrück, Direktor Rathau und andere. Außerdem waren auch Vertreter der Großindustrie hinzugezogen. Von vornherein wurde beschloffen, über den Gang der Verhandlungen strengstes Stillschweigen zu bewahren.

Zu einer weiteren Konferenz waren lediglich Vertreter der Behörden zugezogen; Gegenstand der Verhandlungen dürfte die Umsatz- und die Wertzuwachssteuer gewesen sein. Die Scherzpresse behauptet, daß von den Vertretern der Banken eine Dividendensteuer vorgeschlagen worden sei.

### Zum Biermandatsdraub

Schreibt Herr v. Werlach in der „Welt am Montag“:

Zwei Richtungen haben geschlossen für die Ungültigkeit der vier Berliner sozialdemokratischen Landtagsmandate gestimmt, der Konservatismus und der Freisinn: ein würdiges Seitenstück zu der Niederbarnimer Wahl, wo der konservative Herr v. Treosow und der freisinnige Herr Schupp Kern in Form Wahlrechtsfreunde und Wahlrechtsfeinde in die Schranken forderten. Bei einem großen Teil des Zentrums und selbst bei einzelnen Nationalliberalen regten sich Bewußtseinsbedenken. Bei Konservativen und Freisinnigen natürlich nicht. Wenn es gegen die „Roten“ geht, da kann man ein so zartes Ding, wie es das Gewissen ist, nicht brauchen. Da braucht man nur ein: eine eiserne Stirn.

Aus zwei Gründen sind die Wahlen für ungültig erklärt worden. Doppelt hält besser. Wenn ein Richter keinen durchschlagenden Grund zur Beurteilung eines Angeklagten hat, so sucht er möglichst viele Gründe zusammen. Qualität Nebenfrage, Quantität Hauptsache. Er denkt: wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen. Macht auf den einen der eine Grund keinen Eindruck, so vielleicht der andere. Zunächst hat man einen formellen Grund: der Magistrat hat für die Wähler, die weniger als 3000 M. versteuern, die Listen von 1908, für die anderen die Listen 1907 — weil die für 1908 noch

nicht vorhanden waren! — zugrunde gelegt. Ob das genügt, um Wahlen für ungültig zu erklären, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Jedenfalls haben alle Berliner Wahlen nach denselben Listen stattgefunden. Von den 12 nur 4 herausgreifen, gegen die Eingeweihten rechtzeitig Protest erhoben haben, und diese vier kassieren, die anderen acht aber ruhig zu Recht bestehen lassen, das mag formelles Recht sein. Sicher ist es materielles Unrecht, und wirken muß es wie politische Unmoral.

Der materielle Grund zur Ungültigkeitserklärung ist der angebliche Terrorismus der Sozialdemokratie. Ihn hat man als Beweis angenommen ohne Weiterbedingung. Er gilt den Herren des Dreiklassenparlamentes als notorisch. Die Kinder, kein Engel ist so rein, kassieren wegen „Terrorismus“ die Wahlen der Partei, die unter allen am meisten unter dem Terrorismus der Dreiklassenwahl leidet!

Die öffentliche Abstimmung ist an sich schon der empörendste Terrorismus. Millionen von Beamten, Arbeitern, Gewerbetreibenden und irgendwie abhängigen Menschen — und wer kann sich völlig unabhängig nennen! — werden durch die öffentliche Abstimmung in ihrem Gewissen vergewaltigt, und zwar vergewaltigt zugunsten der herrschenden Mächte, der Regierung und der sozial ausschlaggebenden Parteien und Verfassungsklassen. Die Geschichte des preussischen Wahlrechts ist eine einzige Chronik der Vergewaltigungen von oben her...

Wenn jetzt die Sozialdemokraten versuchen, ihren wirtschaftlichen Einfluß bei den preussischen Wahlen hier und da in die Waagschale zu werfen, so kompensieren sie damit nur ein Lausendstel des Unrechts, das ihnen die öffentliche Abstimmung allenthalben zufügt. Sie begehren einen Akt der Rotwehre. Niemand ist Rotwehre an sich etwas Schönes. Wenn ich jemand töten muß, um mein eigenes Leben zu schützen, so werde ich das immer nur als eine peinliche Zwangslage empfinden. Aber die Schuld liegt beim Angreifer, nicht beim Verteidiger. Die Rot wehrt die Rotwehre, der Terrorismus der öffentlichen Wahl die Rotwehre von unten her mit ähnlichen Waffen...

Sache der Berliner Bevölkerung wird es sein, den terroristischen Akt des Dreiklassenhauses wieder gut zu machen. Wenn es kein Gewissen oder keine amlicke Stellung verbietet, einen Sozialdemokraten zu wählen, der möge bei den kommenden Ersatzwahlen zu Hause bleiben. Sonst aber ist es Pflicht aller anständigen Leute, gegen die Gewalttat der vereinigten Reaktionäre durch die Wiederwahl der vier Sozialdemokraten zu protestieren...

### Saum eulque.

Preußen ist halbfeudaler Ständestaat und es ist deshalb nur in der Ordnung, daß seine Minister in erster Linie ihr Augenmerk darauf richten, daß die Standesunterschiede respektiert werden — auch auf der Königlich preussischen Eisenbahn. Die Eisenbahnverwaltung hat deshalb folgende weise und fürsorgliche Verfügung erlassen:

Bei der Benutzung der Speisewagen sind für die Reisenden, die weite Entfernungen zurückzulegen haben, die bekannten, oft belagerten Schwierigkeiten eingetreten, insbesondere die, daß ihnen der Platz weggenommen wird durch andere, die nur kurze Reisen ausführen und daher erst in zweiter Linie berücksichtigt werden können. Die Eisenbahnverwaltung sieht sich aus diesen Gründen gezwungen, in der Benutzung der Speisewagen Beschränkungen eintreten zu lassen, deren Zweckmäßigkeit jedenfalls überall anerkannt werden wird. Der Speisewagen wird erst 20 Minuten nach der Abfahrt von der Abgangstation geöffnet. Er darf nur von Reisenden benutzt werden, die schon im Besitz von Platzkarten sind. Inhaber von Monatskarten werden nicht mehr zum Speisewagen zugelassen. In D-Zügen, die die 3. Wagenklasse führen, wird der eine Raum des Speisewagens für die Reisenden 1. und 2. Klasse freigehalten. Die Tischplätze werden zunächst diesen Reisenden angeboten. Nach den Hauptmahlzeiten ist der Speisewagen zu räumen, damit er gereinigt und gekästet werden kann. Während der gemeinsamen Mahlzeiten werden Speisen nach der Karte nicht verabreicht. Die Durchführung dieser Maßnahmen wird noch vor dem 30. Juni erfolgen.

### Der Fall Holzmeier.

Die bremische Senatskommission für das Unterrichtswesen hat gegen den Lehrer Holzmeier, der schon im Jahre 1907 anläßlich des Kampfes der bremischen Lehrer gegen den orthodoxen Schulinspektor Köppe auf disziplinarischem Wege zu 300 M. verurteilt worden ist, das förmliche Disziplinarverfahren beantragt. Holzmeier soll sich „schwerer Verletzung seiner Beamtenpflicht“ schuldig gemacht haben, weil er sich erklärte, in einer Versammlung des Lehrervereins eine von seinem damals erkrankten Kollegen Sommer verfaßte Resolution zu begründen, die sich energisch gegen die Mithachtung richtet, die die bremische Schulbehörde den Beschülften des bremischen Lehrervereins in wichtigen Schulfragen entgegenbrachte. In dem Anklageakt wird dem Angeklagten außerdem zur Last gelegt, daß er „als Ordinarier der Klasse IV der Volksschule in der Vorstadt Walle seit mehr als Jahresfrist entgegen der Vorschrift der Schulordnung es bewußtermaßen unterlasse, die 1. Unterrichtsstunde mit Gesang und Gebet zu beginnen“.

### Erebigtes Reichstagsmandat.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Schellhorn in Fort (Pfalz) ist am Sonntag einer Lungenerkrankung erlegen. Schellhorn ist 61 Jahre alt geworden. Er vertrat den zweiten pfälzischen Reichstagswahlkreis Landau-Neustadt seit 1903. Bei der letzten Wahl erhielt er im ersten Wahlgange 14 600 gegen 8700 Zentrums- und 3300 sozialdemokratische Stimmen. In der Stichwahl siegte er mit circa 17 400 Stimmen gegen das Zentrum, das sich der Stimmgabe bei der Ausschloßigkeit der Wahl enthielt.

### Staatlicher Terrorismus.

Die Lorbeeren, die die Herren v. Meindoben und Kräfte in ihrem Kampfe gegen das Vereinigungsrecht der Beamten sich erworben haben, haben offenbar den Eisenbahnminister v. Dreitenbach nicht ruhen lassen. Er hat an die Präsidenten der Eisenbahndirektionen während 7. Mai cr. einen Erlaß hinausgegeben, in dem er andrücklich betont, daß das Verbot, Forderungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Staatsbeamten durch Bildung von Beamtenvereinigungen durchzusetzen, die politische Macht und dadurch Einfluß auf Regierung und Landtag gewinnen wollen, mit den Pflichten des Staatsamtes unvereinbar ist. Ueber wichtige Vorläufe in der Tätigkeit der Beamtenvereinigungen soll sofort an den Minister berichtet werden.

Terrorismus in der schärfsten Form! Nicht bloß, daß den Beamten das Recht bestritten wird, durch ihre Vereinigung auf eine Verbesserung ihrer Lage hinzuwirken, sollen die Vereine der Beamten auch noch unter eine möglichst scharfe Aufsicht gestellt werden, damit dem Minister jede Aeußerung hinterbracht werden kann, die da oder dort gefaßt ist.

### Börsenliberale Geschäftspraktiken.

In der „Welt am Montag“ veröffentlicht der Börsenkritiker dieses Blattes, Bruno Buchwald, eine interessante Mitteilung über die Geschäftspraktiken des „Verl. Börsen-Couriers“ und seines Cicerobaltenes Salomon, die, wenn sie in den schönen ethischen Aufmeckrang dieses Blattes auch nur ein ganz bescheidenes neues Wälmlein nicht, doch immerhin als Beitrag zur Charakteristik einer gewissen Börsenpresse Beachtung verdient. Buchwald schreibt:

Am 18. Mai erschien im „Berliner Börsen-Courier“ (Nr. 230) ein Artikel, der sich mit den Verhältnissen der Warschau-Wiener Eisenbahngesellschaft befaßt. Von „best-informierter Seite“ wollte das Blatt gebürt haben, daß mit dem 1. Juli erhöhte Kohlenpreise in Kraft treten werden. Und nun wurde in völlig einseitiger Weise der Anteil des Kohlenverkehrs an dem gesamten Güterverkehr der Bahn dargestellt sowie die Zunahme der Personen- und Güterbeförderung seit dem Jahre 1908. Damit wollte das Blatt den Beweis erbringen, daß die Warschau-Wiener Eisenbahn „im Zeichen einer konsequent aufwärtsstrebenden Verkehrsentwicklung stehe“. Das ist natürlich richtig, kann aber fast von jeder Eisenbahn behauptet werden. Vollkommen verschwiegen hat der „Börsen-Courier“ jedoch, daß während dieser 10 Jahre der Ertrag pro Passagier von 82,26 auf 74,36 Kopelen zurückgegangen ist, daß ferner das Aktienkapital sich während dieses Dezenniums verdoppelt hat, die Obligationen von 50,47 auf 100,73 Millionen Rubel gestiegen sind. Trotz dieser günstigen Verkehrsentwicklung hat nämlich die Warschau-Wiener Eisenbahn noch im Jahre 1907 468 700 Rubel zur Tilgung von Aktien aus dem Reservefonds nehmen müssen. Es soll durchaus nicht geleugnet werden, daß nach einer Reihe von Jahren die Verhältnisse der Warschau-Wiener Bahn sich bessern können; vorläufig erwarten selbst Optimisten keine Dividende, selbst wenn die Wünsche der Gesellschaft auf eine Erhöhung der Tarife in Erfüllung gehen sollten. Davon ist aber bis jetzt noch nicht einmal die Rede; wohlweislich gibt das Blatt den Umfang der Tarifierhöhung nicht an. Daß der „Berliner Börsen-Courier“ so einseitigen Informationen Raum gewährt, ist aber namentlich deshalb interessant, weil die Bankfirma Samuel Zielziger einige Tage vor dem Erscheinen dieses Artikels Käufe in den Aktien der Warschau-Wiener Eisenbahn vornahm, und kurz nachher von derselben Seite Verkäufe erfolgten. Ich behaupte nun (und bin gern bereit, hierfür den Wahrheitsbeweis zu führen), daß einige Handelsvertreter des „Berliner Börsen-Couriers“ (vor allem wieder Herr Salomon), mit derselben Firma in geschäftlichen Beziehungen stehen, in Beziehungen, die schon mehrfach dahin geführt haben, daß die Firma Gläubigerin der Redakteure gewesen ist.

#### Gaudscheidung.

Die Polizei zeigt wieder einen großen Eifer in russischen Angelegenheiten. Am Freitagmorgen hat sie dem Bureauvorsteher Wilhelm D., Prinzenallee 74, 4 Treppen, einen stundenlangen Besuch abgestattet und großes Interesse für seine Korrespondenzen bewiesen. Angeblich soll diese Gaudscheidung mit einer in Bremen stattgefundenen Verhaftung eines Letten in Verbindung stehen.

#### Des Königs Koch in der Pfütze.

Bei einer Exerzierübung der 4. Kompanie des Pionierbataillons zu Magdeburg ließ der Unteroffizier Eduard Richter den Pionier Friedrich Kische, der angeblich die Fußspitzen nicht genug nach unten drückte, auf dem schmutzigen Hof durch die von auflandem Schnee gebildeten Pfützen kriechen, besah ihm, sich mehrmals niederzuwerfen und wieder aufzustehen und dergleichen mehr, so daß Kische über und über beschmutzt und vollständig durchnäht war. Er erkrankte infolgedessen und mußte eine Zeitlang das Bett hüten.

In der Erregung über das Vorgehen des Unteroffiziers ließ sich Kische zu der Bemerkung hinreißen: „Gott verdamme mich! Solche Schweinerei!“ Weil Kische, der sein Gewehr in der Hand hielt, sich dabei schüttelte und das Wasser aus den Rockärmeln laufen ließ, zeigte ihn der Unteroffizier obendrein noch wegen Bedrohung an! Das Kriegsgericht verurteilte ihn zu 21 Tagen Mittelarrest, während der Unteroffizier wegen vorchriftswidriger Behandlung — eine Woche Mittelarrest bekam.

Der Gerichtsherr und der Unteroffizier legten gegen das Urteil Berufung ein. Das Oberkriegsgericht des 4. Armeekorps zu Magdeburg erkannte am Sonnabend gegen den Unteroffizier wieder auf eine Woche Mittelarrest, gegen Kische aber auf 21 Tage strengen Arrest.

Die Disziplin ist also gerettet.

#### Ein Duellmord

fand vor dem Kriegsgericht Erfurt seine „Sühne“. Am 29. April sah der Oberleutnant der Reserve, Generalagent Stier aus Erfurt, den Reserveoffizier Ruhn, Sohn des Geheimen Finanzrates Ruhn a. D. in Weimar, in den dortigen „Kaisertennen“ nieder. Ruhn war noch nicht zum Schuß gekommen, als er von seinem Gegner die tödliche Kugel erhielt. Die Ursache soll, so verlautete damals, darin bestanden haben, daß sich beide Duellanten beim Kartenspiel geprügelt haben. Das Kriegsgericht verurteilte den Stier zu 2 Jahren 1 Monat Festungshaft; es ging also um eine Weile über das Strafmäßigkeitsmaß hinaus. Den Verurteilten der „Gnade des Königs zu empfehlen“, wie es der Verteidiger wünschte, lehnte der Gerichtshof ab.

#### Frankreich.

##### Der Schenktag der Kommune.

Paris, 23. Mai. Bei der heute, wie alljährlich, von den Sozialisten auf dem Kirchhofe Père Lachaise zum Andenken an die 1871 erschossenen Kommunearden veranstalteten Kundgebung kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, wobei mehrere Polizeibeamte verletzt wurden.

Dazu meldet uns ein Privattelegramm unseres Korrespondenten:

Die heutige Kundgebung an der Mauer der Föderierten nahm infolge der polizeilichen Schikanen einen recht heftigen Charakter an. Offenbar im Vollgefühl ihres jüngsten über das Proletariat errungenen Sieges hatte die Regierung das im vorigen Jahre aufgehobene Redeverbot wiederhergestellt. Als Genosse Baillant an der Mauer eine Ansprache halten wollte, untersagte ihm ein Kommissar dies. Die Manifestanten, die etwa in der Zahl von Zehntausend dem Ruf der Feinschäbderation gefolgt, wurden auch durch die Mäntel gereizt, womit die in ungeheuren Massen aufgebotene Polizei alle geschlossenen marschierenden Trupps auseinander sprengte. Am Ausgang des Friedhofes kam es zu Zusammenstößen, bei denen die Polizei und die republikanische Garde rücksichtslos einhieb. Sie „eroberte“ auch die roten Fahnen zweier Partisektionen. Die werden wohl in ein vaterländisches Museum kommen.

##### Eine Anklage gegen die Regierung.

Paris, 24. Mai. Der Verband der Post- und Telegraphenangehörten ließ heute nachts Anschlagzettel verteilen, in denen die Regierung beschuldigt wird, ihr Versprechen nicht gehalten zu haben in der Absicht, einen neuen Zustand herbeizuführen, um massenhafte Entlassungen vorzunehmen zu können. „Wir sind besiegt“, heißt es dann weiter; „durch die Schuld derjenigen, die ihre Solidaritätspflicht nicht erfüllt haben, sind 600 der Unrigen abgesetzt und an 2000 Menschen ins Elend gestürzt worden. Wir sind besiegt, aber nicht entmutigt.“ Der Verband hat eine Petition für die abgesetzten Postbeamten eingeleitet.

#### Die streikenden Seeleute.

Paris, 23. Mai. In Marseille hat das Syndikat der Seeleute und Fischer beschlossen, sich mit den Ausländigen in Dänischen, St. Nazaire und Algier solidarisch zu erklären. In Dänischen haben die eingeschriebenen Seeleute Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

#### Der Generalstreik beschlossen.

Marseille, 24. Mai. Die eingeschriebenen Seeleute hielten heute die angekündigte Versammlung in der Arbeitsbörse ab, um über den Generalstreik zu beschließen. Der Syndikatssekretär Refu, welcher als Delegierter nach dem Pariser Kongress entsandt worden war, beschwor die den sofortigen Zustand im Zusammenhang mit der Solidarität der übrigen Häfen. Der Sekretär der Matrosen, ebenfalls ein Delegierter des Pariser Kongresses, erklärte, der Zustand in diesem Augenblicke liege im Widerspruch mit den Beschlüssen des Pariser Kongresses. Nach längerer Debatte wurde schließlich der Generalstreik verfügt. Der Zustand soll solange dauern, bis die Schiffsarbeitsgesellschaften die Forderungen der Seeleute betr. die Regelung der Arbeitszeit an Bord der Schiffe gewährt haben werden. Die Mannschaften der Dampfer „Joly“ und „Ougesud“, welche heute nachmittag abdampfen sollen, erklärten, daß sie sich nicht an Bord der Schiffe begeben würden. Ein permanentes Streikkomitee ist in der Arbeitsbörse versammelt.

#### Rachwahlen.

Paris, 23. Mai. Bei der heute hier im 12. Arrondissement stattgehabten Wahl zur Deputiertenkammer wurde Lefevre (sozialistisch) gewählt an Stelle des verstorbenen „unabhängigen“ Sozialisten Paschal Groussier. Nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses kam es zu Kundgebungen. Der gewählte Abgeordnete mußte unter polizeilicher Bedeckung nach seinem Hause begleitet werden, gefolgt von einer 200köpfigen Menge, die Verurteilung gegen ihn ausrief. Die Polizei wurde ebenfalls ausgedrängt. Es kam dabei zu Zusammenstößen, wobei drei Verhaftungen vorgenommen wurden.

Auch in Avignon im Departement Vaucluse siegte der Sozialistisch-radikale Salot. Durch diese Wahl gewinnen die Sozialistisch-radikalen einen neuen Kammerstg.

#### Bürgerliche Scherereien.

Paris, 23. Mai. Aus Orest wird mehreren Blättern gerichtsweise gemeldet, daß der Mißerfolg des Stapellaufs des Panzerschiffes „Danton“ einem böswilligen Anschlag zuzuschreiben sei. Das „Journal des Debats“ weist darauf hin, daß das sozialistische Blatt „Egalitaire“ bereits gestern nachmittag in einem Artikel hämisch gefragt habe, ob das Panzerschiff „Danton“, welches zum Nordwestzuge bestimmt sei, sich wohl auch entschließen werde, den Stapel zu verlassen. Ferner erzählt das Blatt, daß die Arbeiter, die mit der Einführung der Schiffe beschäftigt waren, die Internationale und ein anarchistisches Lied (wie das dumme Lied die Carmagnole nennt) sangen, sowie daß der Generalsekretär der Arbeitsbörse, welcher unbefugterweise dem Stapellauf beiwohnte, von den Gendarmen fortgewiesen werden mußte. Man habe den Eindruck, daß ein wohl vorbereiteter revolutionärer Plan (!) vorliege.

Demgegenüber meldet die „Agence Havas“ aus Orest, daß von zuständiger Seite wiederholt erklärt wird, der Mißerfolg des Stapellaufs des „Danton“ sei darauf zurückzuführen, daß die Maßregeln für den Stapellauf schlecht getroffen gewesen seien.

#### Italien.

##### Angeln statt Brot.

Sinopoli (Reggio di Calabria), 24. Mai. Etwa 2500 Personen versammelten sich gestern abend auf der Piazza, verlangten die Verteilung von Lebensmitteln seitens der Stadtbehörden und bewarfen drei Karabiniere, welche die Ruhe wiederherstellen wollten, mit Steinen. Ein Karabiniere, der von einem Steinwurf getroffen war, gab Feuer, sodann entwaffneten ihn die Manifestanten und feuerten ihrerseits auf die Karabiniere. Nunmehr gaben sämtliche Karabiniere Feuer, töteten vier und verwundeten sechs Manifestanten. Später stellte Militär die Ordnung wieder her.

#### England.

##### Gegen die Flottenpanik.

London, 22. Mai. Handelsminister Churchill hielt in Manchester eine Rede über die Panik, die man durch Gerüchte über Kriegsschiffe, Luftfahrzeuge und andere Panopie mehr hervorzurufen wolle. Je mehr die Panismacher Geschrei machten, um so größer sei die Ruhe und Verachtung, womit die Masse der Nation ihre Enthüllungen aufnehme. Was die Flotte anlangt, so könne er ein Anwachsen des Flottenbudgets um drei Millionen rechtfertigen, aber er sei kein Bewunderer jener Politiker, die die Ruhe sänden, eine prahlerische und sensationelle Politik der Rüstungsausgaben zu befürworten. Die Regierung sei zu Vereinfachungsmaßnahmen entschlossen. Das Land solle sich von seinen verantwortlichen Ministern Vorschriften geben lassen, nicht aber durch eine Gesellschaft von derartigen Politikern und sensationelästern Journalisten.

##### Die Regierung gegen die Marmisten.

London, 24. Mai. Im Unterhause stellte heute Rowlands (Louv.) die Frage, ob die Regierung entschlossen sei, im laufenden Finanzjahr acht Schlachtschiffe ersten Ranges auf Stapel zu legen. Premierminister Asquith antwortete: Ich habe den früheren Erklärungen zurzeit nichts hinzuzufügen. Vor einigen Tagen habe Sir John Barlow (Liberal) an Kriegsminister Goldsboro eine Anfrage über die von Provinzialparlamenten gebrachte Nachricht, daß sich 86 000 ausgebildete deutsche Soldaten in England befinden und daß in einem Keller unweit des Charing Cross-Bahnhofes Waufergewehre und eine halbe Million dazu gehörige Patronen lagern. In einer schriftlichen Antwort hatte der Kriegsminister diese Nachricht als eine außerordentlich törichte gekennzeichnet. Nun stellte Barlow in der heutigen Sitzung dieselbe Frage, die Goldsboro folgendermaßen beantwortete: Sir John Barlow hat recht daran getan, dieses Beispiel einer Sorte von Alarmnachrichten, denen von gedanktlosen Personen allzu häufig Glauben geschenkt wird, dem Hause zu unterbreiten. Für jedweden, der auch nur eine bloße Ahnung von den Erfordernissen einer Mobilmachung hat, ist diese Unterstellung lächerlich (Beifall und Heiterkeit). Diese Nachrichten sind dazu angetan, den Ruf unseres gesunden Menschenverstandes im Ausland zu schädigen. Barlow hat sich daher ein Verbrechen erworben, wenn er die Unterstellung der geduldeten Lächerlichkeit preisgibt.

#### Finnland.

##### Die Wahlen.

Aus Helsingfors wird uns geschrieben: Nach dem schon kurz telegraphisch gemeldeten Resultat der Landtagswahlen sind gewählt: 84 Sozialdemokraten, 48 Altfinnen, 23 Jungfinnen, 25 Schweden (Schweden), 13 Agrarverbändler und 2 christliche Arbeiter. Stimmen erhielten: Sozialdemokraten 338 671, Altfinnen 198 088, Jungfinnen 121 004, Schweden 104 010, Agrarverbändler 56 040, christliche Arbeiter 23 010. Das Fazit der Wahlen: ein großer Sieg der Sozialdemokratie, Stärkung der

#### Opposition gegen Rußland und Zurückdrängen der Altfinnen.

Vor allem festelt das allgemeine Interesse der großartige Wahlerfolg der finnischen Sozialdemokratie. 338 671 Stimmen (gegen 310 048 voriges Jahr) von 841 784 im ganzen — das sind rund 40 Proz. aller im Lande abgegebenen Stimmen! Einen so hohen Prozentfuß sozialdemokratischer Stimmen kann kein anderes Land in Europa aufweisen. Man würde aber fehlgehen, wollte man das kolossale Wachstum der finnischen Sozialdemokratie als momentanen Zufallstief erklären. In Finnland gehen Parteiveränderungen überhaupt äußerst langsam vor sich. Wenn man die bei den vorigen Wahlen (1907 und 1908) abgegebenen Stimmziffern aller Parteien vergleicht, so sieht man, daß hier keine jähen, unerwarteten Sprünge vorkommen, sondern ein normales Vordringen oder Zurückgehen der einzelnen Parteien stattfindet. Der Entwicklungsgang der finnischen Sozialdemokratie ist durch folgende Zahlen gekennzeichnet: Bei den Wahlen zum ersten Landtage erhielten die Sozialdemokraten 329 948 oder 37 Proz. aller Stimmen, darauf im Jahre 1908 (beim allgemeinen Rückgang aller Stimmen) 310 048 oder 38,4 Proz. und jetzt 338 671 oder 40 Proz. aller Stimmen.

Der Kapitalismus in Finnland ist noch recht schwach entwickelt. Es gibt nur einzelne größere Industriezweige (Helsingfors, Tammerfors, Abo); die Zahl der in den verschiedenen Fabriken und Etablissements beschäftigten Arbeiter beträgt über 100 000 und von diesen hat die Sozialdemokratie etwa 80 Proz. für sich gewonnen. Das Gros der sozialdemokratischen Wähler bilden die ländlichen proletarischen und halbproletarischen Massen, die gerade unter der ungenügenden Entwicklung des Kapitalismus leiden, größtenteils als Landarbeiter für den Sommer und als Waldarbeiter für den Winter sich verdienen und ihren Arbeitslohn hauptsächlich in natura empfangen. Das Revolutionsjahr 1905 und die Wahlen von 1908 führten diese „Torppari“ (Häusler) der Sozialdemokratie zu und seitdem ergötzen sich die bürgerlichen Wähler in Prophezeiungen, daß sie nur zu bald von der Partei abzuweichen werden. Die folgenden Wahlen haben aber nur bewiesen, daß die Sozialdemokratie es verstanden hat, diese Bevölkerungsschichten bleibend an ihre Fahne zu fesseln. Vor allem hat die finnische Sozialdemokratie in den letzten vier Jahren eine kolossale Organisations- und Agitationsarbeit entwickelt: das Reich der Parteiorganisation umspinnt das ganze Land, jede Provinz besitzt ihre Freizeite, in jeder Stadt und fast in jedem Flecken hat die Arbeiterklasse ihre eigenen Volkshäuser. In der Agitation hat die Sozialdemokratie beständig den entscheidenden Klassenkampf betont und hat es verstanden, durch allerlei Vorgespielungen und Ausreden Stimmensfang zu treiben. Und gerade darum haben die ländlichen Bevölkerungsmassen die Vertretung ihrer Interessen der Sozialdemokratie übertragen, weil sie zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß hier im Lande keine andere Partei imstande ist, radikale Reformen durchzuführen und sie aus ihrem Elend zu befreien. Und so kommt es, daß die Sozialdemokratie hier in Stadt und Land so feste Wurzeln gefaßt hat.

Am 1. Juni tritt der finnische Landtag zusammen. Ein Konflikt mit der zaristischen Regierung erscheint unausbleiblich und wahrscheinlich schmiedet man schon in Petersburg Pläne, wie die demokratische Verfassung Finnlands umzustößen ist. Doch was auch die Zukunft bringen mag, in den vergangenen Wahlen hat das finnische Volk seinen festen und unerschütterlichen Willen bekundet.

#### Türkei.

##### Ein Vertrauensvotum.

Konstantinopel, 24. Mai. Die Kammer sprach nach erregter Debatte mit 191 gegen 5 Stimmen dem Kabinett das Vertrauen aus. Im Senat verlor der Minister des Innern, Ferid Pascha, das Programm der Regierung. Der Senat sprach der Regierung einstimmig das Vertrauen aus.

##### Ueberbürdete Kriegsgerichte.

Konstantinopel, 24. Mai. Mit Rücksicht auf die Ueberbürdung der beiden Kriegsgerichte ist ein drittes eingesetzt worden.

##### Die Meutereien in Adana.

Konstantinopel, 24. Mai. Der Gouverneur von Kerkuf, welcher die Meutereien in Adana, Rarosh und Umgegend angeführt hatte, sowie der Militär- und Gendarmeriekommandant von Kaisarich wurden verhaftet.

#### Persien.

##### Das englische Glaubuch.

London, 20. Mai. (Eig. Ber.) Auf Verlangen des Unterhauses veröffentlichte die Regierung vor wenigen Tagen ein ziemlich umfangreiches Glaubuch, das einen Teil der diplomatischen Korrespondenz über die persischen Angelegenheiten vom Dezember 1906 bis November 1908 enthält (Correspondence respecting the Affairs of Persia. No. 1. 1909). Es bringt 328 Depeschen, Berichte und Einlagen, die zwischen den britischen Vertretern in Teheran und Petersburg und den britischen, persischen und russischen Staatssekretären und Ministern gewechselt wurden. Es bringt ebenfalls Abschriften der persischen Verfassung, des Grundrechts-erlasses und anderer Manifeste und Verträge. Das Glaubuch ist lehrreich und wird stets als eine der Quellen der Verfassungskämpfe Persiens der letzten Jahre benutzt werden. Wir können hier nur auf einige wichtige Punkte hinweisen: die Tätigkeit der britischen und russischen Vertreter in Teheran und auf einige Vorgänge der persischen Verfassungskämpfe.

Die Haltung der britischen Vertreter und der britischen Regierung war im ganzen eine liberale. Sie war stets vom Gedanken geleitet, dem persischen Volke einen Anteil an der Regierung des Landes zu sichern. Dagegen war die Haltung des russischen Gesandten Herrn v. Martwig darauf gerichtet, den neuen Schah zu schädigen. Die britische Regierung, getrieben von der öffentlichen Meinung Großbritanniens, bemühte sich, ihren Einfluß in Petersburg gegen jedes militärische Eingreifen Rußlands geltend zu machen, und es ist sicher, daß Persien nur diesem Einflusse zu danken hat, daß es vor dem Schlimmsten bewahrt worden ist. Sir Edward Grey stellte der russischen Regierung den Antrag, die Revolutionäre in der Provinz Azerbaidschan (mit der Hauptstadt Tabriz) als die eigentliche Schärde anzuerkennen und ihnen die Aufrechterhaltung der Ordnung in jener Gegend anzuvertrauen. Die englischen Gesandtschafts- und Konsulatsgebäude haben einer großen Zahl von persischen Reformern das Leben gerettet. Nach der Beseitigung des Reichs in Juni 1908 fand auch u. a. der Redakteur des „Hablul-Matin“, einer der heftigsten Feinde Englands, seine Zuflucht in der britischen Gesandtschaft in Teheran. Der Präsident des Reichs schickte sich ins französische Gesandtschaftsgebäude. Zu Ende des Jahres 1905, unmittelbar vor der Einführung der Konstitution, befanden sich im Garten der englischen Gesandtschaft in Teheran nicht weniger als 14 000 Perser, die dort unter englischem Schutze lebten.

Die Lage der Reformen war im ersten Halbjahre 1908 eine günstige. Nur fehlte ihnen die Entschlossenheit und die Einsicht, sie auszuführen. Der Schah war verzweifelt und seine Militär-

Kräfte waren keineswegs einer entschlossenen geführten Volkserhebung gewachsen. Während des kritischen Kampfes um das Reichsgesetz (Juni 1908) hätten die Anhänger der Konstitution leicht siegen können, wenn sie nicht aus Furcht vor einer russischen Intervention ihre besten Kräfte weggeworfen hätten. Die im Straßenkampf engagierten Reformer hatten es nur nötig, die russischen Offiziere wegzuschleppen, um die Militärkräfte des Schah auf ihre Seite zu bringen. Und die russischen Offiziere haben sich dem Feuer derart ausgesetzt, daß irgend ein Perser sie niedermachen konnte. Allein die Reformer waren vom Gedanken befeuert, eine derartige Tat würde unvermeidlich ein militärisches Eingreifen nach sich ziehen. Sie kämpften also mit halbem Mute. Und das war ihr Verderben.

Der Gesamteindruck des Blaubesuches läßt sich am besten in den Worten Matthew Arnolds zusammenfassen: „Eine Welt liegt im Sterben und die andere hat nicht die Kraft, geboren zu werden.“

Das Schicksal Persiens hängt vom Kräfteverhältnis der Faktoren ab, die im britisch-russischen Zusammengehen wirken. —

## Aus der Partei.

### Abgelehnte Einladung.

Die Gesellschaft für soziale Reform ladet in einem Zirkular auf Dienstag, den 25. Mai zu einer Besprechung über den Empfang einer Deputation englischer Parlamentarier, zumeist liberaler Arbeiter-Abgeordneter, ein.

In dem Komitee, das die Einladungen ergehen läßt, sitzen die Abgeordneten Wiener und Schrader, die im Reichstag kürzlich erst den sozialdemokratischen Abstützungsantrag abgelehnt haben, neben den Herren Goldschmidt, Cassel usw.

Der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften sind übereingekommen, sich an diesen Veranstaltungen nicht zu beteiligen.

### Nationalistisches Sonderlingswesen.

Als Überschrift die „Fränkische Tagespost“, das Nürnberg-er Parteiorgan einen Artikel, der sich mit der nationalsozialistischen Leistung des für die Nürnberg-er Sozialdemokratie bestellten Volksbildners Maurenbrecher befaßt. Es heißt darin u. a.:

„Maurenbrecher tritt nicht nur auf Leuthners Seite, sondern er übertrumpft ihn sogar noch in der Aufstellung von unrichtigen Behauptungen und in der Erhebung von Forderungen an die Partei, die diese nicht erfüllen kann, wenn sie sich nicht aus den Reihen der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung freiziehen lassen will.“

„Da muß man doch der deutschen Diplomatie, der deutschen Marineverwaltung und den bürgerlichen Parteien das Zeugnis ausstellen, daß sie bedeutend einsichtiger sind als Maurenbrecher. Sie haben stets versichert, daß es Deutschland gar nicht einlasse, an Flottenkraft mit England konkurrieren zu wollen, das als Insel fast ohne eigene Brotterzeugung und als Kolonialreich ersten Ranges auf seine Marine in weit höherem Maße angewiesen ist, als irgend ein europäischer Kontinentalstaat.“

Der Schlußsatz lautet: „Maurenbrechers Talent hat der Partei manches zu geben, aber seine Lehren über die auswärtige Politik kann sie gar nicht entchieden genug zurüchweisen.“

Uns will scheinen, daß die Lehren, die Maurenbrecher über die innere Politik verlauten ließ, denen über die äußere Politik durchaus entsprechend und gleichwertig sind.

Zahlreiche Parteiblätter haben sich zu dem Ergebnis Maurenbrecherischen Umlernens geäußert — ohne Ausnahme haben sie die „proletarische Politik“ des neuesten nationalsozialistischen Mitarbeiters der „S. M.“ entschieden abgelehnt. Mit einer gewissen Verechtigung sagt die „Fränkische Tagespost“:

„Die sozialistischen Monatshefte“ entwickeln sich, seitdem ihr Herausgeber die schwarz-weiße Fahne aufgezo-gen hat, erfreulicher Weise immer mehr zu einem einigenden Element innerhalb der deutschen Sozialdemokratie.“

Das „Volksblatt“ für Bochum bringt einen Leitartikel „Massenpolitik oder Nationalismus“, worin es u. a. heißt:

„Maurenbrecher spinnt mit Hilfe Blochs das Garn weiter, das Leuthner angeponnen hat; in seinem konsequenter Nationalsozialismus zeigt sich erst recht deutlich die Hilfslosigkeit dieser Art Politik, die durch Verechtigung als proletarische leinen Pfifferling gekleidet wird. Maurenbrecher will auch den Frieden, er will auch die Einschränkung der Rüstungen, er will auch proletarische Politik, aber das einzige Mittel dazu, das nämlich die sozialdemokratische Partei jedes Landes ihren Einfluß auf ihre Regierung geltend zu machen sucht, um ihre Regierung zu praktischen Schritten in der Richtung der Abrüstung vorwärts zu treiben, lehnt er ab. Er handelt nach der Methode der Unternehmer in der Frage des Arbeiterschutzes, die auch stets sagen: wir sind bereit zu Schutzgeboten, wenn — das Ausland anfängt. Wir wären nie zu einer Spur Arbeiterschutzes gekommen, wenn wir dieses Argument hätten gelten lassen.“

### Unsere Toten.

In Königsberg i. Pr. starb Genosse Karl Schwarz, der Führer der ostpreussischen Arbeiterbewegung im Alter von 47 Jahren. Als vierundzwanzigjähriger schloß er sich im Jahre 1886 zu Hamburg der Sozialdemokratie und seiner Gewerkschaft an, für die er seitdem eifrig und pflichtgetreu gearbeitet hat. In der Arbeiterbewegung hat er mehrere wichtige Vertrauensposten bekleidet; im Jahre 1902 wurde er zum Leiter des Gau-OSN gewählt. In OSN- und Besprecherkreisen hat er die gewerkschaftliche Organisation unter den Maurenern kräftig gefördert. Im vorigen Jahre mußte er wegen des Augenleidens von der Arbeit zurücktreten, das ihn jetzt dahingerafft hat.

## Aus Industrie und Handel.

### International.

Wie gemeldet wird, ist kürzlich ein internationaler Verband der Eisenwarenhändler gegründet worden, dessen konstituierende Vertreterversammlung demnächst in Brüssel stattfindet.

Alle solche Gründungen und Organisationen verfolgen den Zweck, den Konsumenten bequemer die Preise diktieren zu können. Es wird international organisiert, damit die „nationale“ Profitmacherei ungehindert bleibt. Wenn aber Arbeiter internationale Abmachungen treffen, um sich gegen unläuterer Wettbewerb, gegen schrankenlose Ausbeutung ihrer Arbeitskraft etwas zu schützen, dann gefehlt die international verbundenen Profitmacher über — vaterlandlose Ge-sellen.

### Der Arbeitsmarkt im April.

Ueber die Lage des Arbeitsmarktes im April d. J. berichtet das „Reichsarbeitsblatt“:

Der Arbeitsmarkt zeigte im Monat April kein einheitliches Bild. Für einige Großindustrien ist eine Verbesserung gegenüber dem Vormonat noch nicht oder doch nur in geringem Umfange eingetreten. So besetzte sich zwar der Geschäftsgang auf dem Ruhrkohlenmarkt etwas, jedoch wird das zum Teil darauf zurückgeführt, daß mit dem Inkrafttreten der Sommerpreise eine Reihe von Lieferungen erfolgten, die im Vormonat in Erwartung der niedrigeren Preise nicht

mehr aufgegeben waren. Auf der anderen Seite brachte die mildere Witterung einen Rückgang des Abfahes in Hausbrandkohle und Breiketts. Die Maschinenindustrie war im allgemeinen besser als im Vormonat beschäftigt, allerdings nicht allenthalben: So war die Lage in der oberösterreichischen Schwerindustrie nach wie vor ungünstig. In der elektrischen Industrie trat teilweise ein Rückgang ein, der vor allem die Herstellung von Akkumulatoren und Dynamomaschinen betraf. Besser beschäftigt waren die Kabelwerke. Die Textilindustrie hatte für einzelne Zweige eine vermehrte Beschäftigung aufzuweisen; die Spinnereten waren aber noch immer unzureichend beschäftigt. Wie üblich, wurde das Gesamtbild des Arbeitsmarktes im April durch die Belebung der Tätigkeit in einigen Saison-gewerben beeinflusst. Zu ihnen gehört zunächst das Baugewerbe, das jedoch noch immer nicht zur vollen Entfaltung gelangt ist, dann die Bekleidungsindustrie mit ihren vielen Zweigen. Der Geschäftsgang der Brauereien wurde durch die wärmere Witterung günstig beeinflusst. Im Buchdruckgewerbe dagegen begann die stille Geschäftszeit bereits einzusetzen.

### Die Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten.

New York, Anfang Mai 1909.

Grundverschieden von den Meldungen über die wiedergekehrte Prosperität in den Vereinigten Staaten lautet der soeben veröffentlichte Bericht des Vize-Kommissars der Stadt New York, dem sämtliche privaten Stellenvermittlungsbüros unterstellt sind, über die Periode vom 1. Mai 1908 bis 30. April 1909. Heißt es doch in der Einleitung des Berichtes: „Die Arbeitsverhältnisse sind zurzeit noch ebenso schlecht, wie im Frühjahr 1908 nach der Finanzpanne“. Der Kommissar führt alsdann den ziffernmäßigen Nachweis, daß die Zahl der vermittelten Stellen ganz bedeutend zurückging, und damit parallel lief ein Sinken der Löhne. Der Durchschnittslohn der bei Eisenbahn- und Straßenbauarbeiten oder Kanalarbeitsarbeiten beschäftigten Leute ist von 1,50 auf 1,25 Dollar gesunken. Das gleiche läßt sich bei den Löhnen der ungelerten Arbeiter im allgemeinen konstatieren. In andern Branchen, so z. B. in der kaufmännischen, liegen nur noch Stellenangebote für Personen mit Minimalansprüchen vor. Auch die Verhältnisse der Dienstboten haben während des abgelaufenen Jahres eine Verschlechterung erfahren. Beachtenswert ist aber in dem Bericht berührte Punkt über die Landarbeiter, die, da sie zumeist Eingewanderte oder Neuwanderer sind, von New York aus noch allen Teilen der Vereinigten Staaten geschickt werden. Der Bericht befaßt hierüber: „Die Zahl der Landarbeiter, denen Stellen vermittelt worden sind, hat keine wesentliche Änderung erfahren. Die neuer angebotenen Löhne sind um ein geringes höher als im letzten Jahre. Die Männer sind indessen nicht geneigt, auf den Farmen zu arbeiten, weil sie nur für die geschäftliche Saison geheuert werden, die Arbeit auf dem Lande sehr schwer ist und die Arbeitszeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang währt. Die Farmer erfreuen sich größeren Wohlstandes als im vorigen Jahre, aber in den Industriezentren spiegelt sich diese Prosperität nicht wieder.“

Von Interesse ist auch der Abschnitt über die Behandlung der Einwanderer. Tag für Tag gehen dem Vize-Kommissar Klagen über grausame Behandlung von Einwanderern zu. Konstatiert der Bericht und fährt dann fort: „Vollständige Gleichgültigkeit der Arbeitgeber wie der Subkontraktoren gegenüber dem körperlichen Wohlergehen der Arbeiter, und häufig brutale Ausbeutung, sind die Ursachen obwaltender Mißstände. So lange die Einzelstaaten nicht eine strenge Aufsicht über die Arbeiterlager — (in denen die Leute wie Sklaven behandelt werden. D. W.) — einführen, werden die Mißstände bestehen bleiben.“

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Kleinan, Metallarbeiter!** In dem Emailierwerk Schöning u. Co. in Vergedorf bei Hamburg haben die Brenner und Auf-träger die Arbeit niedergelegt. Da die Firma versucht, in Berlin Arbeit für die streikenden Arbeiter zu bekommen, so machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß die Firma Schöning in Vergedorf für die Arbeiter, ganz gleich welcher Branche, gesperrt ist. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

**Die Streitfrage über den Kartellvertrag der in den Brauereien beschäftigten Arbeiter**

Kam in einer Versammlung, die der Zentralverband der Brauereiarbeiter zum Sonntag nach dem Gewerkschaftshause einberufen hatte, wieder zur Erörterung. Träger referierte über die Ablehnung der Abänderungsvorschläge zu dem Kartellvertrag durch die übrigen in den Brauereien vertretenen Organisationen. Die letzteren haben einen solchen Vertrag abgeschlossen, dem die Brauer nicht beigetreten sind. Die Brauer verwarfen sich aber dagegen, daß sie einen Kartellvertrag nicht wünschten; sie behaupten, daß man es ihnen durch die Ablehnung ihrer Vorschläge auf Abänderung unmöglich gemacht habe, dem Vertrag beizutreten. Träger klagte besonders die Verbände der Köchler, der Transportarbeiter und der Raschmütten und zeigte an, daß sie die Rechte des Brauereiarbeiterverbandes nicht achten und die Organisationsbestrebungen in den Brauereien stören. Er empfahl die Annahme einer Resolution, in der es heißt:

„In der Erwägung, daß nur eine starke, geschlossene Einheitsorganisation in der Lage ist, die Interessen der in den Brauereien- und Mälzereibetrieben beschäftigten Arbeitnehmer nachhaltig zu vertreten, halten die Versammelten an dem auf dem Verbandstage im Jahre 1893 gefassten Beschluß, wonach alle in Brauerei- und Mälzereibetrieben beschäftigten Arbeitnehmer dem Brauereiarbeiterverband zuzuführen sind, grundsätzlich fest.“

Mit diesem Verlangen der völligen Agitationsfreiheit in den Brauereien konnten sich die übrigen Verbände bisher nicht be-freunden und sie schlossen einen Kartellvertrag ohne den Brauer-verband.

In der Resolution wird dann bedauert, daß der Kartellvertrag nicht zustande gekommen sei und es wird gesagt, daß der Vertrag auch ohne die von den übrigen Organisationen verlangte Ab-grenzung des Organisationsgebietes von nicht zu unterschätzender Bedeutung bei Lohnbewegungen gewesen wäre. Die Schuld liege aber nicht bei den Brauereiern, denn man könne ihnen nicht zumuten, Anträgen zuzustimmen, die eine völlige Zerreißung des Brauereiarbeiterverbandes darstellen.

Gegen diesen Passus von der „Zerreißung“ des Brauer-verbandes wurde in der Diskussion von einem anwesenden Brauereiarbeiter energig Protest erhoben.

Die Resolution schließt mit folgenden Worten: „Die Versammelten stellen weiter fest, daß die von dem Brauereiarbeiterverband zu dem beabsichtigten Kartellvertrag gestellten Abänderungsvorschläge, welche in den Gewerkschafts-longreg-Beschlüssen eine Stütze finden, und auch schon in anderen Städten, z. B. Stettin, zum Beschluß erhoben wurden, von den übrigen beteiligten Organisationen einstimmig ab-gelehnt worden sind.“

Die Versammelten verpflichten sich, im Sinne des Verbands-tagsbeschlusses vom Jahre 1893, nämlich alle in den Brauereien und Mälzereibetrieben beschäftigten Arbeitnehmer dem Brauereiarbeiterverband zuzuführen, unablässig zu wirken.“

Nach einer längeren Diskussion, in der die meisten Redner sich für die Resolution erklärten, wurde diese von der Ver-sammlung angenommen.

Den Beratungen über die Stellungnahme zum Kartellvertrag ging ein Vortrag von Karl Legien voraus, der das Thema „Aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ behandelte.

Die Herrenschneider der Firma H. Hoffmann. Zu dem unter dieser Überschrift in Nr. 114 erschienenen Versammlungsbericht bringt die Firma Hoffmann in Nr. 118 eine Verichtigung.

### Zur Verichtigung bemerken wir:

1. Daß die Firma mit uns keinen Uniformtarif ab-geschlossen hat und auch keine Militärschneider als solche einstellt und beschäftigt. Richtig muß sie auch die im Uniformtarif aufgeführten Sachen, wenn sie von Zivilschneidern angefertigt werden, mit den Löhnen für gleichartige Stücke des Zivil-tarifs bezahlen. Im vorliegenden Falle handelt es sich allerdings um einen früheren Militärschneider, der bei Hoffmann auf Sport- und Livrefachen arbeitete. Der zu wenig gezahlte Betrag spielt eine ganz nebensächliche Rolle, vielmehr kam es darauf an, festzustellen, daß der Vertreter der Firma erklärte, be-rechtigt zu sein, diese Arbeit nach dem Livretarif — in dem sie ebenfalls nicht aufgeführt ist — zu zahlen. Den Vorwurf einer „Lohnberabredung“ haben wir gar nicht gemacht, es erübrigt sich daher die Zurückweisung desselben.

2. Was wegen der Willkür bei der Bezahlung von Knaben-sachen festgestellt wurde, wollen wir nicht erörtern, da wir sonst das Vertrauen, welches den Vorständen in solchen Dingen entgegen-gebracht wird, mißbrauchen würden. Die Rechtslage ist folgende: Im Tarif heißt es auf Seite 44 Position 11: „Jünglingskleidungen stehen 15 Proz. niedriger als die Tarifpreise.“ Nun haben einige Firmen die Verichtigung, für vorkommende billige Sachen eine bestimmte Anzahl Arbeiter zu einem anderen Tarif zu beschäftigen. Unter diesen befindet sich H. Hoffmann. Unter Bezugnahme auf die hierfür getroffene Vereinbarung heißt es dann auf Seite 46: „IV. Für die oben angeführten Firmen findet die Position 11 auf Seite 44, „Jünglingskleidungen“, keine Anwendung.“

Um diese Vereinbarung zu umgehen, wendet man im Hause Hoffmann den Begriff Knabensachen an. Knabensachen müssen im Hause Hoffmann wie Jünglingskleidungen nach dem IIa-Tarif bezahlt werden. Wird aber einem Arbeiter, der zu dem Ia-Tarif eingestellt ist, derartige Arbeit in Auftrag gegeben, so muß er dieselbe nach dem Ia-Tarif bezahlt erhalten.

Da über diese Frage wiederholt verhandelt worden ist, gleich-viel aber immer wieder unter der Bezeichnung Knabensachen niedrigerer Löhne gezahlt wurden, so halten wir uns sehr wohl berechtigt, von Willkür zu reden.

Verband der Schneider und Schneiderinnen, Die Ortsverwaltung.

**Aktion, Graveure!** Seit mehreren Wochen befinden sich die Schwarzdruckgraveure von verschiedenen Berliner Firmen im Streik. Die betreffenden Arbeitgeber versuchen durch Inzestate zu helfen wie in auswärtigen Zeitungen Ersatz für die streikenden Kollegen zu bekommen. Deshalb ersuchen wir die Graveure an allen Orten, bevor sie bei einer Berliner Firma Arbeit annehmen, sich zuerst an die unterzeichnete Ortsverwaltung zu wenden. Folgende Firmen sind für die Graveure gesperrt: H. Kuerbach, Heinrich Thiele u. Co., Bernhard Köhler (sämlich in Berlin) und H. Bernert in Charlottenburg bei Berlin. Die Arbeiter-freundliche Presse wird um Abdruck ersucht.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

In unserem Bericht über die Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission wurde der Vertreter der Unterkommission Ober-Schöneweide als fehlend aufgeführt. Wir werden um die Mitteilung ersucht, daß derselbe anwesend war.

### Deutsches Reich.

**Lohnunterschiede im graphischen Gewerbe.** In der Verlags-buchhandlung, Dampfdruckerei, Buch- und Kunstdruckerei von H. Riffarth in R. Gladbach sind Differenzen ausgebrochen. Sämtliche Polychromeure sind wegen Lohnunterschieden gekündigt worden. Die beteiligten Organisationen bitten dringend um Vermeidung des Zuguges.

Der Düsseldorf-er Schuhmacherkreis ist nach 14tägiger Dauer durch einen Tarifabschluß beendet worden. In dem auf drei Jahre abgeschlossenen Vertrage wird die Anerkennung der Gehilfenorgani-sation ausgesprochen; nach 2 Jahren tritt eine Prozentige Er-höhung der Tariflöhne ein. Montag wurde die Arbeit wieder aufgenommen. In Betracht kommen 200 Gehilfen.

Die Friseurgehilfen in Freiburg i. B. stehen in einer Be-wegung zur Einführung des 12 Uhr-Adenschlusses an Sonntagen. Die Innung hat diese Forderung abgelehnt, worauf etwa 60—70 Gehilfen, fast alle in Freiburg beschäftigte, zu Freitag von Pfingsten gekündigt haben. Kein Friseurgehilfe darf deshalb in Freiburg Stellung annehmen.

Verband der Friseurgehilfen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Berliner Stadtverordneten in London.

London, 24. Mai. (B. L. B.) Die Berliner Gäste haben heute Tower Bridge und den Tower besucht, wo sie von General Stewart und Lord Dittton empfangen wurden. Nach dem Lunch im Great Eastern Hotel begaben sie sich mit Ausnahme der vier So-zialdemokraten, die schon am Lunch nicht teil-genommen hatten, in den Buckingham-Palast.

### Eine Mandatsniederlegung.

Wiesbaden, 24. Mai. (B. L. B.) Der Landtagsabgeordnete für den Unterlahnkreis, Landrat Dr. Sedhewitz, erklärte nach der „Wiesbadener Zeitung“ gestern in Diez in einer Landes-versammlung der Abteilung des Nassauer Bundes der Landwirte, daß er wegen entgegengesetzter Meinung in der Frage der Erb-schaftsteuer den Austritt aus der nationalliberalen Partei an-gemeldet und das Landtagsmandat niedergelegt habe.

Beil (Mosel), 24. Mai. (B. S.) Gestern nachmittag wurden in Löffelscheid auf dem Hundrüd bei einem Gewitter zehn Per-sonen vom Blitz getroffen. Ein 14jähriger Junge blieb tot, sein Bruder wurde schwer, zwei andere Personen wurden leicht ver-letzt. Die übrigen erholten sich bald wieder.

### Der Streik der Seeleute.

Marseille, 24. Mai. (B. L. B.) Infolge des Ausstandes der eingeschriebenen Seeleute konnten sechs nach Algier und Tunis be-stimmte Postdampfer nicht auslaufen.

### Erdbeben.

Venus, 24. Mai. (B. S.) Nach hier aus Buenos Aires ein-gekommenen Meldungen haben in Peru, Chile und Bolivien heftige Erdbeben stattgefunden. Mehrere Ortschaften, besonders in Peru und Bolivien, wurden von der furchtbaren Bewegung vertrieben, die in manchen Städten eine Dauer von mehr als 20 Sekunden hatte. Man befürchtet, daß auch zahlreiche Verluste an Menschen-leben zu beklagen sind, doch fehlen darüber authentische Nach-richten.

### Ein Streik der Lokomotivführer.

New York, 24. Mai. (B. S.) Infolge des Streiks der weichen Lokomotivführer, der sich gegen die Anstellung von Negern als Feizer richtete, ist der Betrieb der Georgia Railroad auf 800 Kilo-meter Streckenlänge lahmgelegt. Das Publikum sympathisiert mit den Streikenden, westwegen der Gouverneur die Ausbietung von Truppen zum Schutze des Bahnigentums verweigerte.

### Flehen in der Kirche vom Blitz getötet.

Lissabon, 24. Mai. (B. S.) In der Kirche von Ovolos, in welcher zahlreiche Gläubige versammelt waren, um von dem Himmel Regen zu erbitten, schlug der Blitz ein und tötete den Pfarrer und drei Frauen. 27 Personen wurden bei dem hierauf entstandenen Gebränge verletzt, darunter mehrere schwer.

Paul Singer & Co., Berlin SW, Diergu 2 Beilagen u. Unterhaltungszf.

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung. Montag, den 24. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Kommissare. Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf, Fehr, die Landwege im Regierungsbezirk Kassel, welcher die Wegebaulast der Landwege von den Gemeinden auf die Kreise übertragen will. Er wird nach kurzer Beratung an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten. Nach dem Entwurf soll ein weiterer Betrag von 16 Millionen Mark für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden. In der Begründung wird angeführt, daß die Staatsregierung sich bei der Bemessung dieses Betrages in Rücksicht auf die finanzielle Lage die größtmögliche Beschränkung auferlegt hat.

Abg. Dr. Gruenbergh (S.) weist auf die sittliche Pflicht des Staates hin, dafür zu sorgen, daß seine Arbeiter gesund erhalten werden.

Abg. Dr. Wöhring (fr. Sp.) stimmt der Tendenz des Gesetzentwurfs zu, doch sollten die Mittel nur da verwendet werden, wo wirklich ein Bedürfnis nach kleineren Wohnungen vorliegt. Damit schließt die Diskussion.

Da Kommissionsantrag nicht beantragt ist, wird sofort in die zweite Lesung eingetreten, und die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs werden debattelos angenommen.

Es folgt die Beratung des Entwurfs eines Kirchengesetzes, betreffend die Umzugskosten der evangelischen Geistlichen. Die Vergütung soll für Geistliche mit Familie an allgemeinen Kosten 300 M. betragen und an Transportkosten für je 10 Kilometer 8 M. Geistliche ohne Familie erhalten die Hälfte der oben genannten Vergütung, doch wird ihnen, wenn sie sich innerhalb Jahresfrist nach Eintritt des Pfarramtes verheiraten, die andere Hälfte nachträglich bezahlt. Ein Verzicht auf die gesetzliche Vergütung der Umzugskosten ist unzulässig.

Ein Regierungskommissar empfiehlt den Entwurf zur Annahme.

Abg. Graf v. Wartenleben-Rogasen (L.) erkennt an, daß der Entwurf einem Bedürfnis entspricht.

Abg. Dippe (natl.) bemängelt die Bestimmung der Nachzahlung an unterbezahlte Geistliche, wenn sie sich innerhalb eines Jahres nach Eintritt des Pfarramtes verheiraten. Auch sei es ungerecht, daß mit den Kosten zufolge des Gesetzes nur die Kirchengemeinden belegt werden, nicht auch der Patron. Er beantragt, den Entwurf an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu verwiesen.

Abg. Dr. Dierhoff (fr. Sp.) hält die vorgebrachten Bedenken für nicht gerechtfertigt und bittet den Vorredner, den Antrag auf Kommissionsberatung zurückzuziehen.

Ein Regierungskommissar sucht die vom Abg. Dippe geltend gemachten Bedenken zu zerstreuen.

Abg. Dippe (natl.) zieht hierauf seinen Antrag auf Kommissionsberatung zurück, bittet jedoch, die zweite Lesung nicht heute vorzunehmen.

Diesem Wunsche wird stattgegeben. Damit ist die erste Beratung erledigt.

Nach debatteloser Annahme einiger Gesetzentwürfe, welche die Änderung einiger Amtsgerichtsbezirke und die Errichtung einiger neuer Amtsgerichte betreffen, folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Stempelsteuergesetzes.

Die Beratung wird bei der von der Kommission eingefügten Tarifstelle „Automaten und Musikwerke“ fortgesetzt. Nach dem Beschlusse der Kommission sollen Erlaubnistatzen für jeden in Wohnstätten, öffentlichen Wirtschaften und an anderen öffentlichen Orten und Plätzen zur Aufstellung gelangenden Musik-, Verkaufs- und Warenautomaten, sowie für jeden Automaten, der zur Unterhaltung des Publikums dient, einschließlich der Stereoskope mit drehbaren Bildern, sowie für Kraftmesser mit einer Gebühr von 10 M. für das Kalenderjahr belegt werden.

Abg. v. Tilly (L.) begründet einen Antrag, der von den Konservativen, dem Zentrum und den Rationalliberalen gestellt ist,

statt dessen eine nach dem Ertrag gestaffelte Steuer einzuführen von 1 M. bei nicht mehr als 20 M. Jahresertrag bis zu 20 M. bei mehr als 500 M. Jahresertrag.

Abg. Waldstein (fr. Sp.) wendet sich gegen den ganzen Gedanken der Automatenbesteuerung; sie stellt eine Doppelbesteuerung eines durchaus zulässigen Gewerbes dar, das in gewisser Form den Verkehr erleichtert. Zugutegeben ist, daß auch manche unerfreuliche Erscheinung bei den Automaten mit unterläuft. Aber ein Gewerbe, das so leicht zu besteuern ist, weil es für unfittlich erachtet wird, ist ein höchst bedenklicher Grund. Formell mag diese neue Steuer eine Stempelabgabe sein, materiell aber keineswegs. Materiell ist sie eine neue Belastung eines bestimmten Gewerbes, eine Gewerbesteuer von recht beträchtlicher Höhe. Als meine Partei dem Kompromiß über die Lehrerbesoldung zustimmte, daß der fehlende Restbetrag aus Erhöhung der Stempelabgaben gewonnen werden solle, war aber an eine wirkliche Stempelabgabe gedacht. Dieser Steuer sind wir nicht in der Lage zuzustimmen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Lohmann (natl.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu dem vom Abg. v. Tilly begründeten Kompromißantrag.

Ein Regierungskommissar: Die Regierung ist nicht in der Lage, auf die Automatensteuer zu verzichten. Sie muß einen Ersatz bilden für den Ausfall, der dadurch herbeigeführt wird, daß das Abgeordnetenhaus die Besteuerung von Mietverträgen erst bei 400 M. beginnen läßt, während der Regierungsentwurf sie bereits bei einem Mindestbetrag von 300 M. vorsehen hatte. In der Kommission ist auch die Frage aufgeworfen worden, wie es mit den von den Untergrundbahnen aufgestellten Automaten zu halten ist. Es ist gar kein Grund einzuführen, warum die Untergrundbahnen für diese Automaten die Steuer nicht bezahlen sollen. Sie werden daran nicht zugrunde gehen.

Hierauf wird ein von der Rechten eingebrachter Schlußantrag gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen, und ebenso der Antrag v. Tilly und Genossen.

Bei Fideikommissstiftungen steht die Regierungsvorlage eine Besteuerung von 3 Prozent fest.

Die Abg. Wolff-Lissa (fr. Sp.) und Reinbacher (fr. Sp.) beantragen, statt dessen 5 Prozent zu setzen.

Abg. Waldstein (fr. Sp.): Durch Annahme dieses Antrages könnte ohne weiteres der vom Regierungskommissar beklagte Ausfall in vollkommen einwandfreier Weise gedeckt werden.

Abg. v. Nichtsosen (L.) verwahrt sich dagegen, daß die Konservativen einseitige Beschützer der Familiengüter seien. Aber im Rahmen des Stempelgesetzes läßt sich die Frage der Familienfideikommiss nicht regeln, das muß durch ein besonderes Gesetz geschehen.

Abg. Lübbke (fr. Sp.) schließt sich dem Vorredner an.

Abg. Dippe (natl.): Auch wir meinen, wie die Freisinnigen, daß manche Fideikommiss eine höhere Stempel tragen können, werden aber trotzdem gegen den Antrag stimmen, weil ein besonderes Fideikommissgesetz zu erwarten ist.

Abg. Dr. König-Krefeld (S.) erklärt, daß auch seine Partei aus demselben Grunde gegen den Antrag stimmen werde.

Der Antrag Wolff-Lissa wird abgelehnt, der Steuerfuß von 3 Prozent angenommen.

Eine Reihe weiterer Bestimmungen wird nach unwesentlicher Debatte nach dem Antrage der Kommission angenommen.

Bei der Tarifstelle „Pacht- und Mietverträge“ beantragt die Kommission, bei Pacht- und Mietzinsen von mehr als 400 M. eine Abgabe von 1/10 Prozent, die mit der Höhe der Pacht- und Mietzinsen steigt, bis zu 1/20 Prozent bei Verträgen von mehr als 12 000 Mark.

Ein von den beiden konservativen Parteien, dem Zentrum und den Rationalliberalen eingebrachter Kompromißantrag will die Staffelung bis zu 2 Prozent bei Verträgen von über 12 000 M.

Weiter beantragt die Kommission, bei Mietverträgen über Räume zu gewerblichen und beruflichen Zwecken, bei Verträgen bis zu 3000 M. nur 50 Prozent, bei Verträgen bis zu 8000 M. nur 30 Prozent, bei Verträgen über 6000 M. nur 20 Prozent, der Steuer zu erheben.

Hierzu beantragen die Abg. Wolff-Lissa (fr. Sp.) und Reinbacher (fr. Sp.) durchweg 50 Prozent zu setzen. Das gleiche wird im Kompromißantrag gefordert.

erner beantragen die Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) und Dietrich (fr. Sp.), den Steuerfuß bei Mietverträgen über Räume zu gewerblichen und beruflichen Zwecken bis zu 3000 M. auf 1/10

Prozent, bei Verträgen bis zu 30 000 M. auf 1/20 Prozent, und bei Verträgen über 30 000 M. auf 1/10 Prozent festzusetzen.

Die Abgaben bei Jagdpachtverträgen betragen nach dem Beschlusse der Kommission 1/2 Prozent bis 5 Prozent, bei Verträgen von 300 M. an bis zu Verträgen von mehr als 5000 M. Der Kompromißantrag erhöht die Staffelung bis auf 6 Prozent bei Verträgen von mehr als 5000 M. Verträge über gemeinschaftliche Jagdbezirke sollen ohne Rücksicht auf die Höhe des Pachtzinses nur einem Stempel von 1/10 Prozent unterliegen, wenn als Pächter Inländer auftreten, die im Gemeindebezirk ihren Wohnsitz haben. Dies ändert der Kompromißantrag dahin ab, daß nur bei Pachtverträgen, bei welchen der Pachtzins den Betrag von 1500 M. nicht übersteigt, der ermäßigte Stempel erhoben wird.

In der Debatte beklagt sich Abg. Wolff-Lissa (fr. Sp.) über unhöfliche Behandlung seitens der Kompromißparteien, von denen die Freisinnigen nicht genügend über die Verhandlungen informiert wurden.

Die Abgeordneten Dr. v. Ries (konf.) und Dr. Lohmann (natl.) betreiben, daß die Kompromißparteien unhöflich oder gar illegal gehandelt hätten.

Die Kompromißanträge werden angenommen; die anderen Abänderungsanträge werden abgelehnt.

Die Kommission beantragt, die Radfahrarten mit einer Steuer von 50 Pf. für das Kalenderjahr zu belegen.

Die Abgeordneten Hr. v. Nichtsosen (konf.) und Dr. v. Ries (konf.) beantragen, hinzuzufügen: „der Antrag auf Erteilung der Steuerkarte ist im Januar jedes Jahres bei der Gemeinde- oder Zollbehörde unter Einzahlung des Stempels zu stellen.“

Die Abgeordneten Wolff-Lissa (fr. Sp.) und Reinbacher (fr. Sp.) beantragen, diese Tarifstelle zu streichen.

Abg. Waldstein (fr. Sp.): Diese Steuer ist eine ganz unsoziale. Wenn man einen Preis auf die Erhebung einer antisozialen Steuer ausgeschrieben hätte, so wäre man wohl auf diese Steuer verfallen.

Abg. Dr. v. Ries (konf.): Die Steuer ist keineswegs antisozial. Eine Abgabe von 50 Pf. pro Jahr ist auch für den kleinsten Mann keine schwere Belastung. Bei der Finanznot des Vaterlandes muß auch der Kleinste sein Scherlein auf dem Altar des Vaterlandes niederlegen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lohmann (natl.): Meine Freunde verharren dieser Steuer gegenüber auf dem ablehnenden Standpunkt, den sie schon in der Kommission eingenommen haben.

Abg. Leinert (Soz.):

Auch unser Standpunkt ist es, daß auch der Kleinste sein Scherlein beitragen muß, die Not des Staates zu mildern. Wir meinen aber, daß der Größte das ebenfalls tun muß. Wie Sie die Kleinsten beranziehen, haben Sie bewiesen, indem Sie die Abgaben für Pässe für Handwerksburschen von 50 Pf. auf 1 M. erhöhten. Das ist ein ganz sinnloser Beschluß, dem Staate wird er nur wenig einbringen, die Handwerksburschen aber schwer belasten. Die Radfahrsteuer soll jährlich erhoben werden. Ein sozial denkender Mann darf derartiges nicht mitmachen. Der Antragsteller meinte in der Kommission, die Karten dienen zur Kontrolle über die Zahl der Räder, als Ausweis über das Eigentum bei einem bestimmten Rade, und zur polizeilichen Beaufsichtigung des Radfahrers. Wahrscheinlich hat der Herr noch nie eine Radfahrkarte in der Hand gehabt. (Sehr richtig links.) Das Ausstellen der Radfahrarten durch die in den Großstädten dezentralisierte Polizeibehörde geht jetzt sehr glatt von statten; nach dem konservativen Antrage soll die Steuerkarte von der Gemeindebehörde ausgestellt werden. Das wird längere Zeit in Anspruch nehmen und insofern darf das Rad nicht benutzt werden. (Zuruf rechts: Das wollen wir nicht!) Dann müssen Sie eben in den Antrag hineinschreiben, was Sie wollen. Neben der Steuerkarte wird vielfach auch die polizeiliche Karte beibehalten werden. Wird nun ein Radfahrer von einem Polizeibeamten angehalten, was jedem passieren kann, und hat er eine der beiden Karten nicht bei sich, so wird er bestraft. Das Erträgnis der Steuer wird auf 90 000 M. berechnet. Bei einem Etat von 8500 Millionen würde ich mich schämen, durch eine so antisoziale und erbitternde Steuer 90 000 Mark dem Staat zur Verfügung zu stellen. Bei dem Beamtenbesoldungsgesetz hat man ohne weiteres bei der Besoldung der Geistlichen 600 000 M. mehr ausgeben. Jetzt suchen Sie sich durch

Belastung der Arbeiter

Genuß an Wagner begnügen kann, der verliert doch wohl weniger als es scheint. Oder er hofft jetzt auf die bevorstehende und voraussichtlich ehrenwerte Cura-Doper bei Kroll.

Humor und Satire.

Lonfest.

Zahlreich hat man sich versammelt in der guten Stadt am Main, das gemohnte Blech geflammelt — und dann hab man an zu schreiben.

Daß man nicht den Ton verfehle, darauf ist man sehr erpicht. Ferner: ob man noch so gröhle, schwanken darf man niemals nicht.

Offentlich bleibt nicht vergeblich, dieses Beispiel der Musik: derlei war nicht minder löblich in der hohen Politik! Franz.

Die Versicherungsplage im Hilbig-Kloster. (Versicherungsgagent beim neuen Sultan.) „Ja, Majestät, die besseren Konarachen versichern sich jetzt alle gegen Thronverlust.“

4. Garderegiment. Ein Vormund berichtet dem Vormundschaftsrichter über das Befinden seiner Mündel. Unter anderem enthält der Bericht die Stelle: „Sämtliche Mündel sind schwanger bis auf Heinrich, der beim 4. Garderegiment zu Fuß dient.“

Armenfürsorge auf dem Lande. „Jedw Jahr hat d' Gemeinde für den alten Deyn'n g'orgt, jetzt kumt' er si a amal dankbar zoag'n — mit an Koon Weined oder sonst was, damit 'n der Staat a Zeitlang in Logis nimmt.“ (Simplifiksimus\*)

Notizen.

In Pompeji sind, wie uns ein Telegramm aus Rom meldet, Entdeckungen von großem kunsthistorischen Interesse gemacht worden. Bei den Ausgrabungen ist man nämlich auf eine Villa gestoßen, die sich in vorzüglichem Zustande befindet. Die Innenwände sind mit prachtvollen Malereien bedeckt, in den Kellern befinden sich zahlreiche Vasen, im Triclinium (Speisesaal) fand man eine für 30 Personen gedeckte Tafel.

Nachweislich Sozialdemokraten. Das zweite Heft des „Kunstwart“ bringt in seiner Rundschau eine Notiz mit der Ueberschrift: „Unser Kleinod von Wilhelmshagen“. Da wird von dem holländischen „Familienfest“ geschwärmt, von dem „Herzverhältnis“ zwischen dem holländischen Balke und seiner Dynastie: „Und dabei geht die Freiheit bei den Holländern so weit, daß die meisten dieser Zuhler nachweislich Sozialdemokraten sind.“ — Nachweislich? Hat der Einsender die Mitgliedsbücher geprüft? Oder sieht er den Keulen an der Nase an, wo sie politisch stehen? Solch leichtfertiges Geschreibsel, das ganz nach Reichsverband aussticht, sollte ein anständiges Blatt wie der „Kunstwart“, doch lieber vermeiden.

Kleines feuilleton.

Der Komponist der „Internationale“. In der französischen Kammer hat der Automobilfabrikant Raquis de Dion einen neuen Paragraphen für die Hausordnung beantragt, wonach „antipatriotische und revolutionäre Rufe und Gefänge“ mit der ganzen Strenge des Reglements geahndet werden sollen. Die Kammer hat den dummen Antrag des rellamesüchtigen Nord- und Sportpatrioten für dringlich erkannt und der Kommission überwiesen. Den Anlaß zu dieser Hauswurstaube bot die Kammerzene der letzten Woche, als unsere Genossen auf die fortgesetzte Vöberei der Radikalen, die ganz grundlos den Genossen Compere-Morel durch Gehele verhindern, eine tatsächliche Verächtigung vorzubringen, mit dem Gesang der „Internationale“ antworteten. So war das Kampflied unserer französischen Genossen in den Vordergrund der Diskussion gerückt, und da es sich in den letzten Jahren in Uebersetzungen auch in den anderen Ländern der internationalen Arbeiterbewegung mehr und mehr eingebürgert hat, so dürfte es von Interesse sein, daran zu erinnern, daß es selbststetweise mit der Marcelliste das Schicksal teilt, daß die Herkunft seiner Melodie unklar ist. Allerdings ist der Kreis der Vermutungen bei der „Internationale“ nicht so weit gezogen wie bei der Marcelliste. Man kennt von jener das Entstehungsjahr, den Entstehungsort und vom Komponisten — den Namen, aber nicht den Vornamen, und just um den dreht sich ein Streit, der auch schon vor den Gerichten verfochten worden ist! Auf der ersten Ausgabe steht: Text von Pottier (der berühmte französische Arbeiterdichter und Kommunekämpfer), Musik von de Geyter. Aber es handelt sich darum: welcher von den zwei Brüdern de Geyter ist der Komponist: Pierre oder Adolphe? Beide haben Anspruch darauf erhoben und wichtige Zeugen namhaft gemacht. Eine Reihe von äußeren und inneren Momenten scheint für Pierre zu sprechen. Als Sohn eines aus Gent stammenden Fabrikarbeiters in Lille 1848 geboren, besuchte er als Knabe das Konservatorium und lernte Gesang. Nach seiner Militärdienst wurde er Holzbildhauer, aber er ludigte auch weiter seinen musikalischen Neigungen. Er dirigierte Arbeitergesangsvereine und Orchester und besuchte einen Kursus für Kompositionslehre. Er komponierte leichte Lieder und besorgte die Instrumentation von Brabanter Volksweisen. Nach seiner Angabe war es im Juni 1888, daß ihn Genosse Delors, der Deputierte und frühere Bürgermeister von Lille, zur Komposition des Pottierschen Gedichtes anregte. Zum ersten Male wurde die Hymne bei einem Fest der Gewerkschaft der Zeitungsverläufer unter Leitung de Geyters vorgelesen. Der Erfolg war bescheiden, aber das Lied machte doch seinen Weg, zunächst in Nordbrabant und in Belgien. In Gent empfing Ansele in Vooruit Pierre de Geyter als den Schöpfer der „Internationale“. — Aber Pottiers Darstellung stehen die Behauptungen Adolphes entgegen. Adolphe de Geyter, von Beruf Schmied, ist freilich kein gekulter Musiker, aber er hat musikalische Gehör und Erfindungsgabe. Er erklärt, die Internationale im April 1888 komponiert zu haben, und nennt einen Zeugen Vergot, der ihm damals Pottiers Gedichte liess. Als er die Noten

niedergeschrieben hatte, suchte er einen Schwager auf, der Harmonium spielte, und ließ die Melodie begutachten. Drei Tage später übergab er Vergot eine Kopie der Komposition. — Welche von diesen einander diametral entgegengesetzten Darstellungen richtig ist, das dürfte wohl nie mehr festgestellt werden. Zeugen gibt es für die eine wie für die andere Darstellung. Derjenige aber, der wohl das entscheidende Wort sprechen könnte — der Lithograph, der das Manuskript übernommen hat, ist nicht mehr aufzufinden.

Musik.

Der Richard-Wagner-Zyklus des königlichen Opernhäuses, der am Sonntag mit „Rienzi“ eröffnet wurde, ist nicht etwa eine eigene Veranstaltung von Musterführungen, ist kein Klein-Wagner, nicht einmal eine Reueinführung, vielmehr vor allem eine Gelegenheit zu einem Sonderabonnement. Aber daß das Opernhaus ab und zu sämtliche Bühnentheater Wagner's vorführt (ausgenommen die belanglosen Erstlingsopern und den „Parfissal“), das hat doch das Gute, daß einige den chronologischen Zug von Wagners Schaffen durchmachen und manche sich dieses oder jenes ihnen entgangene Werk anhören können. Wer sich mit einer solchen Stichprobe begnügen muß, dem sei geraten, sich nicht auf einen der vier Abende des „Ringes“ einzulassen — eine „Wagnerwidrigkeit“ sondergleichen — sondern ein selbständiges Stück zu wählen. („Der fliegende Holländer“, „Tannhäuser“, „Lohengrin“, „Tristan und Isolde“, „Die Meistersinger“.) Und dann bewoone er sich mit einem richtigen Textbuch — beispielsweise nicht mit einem aus dem Dresdener Verlage C. C. Reinhold u. Söhne — sowie mit einer der guten Erläuterungen aus der Reichlichen Universalbibliothek, die auch den, der auf den kostspieligen Eintritt verzichten muß, trösten mögen.

Wer mit „Rienzi“ beginnt, der kommt auf seine Rechnung, so wohl wenn er eine „schöne Oper“ haben wie auch wenn er die ersten Spuren des Musikdramatikers Wagner finden will. Welche Geschicklichkeit läßt schon hier die Chöre und das Orchester, zumal die Blockflöten, gleich einer Armee zum Angriffe vorrücken! Wie deutlich zeigt sich hier des Wort- und Tonbildners Reizung zu Frucht und Frucht, zum Großen und Lauten — und hiermit sein Abheben von intimeren Wirkungen, das nun einmal die dramatische und überhaupt die Musik bei ihm und seit ihm einseitig gemacht hat! Aber schon hier inmitten aller pompösen Aufzüge und „Finales“: welches Streben, etwas zu sagen und nicht bloß zu reden — die Musik vermühtig zu machen und doch nicht bloß Verstandesfrage zu geben! Wie würde das alles erst zur Geltung kommen, wenn einmal eine wirklich dramatische Aufführung unternommen würde!

So wie Berlin hat wohl keine in Betracht kommende Stadt feinerzeit Wagner vernachlässigt. Jetzt holt die Theaterkasse nach, was sie nicht verdient hat. Und mögen die Leiter des Orchesters und der Regie sowie die Sänger, angefangen von Herrn Gräning, dessen künstlerischer Ernst seine Mittel günstig ergänzt — mögen sie alle, wie diesmal viel Treffliches geben: keinen Schein doch beizulassen, daß beispielsweise auch die Stärkeverhältnisse der Singstimmen unter einander sowie mit dem Orchester ausgeglichen sein müssen, wenn das „Gesamtkunstwerk“ auch in dieser Beziehung gelten soll! Doch liegen drei bis vier Jahre vor der Zeit, da Wagners Werke „tantummodo“ werden. Wer sich inzwischen mit einem privaten

zu entlocken. Man spricht hier von einer Luxussteuer. Die Arbeiter, welche ein Rad besitzen, wissen, was das für ein Luxus ist. Sie benutzen die Räder, um schnell nach ihrer Arbeitsstelle zu kommen. Große Zeitverluste entstehen Tausenden von Arbeitern, wenn die Witterung die Benutzung des Rades unmöglich macht. Weiter kommt hinzu, daß in den Großstädten jeder kleine Geschäftsmann ein Rad zur Verfügung des wahlberechtigten haben muß, und wahrscheinlich wird er dem Hausdiener die Steuer aufbürden. Bei der Abholung der Karten, die ja im Januar ganz allgemein gefordert sind, werden die Arbeiter Stundenlang zu warten haben und dadurch einen Ausfall an Arbeitsverdienst erleiden, der in die Millionen geht. Aber auch 50 Pf. bedeuten für den Arbeiter eine Stunde Mehrarbeit, die er dem Staat umsonst zur Verfügung stellen soll. Im Herrenhause hat man darauf hingewiesen, daß man die Arbeiter mit 1200 M. Einkommen höher besteuern will, um die Lehrer mit 1400 M. Mindesteinkommen besserzustellen; hier sollen die Arbeiter wieder die Steuer bezahlen, weil Sie bei den Jagdpachtverträgen eine Million Mark nicht bezahlen wollen. Der Stempel von Aktiengesellschaften und von Pensionskassen soll nur einmal bezahlt werden, obwohl er im Jahre hundertfach verdient wird. Der Arbeiter dagegen soll für sein Rad jedes Jahr neu bezahlen, obwohl es sich beständig abnutzt. Haben Sie denn gar kein Gefühl dafür, wie erbitternd und verlegend

eine solche Steuer wirken muß? Sind Sie sich nicht klar, daß das die größte Ungerechtigkeit ist, die je in einem Parlament verübt wurde? (Unruhe und Lachen rechts.) Ihr Lachen geht nur, daß Sie gar kein Verständnis dafür haben, was in der Familie eines Arbeiters 50 Pf. bedeuten. Warum haben Sie die Jagdpachtsteuer herabgesetzt? (Unruhe rechts: Sie wird neu geschaffen!) Aber nicht in der Höhe der Regierungsvorlage. Aber die Radfahr-Zulagensteuer hat die Regierung gar nicht verlangt, sondern sie ist von Ihnen geschaffen. Sie nehmen dem Arbeiter 50 Pf., für die er sich ein halbes Pfund Fleisch kaufen kann, und erlassen die Jagdpachtsteuer den Leuten, die mit dem ersparten Geld mehr Sekt trinken können. (Große Unruhe rechts.) Sie handeln nach dem Grundsatz: Nimm, was du kriegen kannst. (Unruhe rechts: Wir haben ein gutes Gewissen.) Das zeigt Ihre

#### angeborene und eingefleischte Arbeiterfeindschaft.

Sonst würde Ihnen das soziale Gewissen schlagen. Aber Sie wollen mit dieser Steuer den Ihnen unsympathischen Zustand beseitigen, daß die Landarbeiter leicht nach der Stadt, und die städtischen Arbeiter leicht auf das Land kommen können. Die Kulturunterschiede halten Sie aber doch nicht auf. Wohl aber fördern Sie damit unsere Interessen und die Agitation gegen Ihre Aufreiter. (Unruhe rechts.) Wenn nur ein Funke von Gerechtigkeitsgefühl in Ihnen wäre, müßten Sie mit uns diese Steuer ablehnen. (Bravol links; Unruhe rechts.)

Abg. Lübbe (freil.): Vom Rad des armen Mannes zu sprechen, wie Abg. Weiser es getan, ist doch geradezu töricht. Präsident v. Krieger: Der Ausdruck „töricht“ ist doch ein bißchen stark.

Abg. Lübbe (fortfahrend): Wer sich ein Rad kaufen kann, hat auch das Geld für die geringe Steuer.

Abg. Kretsch (l.): Der arme Mann benutzt nicht ein Rad zur Fortbewegung, sondern seine Füße und empfindet den von den Rädern verursachten Staub sehr unangenehm. (Beifall rechts.) Damit schließt die Diskussion. Die Steuer von 50 Pf. auf Radfahrkarten wird angenommen.

Die übrigen Bestimmungen des Tarifs werden nach unwesentlicher Debatte nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Dierauf verläßt sich das Haus auf Dienstag, 11 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung der Stempelsteuernovelle, dritte Beratung der Vergesetznovelle. Zweite Beratung der Sekundarbahnovelle, Antrag v. Jellisch auf Anschluß der Lehrpersonen an Privatschulen an die Pensionklasse der Volksschullehrer.) Schluß 4 1/2 Uhr.

## Soziales.

### Tuberkulosekongreß.

Auf dem Tuberkulosekongreß, über dessen Sitzung wir bereits am Sonntag berichteten, referierte Kreisarzt Dr. Kirschin-Stettin über die Durchführung der Desinfektion bei Tuberkulose mit besonderer Berücksichtigung der Wohnungsdesinfektion. Dieses ist eines der wichtigsten Mittel zur Bekämpfung der übertragbaren Krankheiten. Die Vorbereitung sei eine geschickte festgelegte Angelegenheit. In den meisten Bundesstaaten bestche sie aber noch nicht, oder sei, wie in Preußen, auf eine Anzeige der Todesfälle beschränkt. Es müsse mindestens der Wohnungswechsel bei vorgeschrittener Lungentuberkulose und bei den Kranken, die in die Heilstätten kommen, zur Anzeige gelangen. Noch wichtiger sei die Angelegenheit der Fälle von offener Tuberkulose. Wie diese Fälle sollten der polizeilichen Anzeigepflicht unterliegen. Daß eine erweiterte Angelegenheit nicht nur notwendig, sondern auch leicht durchführbar ist, zeigen Norwegen, Dänemark, Schweden, Oesterreich und einige amerikanische Großstädte. Auch in Deutschland sei man nicht ganz zurückgeblieben; so haben Sachsen und Baden schon die Angelegenheit. So lange aber die Angelegenheit nicht durchgeführt ist, müsse man auf gutlichem Wege sehen, die Wohnungsdesinfektion durchzuführen. Auf dem Lande seien dazu besonders die Färsereigeßen zu benutzen. Am ehesten werde die freiwillige Desinfektion beim Wohnungswechsel durchgeführt werden können. Aber dem werden Schwierigkeiten von Seiten der Haus- und Quartiermieter bereitet. Es sei jedoch dem neuen Mieter auf Grund des § 544 B. G. B. möglich, den Hausvater zur Desinfektion zu zwingen. Es sollten sich daher auch die Vermieter nicht gegen die Desinfektion sträuben, im Gegenteil, sie selbst herbeizuführen suchen. Da es sich um eine im öffentlichen Interesse liegende sanitäre Maßnahme handelt, wäre darauf hinzuwirken, daß die Desinfektion in allen Fällen unentgeltlich geschieht. Sehr wichtig sei die fortgeschrittene Desinfektion am Krankenbett zur Infektionshemmung des Auswurfs. Leider fehle es hier noch an geeigneten wirksamen Mitteln. Vortragender behandelte dann die einzelnen Desinfektionsmittel und Maßnahmen.

### Dritte Konferenz der Zentralstelle für Volkswirtschaft.

Gestern tagte in Darmstadt die dritte Konferenz der Zentralstelle für Volkswirtschaft. Universitätsdirektor Bauer (Herrenhut) führte zu dem Thema

#### Jürsorge für die schulentlassene männliche Jugend

aus: Die Aufgabe, für die schulentlassene Jugend zu sorgen, werde vielfach unter dem Gesichtspunkt des Kampfes gegen die Sozialdemokratie gestellt. Aber so gewiß und grundsätzliche Bedürfnisse der Welt- und Geschichtsauffassung von der Sozialdemokratie trennen, so hat doch das Politische und der Klassenkampf, der auch einschlägige Sozialisten nicht in die Reihen der Jugendführer tragen wollen, aus unserer Jugendfürsorge auszuschneiden. . . Gewiß erzeugen die Verhältnisse der Großstadt und der Industriestädte eine Fülle abnormer, ja verbrecherischer Erscheinungen. Aber einmütig sieht man leicht die früheren Zustände in zu rosigem Licht. Die Reichsrechnung war oft auch eine wenig ideale Erziehungsstätte. Ferner urteilen gerade die Männer, die sich am ernstlichsten um die Jugend bemühen, günstiger und erbeden, ohne sich über die Schäden zu ärgern, an der gewerblichen Jugend auch mancherlei Vorzüge. Und endlich hilft ein Vergleich mit früher wenig. Die Verhältnisse sind einmal da. Aber es ist auch viel Gutes da, das es zu retten und zu stärken gilt, wobei wohl zu beachten ist, daß Arbeit nicht ohne weiteres Gemeinheit und daß das Unstille in anderen Gesellschaftskreisen um der seinerden Namen willen noch nicht besser ist. Wesentlich ist die vorliegende Aufgabe aus dem Umkreis der Verhältnisse abzuleiten. Auf dem Nürnberger Parteitag hat namhaft Clara Zetkin, wenn man von den Ausdrücken der Klassen-

hoffen absteht, die Erziehungsbedürftigkeit des jungen Arbeiters in seiner eigentümlichen Lage zu entwickeln. Sie hat besonders auf die Verminderung der Familienautorität und die verfrühte Selbstständigkeit hingewiesen und die Verbindung von Jugend und Freiheit, sowie den Schutz vor Verführung so gefordert, wie wir es ähnlich ja schon längst tun und noch kräftiger tun müssen. Sehr zu beobachten ist überdies, daß das moderne Leben in der Arbeiterjugend geistige Bedürfnisse anregt, die in ungeordneter, meist verhängnisvoller Weise befriedigt werden, wenn es an Anleitung fehlt. Dazu kommt, daß die Maschine vielfach das ehemals mehr an die Arbeit geknüpfte geistige Leben freimacht, so daß es nach anderer Befriedigung sucht, die ihm aber so gewährt werden muß, daß die Jugend der Arbeit nicht abgeneigt, sondern für sie tüchtiger wird. Auf Verdummung des Arbeiters, damit die Industrie „Hände“ habe, wollen wir es gewiß nicht anlegen. Ein ickarfer Stachel der Notwendigkeit ist aber auch die Schuld der heutigen Gesellschaft. Die Volkjugend steht nicht nur viel Luxus und Sittenlosigkeit, sondern auch Kritik bis zur Verführung vor sich, statt einer geschlossenen Weltanschauung, Herrlichkeit auf religiösem, Unsicherheit auf sittlichem und Skeptizismus auf dem Erkenntnisgebiet sind an der Tagesordnung. Die Wirkungen können nicht ausbleiben. Von den einzelnen Notwendigkeiten ist die Fortbildungsschule jetzt allgemein anerkannt. Sie muß eine Erziehungsstätte für Geist, Charakter und Gemüt sein und es muß sich viel an sie angeschlossen, ein freieres Vereinsleben, bei dem die Selbstständigkeit und auch die Körperübung Pflege finden muß. Dabei müssen wir zwei elementare Mächte als Bundesgenossen haben: Religion und Vaterlandsliebe. Die bahnbrechenden Verdienste der konfessionellen Vereine, als deren warmer und überzeugter Anhänger ich mich bekenne, dürfen nicht vergeßen werden. Mag man unmittelbare religiöse Einwirkung für richtig halten oder nicht, es bedarf jener Konzentration der sittlichen und Gemütskräfte, wie sie nur in der Religion und nur im positiven Christentum zu finden ist. Von einem Einfangen für kirchliche Parteien darf dabei ebensowenig wie für politische die Rede sein. — Und die Vaterlandsliebe muß der höchst verderblichen Verdrängung mit der roten Internationale kräftig entgegengesetzt werden. Ist etwas von Byzantinismus in unserem Patriotismus hineinkommen, so lautern wir ihn zu einer schlichten und treuen Liebe zu Kaiser und Reich. Es gilt eine gleichsam unpolitische Vaterlandsliebe zu pflegen, den Sinn für das Land, die Sitte, die Tugend und die Helden der Heimat.

In ähnlicher Weise sprach der Diskussionsredner, von denen mehrere die Notwendigkeit der Leibesübungen hervorhoben. Vizepräsident (H. Glöckner) vermahnte sich dagegen, daß der christlich-nationale Arbeiterkongreß „schwarze Polizisten“ sein wollen, sie wollten die Religion nicht als Mittel zum Zweck, sondern zur Erziehung des Volkes zum Glauben und zur Tugend.

Die Konferenz bleibt eine milderische Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeiterklasse trotz aller schönrednerischen Verläumdungen. Ihr Ziel ist nicht Ausbildung der körperlichen und geistigen Fähigkeiten unserer Jugend, sondern mögliche Erziehung der Arbeiter zur Unselbstständigkeit, zur Demut, zum Gehorchen und Sichausbehaltenlassen.

### Premien für Kassenbetrüger.

Der Maurerpolier Kollersowki und der Eigentümer und Kaufmann Emil Gabbert in Wilmersdorf sind Inhaber der Baufirma Gabbert u. Co. und führten im Jahre 1907 auf dem Grundstück Wihleener Straße 18/19 einen Neubau auf. Sie waren angeklagt, in der Zeit vom 1. Juni 1907 bis 28. Dezember 1907 die Krankenkassenbeiträge für die auf dem Bau beschäftigten Arbeiter im Gesamtbetrag von 719,13 M. nicht an die berechnete Krankenkasse zu Wilmersdorf abgeführt zu haben, obwohl sie den Arbeitern auf die von diesen zu zahlende Zweidrittelquote Lohnabzüge gemäß § 53 des Krankenkassengesetzes gemacht haben. Die Angeklagten haben zugegeben, die Lohnabzüge bei den wöchentlichen Lohnauszahlungen gemacht und die Beiträge an die Krankenkasse nicht gezahlt zu haben, sowie daß die Eretution gegen sie fruchtlos ausfiel. Sie bestritten, daß sie in der Absicht vorgegangen seien, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen. Sie seien stets darauf bedacht gewesen, die Krankenkasse zu befriedigen. Die Wangeelder, die sie von einer Bank in einer sich nach dem Fortschreiten des Baues richtenden Höhe erhielten, hätten kaum zur Auszahlung der um zwei Drittel der Versicherungsbeiträge gekürzten Löhne gereicht. Im Oktober oder November 1907 seien die Wangeelder an den Rentier Ludwig Panther abgetreten mit der ausdrücklichen Vereinbarung, daß Panther die Vergütung der rückständigen Kassenbeiträge übernehmen solle. Für die Zeit nach der Fälligkeit sei Panther auch für die laufenden Beiträge in erster Reihe zahlungspflichtig gewesen. Der Angeklagte Kollersowki macht noch geltend, daß Gabbert allein auf seinen Namen die Arbeiter zur Krankenkasse angemeldet habe und er, Kollersowki, mit der Lohnzahlung überhaupt nichts zu tun habe. Kollersowki wurde freigesprochen, weil er auf die Verwendung der Wangeelder und das Abzugsverfahren keinen Einfluß gehabt habe. Gabbert wurde zu ganzen 75 M. Strafe von der ersten Strafkammer des Landgerichts III verurteilt. Besonders auffällig sind die Milderungsgründe. Es heißt da: „Mit Rücksicht auf die Unbedachtlichkeit des Angeklagten Gabbert und sein allerdings vergebliches Bemühen, der Krankenkasse die ihr vorenthaltenen Beiträge zu erstatten, andererseits in Anbetracht des erheblichen Betrages der vorenthaltenen Beiträge erschien eine Geldstrafe von 75 M. angemessen und ausreichend.“

Ein eigenartiges „vergebliches Bemühen“! Der Mann zieht den Arbeitern die Krankenkassenbeiträge ab, zahlt sie aber nicht ein, weil er die Beiträge für sich verbraucht und dann attestiert ihm das Gericht „sein allerdings vergebliches Bemühen, der Krankenkasse die ihr vorenthaltenen Beiträge zu erstatten“. 719 Mark unterschlagen, Zwangsvollstreckung fruchtlos — 75 M. Geldstrafe: das ist in der Tat ein „feines Geschäft“. So niedrige Strafen müssen geradezu als Anreiz zu Unterschlagungen und als Prämien für Kassenbetrug wirken. Sicher gehört aber Gabbert zu denen, die über Terrorismus der Krankenkassen mit Rugden gemeinsam gehen und ihnen eine Verwaltung wünscht, die absolute Rücksicht Krankenkassenbetrüger gegenüber übt.

### Aus dem Innungsgerichtsgericht.

Gestern klagte der Bäcker S. gegen die Bäckermeister Gebr. Mahlow auf Zahlung von 10,80 M. rückständigen Lohn. Bis zum 13. Mai stand er zu den Beklagten im Arbeitsverhältnis, das an diesem Tage ein eigentümliches Ende erreichte. Die Herren Meister hatten nämlich um eine Stunde und 20 Minuten die Zeit verkürzen. Diese Zeit, in der der Kläger also nicht durch seine Schuld an der Arbeit behindert worden ist, sollte dieser am Schluß der Arbeitszeit ohne Vergütung nachholen. Das tat der Kläger nicht. In einem darüber entbrannten Wortstreit sagte er zu einem der Beklagten, wenn es ihm nicht passe, soll er die Papiere zurecht machen. Das geschah auch. Doch wurde dem Kläger der Lohn nicht ausbezahlt, weil sich die Beklagten durch den Weggang des Klägers geschädigt wähnten. Im Termin erhoben nun die Beklagten auf eine Frage des Vorsitzenden Dagemann Widerklage auf Zahlung von 2,50 M. als Schadensersatz. Bodurch solche Widerklage auch nur den Schein einer Berechtigung erlangt — das Arbeitsverhältnis war mit Kündigungsausschluß eingegangen — verriet der Vorsitzende leider nicht. Es gelang ihm aber nach vieler Mühe, die Parteien auf 10 M. die an Kläger zu zahlen sind, zu einigen.

### Preussische Schulverhältnisse.

In der zur Gemeinde Stedelsdorf im Jerichower Kreise gehörigen Kolonie Neue Schleiße werden 250 Schulkinder von 2 Lehrern unterrichtet. Trotz dieser himmelschreienden Vernachlässigung der Schulverhältnisse verlangt der Gemeindevorstand noch obendrein von der Nachbarstadt Rathenow auf Grund § 53 des Kommunalabgabengesetzes einen Schullastbeitrag von circa 1000 M. Die Gemeindeverwaltungen betrogen in Stedelsdorf-

Neue Schleiße 150 Proz. (früher 147 Proz.), in Rathenow dagegen 267 Proz.

### Submissionsblüten.

Um die Erd- und Böhlschichten bei einer Veränderung an der Bahnstraße Hannover-Gehre beizubehalten sich achtzehn Firmen. Mindestfordernde blieb Plinke-Hannover mit 9018 M., während die Firma Harting-Braunschweig mit 20 137 M. als höchstforderndes Angebot anzufragen ist.

Bei der Vergabung der Maurerarbeiten (Arbeitslohn) zum Erweiterungsbau des Bahnhofgebäudes am Raschplatz in Hannover forderte die Firma Grahtorf-Hannover 88 939 M., während Schäfer in Hünfeld 73 758 M. forderte.

Bei beiden Ergebnissen schwankt die Differenz zwischen Höchst- und Mindestfordernden um circa 50 Proz.

## Aus der Frauenbewegung.

### Nachklänge vom internationalen Stimmrechtskongreß.

Die in bürgerlichen Zeitungen aus der Feder bekannter Frauenrechtlerinnen erschienenen Berichte und Stimmungsberichte von der Londoner Tagung des Weltbundes für Frauenstimmrecht enthielten sich in merkwürdiger Uebereinstimmung jedes näheren Eingehens auf die skandalöse Behandlung der Frage des allgemeinen Wahlrechts auf diesem Kongreß. (Siehe Nr. 108 und 111 des „Vorwärts“.) Bei der offiziellen Berichterstattung über die Tagung des Weltbundes, die am Freitag abend in einer vom preussischen Landesverein für Frauenstimmrecht sowie vom Verein Frauenwohl nach dem Architektenhause einberufenen Versammlung stattfand, wollte man diese Taktik des Veräuschens und Zotschwanzens kompromittierender Tatsachen und schwerwiegender Differenzen in der Stimmrechtsbewegung beibehalten. Die Berichtserstatteuerinnen, die wiederholt emphatisch versicherten, als Mitglieder des Deutschen Frauenstimmrechtsverbandes voll und ganz und unentwegt auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts zu stehen, hatten trotzdem kein Wort der Kritik für die von der Kongressmehrheit für die Zukunft eingeführte Praxis des Ausschusses der ein wirklich demokratisches Wahlrecht fordernden Frauenverbände. Wohl erwähnte Frau Dr. Breitscheid einmal beiläufig, wie man mit Hilfe der nach angloamerikanischen Muster zugeschnittenen Geschäftsordnung unserer Genossin Frau Montetore einfach das Wort abgeschnitten, sie mundtot gemacht, weil sie als Vertreterin der Minorität für das allgemeine Wahlrecht sprechen wollte. Frau Breitscheid benutzte die Erwähnung dieser Tatsache aber nur, um hieran ganz naiv die Ermahnung zu knüpfen, die deutschen Delegierten mühten es lernen, die englisch-amerikanische Geschäftsordnung auf internationalen Kongressen so zu handhaben, daß man sie gegebenenfalls durch Schlußanträge zur Ausschließung widerstrebender Elemente von der Debatte berühren könne. Damit empfahl Frau Dr. Breitscheid jene Taktik des „Valentinsierens“, wie sie unter dem Sozialistengesetz im Reichstage unter wohlwollender Zustimmung der Regierung von der Mehrheit der bürgerlichen Parteien unter Führung des Nationalliberalen Valentini der kleinen sozialdemokratischen Fraktion gegenüber ausgeübt wurde. Eine nette Demokratin, diese Frau Breitscheid!

„Stille, stille, kein Geräusch gemacht.“ war die Parole der Damen vom Frauenwohl und preussischen Landesverband. Kein Wort darüber, daß die Adult Suffrage Society im Verein mit der Delegation des internationalen sozialistischen Komitees durch demonstratives Verlassen des Kongresses den reaktionären Damen die einzig richtige Antwort gegeben. Ja, nicht einmal die für die deutschen Stimmrechtlerinnen zweifellos sehr interessante Tatsache, daß ihre Führerin, Anita Augspurg, sich veranlaßt sah, eine Wiederwahl als Vizepräsidentin des Weltbundes wegen seiner Haltung in der Wahlrechtsfrage mit aller Bestimmtheit abzulehnen, wurde mit einem Sterbensschrei erwähnt!!! Viel leicht schämt man sich ein wenig dieses nicht gerade sehr imponierenden Protestes. Jedenfalls aber wären Fräulein von Belzged, Frau Breitscheid, Frau Dzialozinski und Fräulein Lüders als ehrliche Berichtserstatteuerinnen verpflichtet gewesen, ihren Mandatgeberinnen über diese Dinge reinen Wein einzuschenken und ihnen zu erklären, daß der Deutsche Stimmrechtsverband auf künftigen Kongressen des Weltbundes nur aus Gnade gestilkt sein werde, so lange er auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts stehe. . . .

Da unternahm Frau Ruben es in der Diskussion, der Rede die Schellen anzuhängen. Mit kurzen treffenden Worten stellte sie den wirklichen Tatbestand fest und verwies auf die Gefahr einer Verwässerung des Gedankens des allgemeinen Wahlrechts dadurch, daß der Deutsche Frauenstimmrechtsverband im Weltbunde verbleibe, dessen reaktionäre Mehrheit ihrer Ansicht, die Arbeiterinnen vom Wahlrecht auszuschließen, so unumwunden Ausdruck gegeben. Auch nagelte sie Frau Breitscheid auf ihre sonderbaren Ausschläge zur Niederbützelung nichtweiblicher Minoritäten nach Gebühr fest, fand damit jedoch nur sehr vereinzelten Beifall.

Fräulein Schreiber, Fräulein Lüders und Frau Breitscheid befürworteten ein Verbleiben der deutschen Frauenstimmrechtsorganisation im Weltbunde. Fräulein Lüders hatte vorher schon in ihrem Referat ihren bekannnten unmoderierten Optimismus die Fägel schiefen lassen, indem sie von der Mission schwärmte, die der „tabulale“ Flügel der Frauenbewegung auch im Weltbunde zu erfüllen habe. Zum Schluß bestritt sie noch mit einem durch keinerlei Sachkenntnis getriebenen — Mut die unanschauliche Behauptung von Frau Ruben, daß das von den englischen Suffragisten und Suffragettes geforderte Wahlrecht ein Damen-Wahlrecht sei. Es sei zwar kein allgemeines Wahlrecht, meinte Fräulein Lüders, aber doch recht weitgehend. Das ist stark!

Wenn das zurzeit in England geltende Herrenwahlrecht durch den Nachweis von 17 verschiedenen Eigentums- oder Besitzqualifikationen von 12 1/2 Millionen erwachsener Männer rund 5 Millionen oder 40 Proz. der unteren Bevölkerungsschichten von der Stimmabgabe ausschließt, so würde es — auf die Frauwelt ausgedehnt — von 13 1/2 Millionen erwachsener Frauen nur 1 1/2 Millionen zugute kommen. 11 1/2 Millionen Frauen, die nach Lage der Dinge nur den Beschloßen angehören können, blieben nach wie vor rechtlos. Und das soll kein Damen-Wahlrecht sein?

Widersprüche und Halbheiten sind uns bei den tabulalen Frauenrechtlerinnen längst nichts Neues mehr. Ihre Vertuschungsmanöver anlässlich des Londoner Weltbündiskongresses zeigen, daß sie auch in bezug auf politische Echtheit die einfachsten Voraussetzungen unersüßt lassen.

## Gerichts-Zeitung.

### Gelbe bei der Arbeit.

Bei Gelegenheit des Streiks bei der Firma Hartung drang eine Anzahl Gelber in das Schanklokal von Pflaumbaum ein, woselbst die Streikenden verkehrten. Sie suchten Gängel und wurden von Pflaumbaum hinausgedrängt. Draußen fanden sie sich wieder zusammen und versuchten von neuem in das Lokal einzudringen. Sie waren zum Teil mit Revolvern und Gummischläuchen bewaffnet. Als Pflaumbaum die ihm drohende Gefahr erkannte, gab er einen Alarmruf in die Luft ab. Derauf schoß der Dreher Raczmarek, einer der Führer der Gelben, seinen Revolver auf Pflaumbaum ab, und zwar so, daß die Kugel ihn in den linken Arm traf und Pflaumbaum längere Zeit an der Wunde behandelt werden mußte. Ein anderer Gelber, der Former Dummer, schlug den Pflaumbaum mit einem Gummischlauch über den rechten Arm. Der Staatsanwalt lehnte das Einschreiten gegen die Gelben ab. Auf

**Beschwerde Pfauens** wurde das Verfahren gegen diese eröffnet. Pfauens schloß sich dem Verfahren als Nebenkläger an. In der mündlichen Verhandlung stand ihm Rechtsanwalt Dr. Heinemann zur Seite. Dummer wurde zu nur 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen Kaczmarek wurde, wiewohl er bereits wegen gefährlicher Körperverletzung mit 4 Monaten Gefängnis vorbestraft ist, auf einen Monat Gefängnis erkannt.

Wären die rohen Revolver- und Gummischlauchhelden nicht gegen das Interesse ihrer Klassenossen arbeitende Gelbe, sondern ehrlichende für ihre Klasseninteressen eintretende Arbeiter gewesen, so wäre sicherlich eine Verurteilung wegen Landfriedensbruch und eine weit höhere Strafe unterblieben. Es gibt ja aber keine Klassenjustiz.

**Halt die Schnauze!**

Der königlich preussische Kammerherr Baron Philipp v. Gustedt, Amtsvorsteher in Derrshelm, Kreis Halberstadt, stand am Freitag vor der Strafkammer in Halberstadt, um sich wegen Verleumdung und Körperverletzung eines „Untergebenen“ zu verantworten. Am 9. September 1908 brannte es in Derrshelm und der Kammerherr fungierte bei den Lösungsarbeiten als Brandmeister. Als Hornist war ihm der Ackerknecht Dienrodt beigegeben, der Mitglied der Pflichtfeuerwehr war. Dieser Dienrodt erhielt von Herrn v. Gustedt die Weisung, sich dicht an ihn zu halten. Als Dienrodt mit „Janoshi“ antwortete, rief der Kammerherr: Halt die Schnauze und blase: „Wasser marsch!“ Und damit vermuthlich der Mann besser zum Blasen präpariert werde, erhielt er einen Faustschlag an

die linke Wange. In dem Gedränge wurde dann der geschlagene Trompeter von seinem „Herrn“ getrennt. Der Kammerherr rief ihn mit den Worten: Dienrodt! Wo stehst denn der dumme Bengel? Auf die Entgegnung des Landknechten: Aber, Herr Baron, ich war doch da! antwortete der Herr Baron prompt: „Halt die Schnauze, Du hast hier gar nichts zu sagen! Hier hat nur der Amtsvorsteher zu reden!“ Weiter sagte der Amtsvorsteher dann: „Ich nehme Dir das Horn weg, solchen traurigen Hund kann ich nicht gebrauchen!“ Dazu erhielt Dienrodt einen Schlag ins Gesicht, daß der Helm vom Kopfe fiel. Als der Geschlagene den Helm aufhob, bekam er noch einen Schlag, daß ihm die Nase blutete. Dierauf nahm von Gustedt dem Mann das Horn weg und gab ihm einen Tritt ins Gesicht. — Man glaube nicht, daß dieser Edelste und Beste der Nation etwa ein junger Mensch sei. Er rühmte sich vor Gericht, auf den Schlachtfeldern von Döhmen und Frankreich Gehorsam gelernt zu haben und den habe er bei dem Trompeter, der erst vom Militäre entlassen sei, vermisst. Im übrigen bestritt der Herr Baron tapfer, geschlagen zu haben, nur daß er geschimpft habe, gab er bedingungsweise zu.

Der Staatsanwalt Kasper erkundigte sich liberali danach, ob der Knecht nicht etwa von dritten Personen aufgereizt sei, die Klage zu erheben. Seine Mühe war umsonst. Dann beantragte er ganze 50 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte, meinte er, habe zwar gefehlt, auch sei das Schlagen und Treten unverzeihlich (wirdlich?), aber er habe sich in starker Erregung befunden. Diese Begründung und das Strafmaß machte sich das Gericht nicht bößig zu eigen. Es verlehnte die Strafe und erkannte auf die außerordentlich milde Strafe von 300 Mark. —

für den Angeklagten eine Lappalie. Würde der Knecht auch mit einer Geldstrafe davon gekommen sein, wenn er den Kammerherrn, Baron und Amtsvorsteher mit „Halt die Schnauze“ angefahren, „dummer Bengel“ tituliert, mit Faustschlägen und Tritten ins Gesicht traktiert hätte? Zu bedauern ist, daß der Knecht dem Amtsvorsteher demutsvoll gehorcht, statt ihn so zurichten, daß ihm die Möglichkeit zu ähnlichen Pöbeleien und Rohheiten für längere Zeit genommen war. Dazu wäre der Knecht in Nothwehr durchaus berechtigt gewesen.

**Wasserstands-Nachrichten**  
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 23. 5.		am 22. 5.	
	cm	cm	cm	cm
Remel, Mühl	188	-5	188	-5
Regel, Unterburg	188	-5	188	-5
Reichel, Thorn	278	-10	278	-10
Ober, Ratibor	171	-10	171	-10
Stroßen	197	-19	197	-19
Frankfurt	202	-6	202	-6
Barthe, Schrimm	68	-3	68	-3
Landberg	78	-6	78	-6
Rege, Borsdamm	31	-3	31	-3
Gide, Zeitz	-19	-4	-19	-4
Dresden	-128	-10	-128	-10
Barg	120	-8	120	-8
Ragdeburg	106	-10	106	-10

\*) + bedeutet Hoch, - Fall. - \*) Unterpegel.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Dienstag, den 25. Mai.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Der fliegende Holländer.  
Königl. Schauspielhaus. Was ihr wollt.  
Deutsches. Faust.  
Kammertheater. Der Arzt am Scheidewege. Anfang 8 Uhr.  
Anfang 8 Uhr.

**Neues königliches Opernhaus.**  
Geflüstert.  
Besetzung. Die Dollarprinzessin.  
Besetzung. Ein Herbstmonat.  
Schiller O. (Schiller-Theater.)  
Jungfer Obrigkeit.  
Schiller Charlottenburg. Bresters Millionen.  
Friedrich Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Die Siebzehnjährigen.  
Neues Schauspielhaus. Maß.  
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

**Residenz-Theater.**  
— Direktion: Richard Alexander. —  
Anfang 8 Uhr.  
Kümmere dich um Amelie.  
Schwan in 3 Akten (4 Bildern) von Feytaud.  
Morgen u. folg. Tage: Die Vorstellung.  
Sommerpreise.

**Hebbel-Theater**  
Königsgraber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.  
Fran Warrens Gewerbe.  
**Luisen-Theater.**  
Täglich abends 8 Uhr:  
Arone und Fessel.  
Freitag 8 Uhr: Die Grille.  
Sonntag 8 Uhr: Auf neuem Wege.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nabale und Liebe. 8 Uhr: Arone u. Fessel.  
Montag nachm. 3 Uhr: Mädchen von Heilbronn. 8 Uhr: Die Grille.

**DERNARD ROSE THEATER**  
Gr. Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
Das Mädchen ohne Ehre.  
Sensationsstück in 4 Akten v. Reiloue.  
Wochenpreis.  
Morgen und folgende Tage: Das Mädchen ohne Ehre.

**Metropol-Theater**  
Die oberen Zehntausend.  
Amerik. Operette v. Jul. Freund.  
Musik v. Gust. Korke. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz.  
Tänze von Mr. Bishop.  
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Lessing-Theater.**  
Schauspiel d. Neuen Operetten-Theaters.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Die Dollarprinzessin.

**Berliner Theater.**  
Täglich 8 Uhr:  
Ein Herbstmonat.  
Operette in 3 Akten v. Americh Saloman.

**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Tricoche und Cacolet.  
Morgen und folgende Tage:  
Tricoche und Cacolet.

**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
Der tapfere Soldat.  
Mittwoch: Ein Walzertraum.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Dienstag, den 25. Mai, Anfang 8 Uhr:  
Die Siebzehnjährigen.  
Mittwoch zum erstenmal: Die beiden Leoren.  
Donnerstag: Der Dorfgramm.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
Im Klubsessel

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Durch Dänemark und Südschweden.  
Neues Operetten-Theater.  
Schiffbauerdamm 23, a. d. Luisenstr.  
Abends 8 Uhr:  
Der Zigeunerbaron.

**ZOOLOGISCHER ZGARTEN**  
Täglich ab 4 Uhr:  
Großes Militär-Konzert.  
Eintritt 1 M.,  
von abends 8 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Residenz-Theater.**  
— Direktion: Richard Alexander. —  
Anfang 8 Uhr.  
Kümmere dich um Amelie.  
Schwan in 3 Akten (4 Bildern) von Feytaud.  
Morgen u. folg. Tage: Die Vorstellung.  
Sommerpreise.

**Hebbel-Theater**  
Königsgraber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.  
Fran Warrens Gewerbe.

**Luisen-Theater.**  
Täglich abends 8 Uhr:  
Arone und Fessel.  
Freitag 8 Uhr: Die Grille.  
Sonntag 8 Uhr: Auf neuem Wege.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nabale und Liebe. 8 Uhr: Arone u. Fessel.  
Montag nachm. 3 Uhr: Mädchen von Heilbronn. 8 Uhr: Die Grille.

**DERNARD ROSE THEATER**  
Gr. Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
Das Mädchen ohne Ehre.  
Sensationsstück in 4 Akten v. Reiloue.  
Wochenpreis.  
Morgen und folgende Tage: Das Mädchen ohne Ehre.

**Metropol-Theater**  
Die oberen Zehntausend.  
Amerik. Operette v. Jul. Freund.  
Musik v. Gust. Korke. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz.  
Tänze von Mr. Bishop.  
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Lessing-Theater.**  
Schauspiel d. Neuen Operetten-Theaters.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Die Dollarprinzessin.

**Berliner Theater.**  
Täglich 8 Uhr:  
Ein Herbstmonat.  
Operette in 3 Akten v. Americh Saloman.

**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Tricoche und Cacolet.  
Morgen und folgende Tage:  
Tricoche und Cacolet.

**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
Der tapfere Soldat.  
Mittwoch: Ein Walzertraum.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Dienstag, den 25. Mai, Anfang 8 Uhr:  
Die Siebzehnjährigen.  
Mittwoch zum erstenmal: Die beiden Leoren.  
Donnerstag: Der Dorfgramm.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
Im Klubsessel

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Schiller-Theater.)  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Jungfer Obrigkeit.  
Komödie in 3 Akten v. Gustav Davis.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Jungfer Obrigkeit.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Vater und Sohn.

**Brauerei Friedrichshain**  
Am Königstor. Inh.: Ernst Liebing.  
1., 2. und 3. Pfingstfeiertag:  
**Garten-Konzert** von  
**Johann Strauß aus Wien**  
mit der gesamten Kapelle (60 Künstler).  
Anfang 4 Uhr. — Bei ungünstiger Witterung im Saal.  
Billets zum ermäßigten Preis. Entree 40, reserviert 60 Pf., in der „Bismarck“-Spekulation bei Nacht, Zimmernstraße 12 und Hahnisch, Auguststraße 50, zu haben.

**Raucht Lord Mayor Cigaretten**

**Nur kurze Tage!**  
**Zirkus Charles**  
Schöneberg, Salzburger Straße,  
gegenüber den Baumhänusern.  
Größter und elegantester  
Zeltzirkus Deutschlands.  
Mittwoch, 28. Mai, abends 8 Uhr:  
Gala-Premiere  
mit Weltstadt-Kiefen-Programm,  
wie solches bisher hierorts kein  
Zirkus geboten hat.  
Täglich abwechselndes  
Sensationsprogramm  
alles Nähere besagen die Plakate.

**Passage-Theater.**  
Walter Schneider  
der eigenartige  
Vortrags-  
künstler.  
Bruns-Lebrun  
der fahrende Sänger  
**Jaka Jshad**  
Maur. Schlangentänzerin.  
Ster. Monat.  
Das neue Mai-Programm  
ein voller Erfolg!

**Passage-Panoptikum.**  
Lebend!  
Die letzten weiblichen Wesen  
vom Stamme der  
**Azteken!**  
Ohne Extra-Entree!  
Experimente der IV. Dimension.  
Neapol. Briganten.  
Alles ohne Extra-Entree!

**Apollo Theater**  
9 1/2 Uhr: Zum 25. Male:  
**Hartstein**  
in seiner Zerkerte  
Er oder Er  
als Max und Moritz.  
Ab 8 Uhr:  
Die glänzenden Spezialitäten.

**Walhalla-Opern-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.  
Anfang 8 Uhr.  
Das große Mai-Programm.  
Grete Gallus, die beliebteste  
Soubrette, u. die übrigen Spez.  
Am Gortzen: Freikonzert.

**Schweizer-Garten**  
eröffnet mit  
täglichen Vorstellungen  
zu Pfingsten  
Sonntag, 30. Mai.  
An beiden Feiertagen:  
Früh-Vorstellungen  
Entree 30 Pf. Anf. 5 Uhr früh.

**Sanssouci, Kottbusser**  
Direktion Wilhelm Kolmer.  
Wegen Vorbereitung zu den  
Pfingst-Feiertagen  
geschlossen.  
An allen drei Feiertagen:  
Gastspiel  
des Follen-Casembles:  
Die Weltenbummler  
mit ihrem  
kolossal-Programm!

**Damms Volkspark-Theater**  
Landsberger Allee 74/77.  
Große Vorstellung  
des  
Sächsischen Volks-Theaters  
nebst Ausreifen erstl. Spezialitäten.  
Zum ersten Male in Berlin.  
Man amüsiert sich täglich.

**Ein Wink für Kranke.**  
Deutschland besitzt im Ransfelder Stahlbrunnen einen Heilfaktor ersten Ranges, der verdient, der leidenden Menschheit dauernd zugänglich gemacht zu werden. (Geheimer Medizinalrat Professor Dr. med. Dieblich.)  
Anwendungsgebiet: Blutarmut, Weichschicht, verschiedene Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, blutarme Zustände, bei denen eine Vermehrung der Blutmenge und Besserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenbetten usw., nach überlängten erschöpfenden Infektionskrankheiten wie Influenza, zur Hebung des Ernährungszustandes bei ausbleibender Lungentuberkulose.

**Aus ärztlichen Gutachten:** „Ein ganz vorzügliches Eisenmangan-Medikament.“ — „Die Lösungsvorgänge der hauptsächlich wirksamen Stoffe stimmen mit denen des Blutes überein. Das Wasser ist wohlschmeckend und gut bekömmlich.“ — „Auf Leute, die angestrengt geistig arbeiten müssen, hat es einen erquickenden, regenerierenden Einfluss.“ — „Auch es das Kernmehl enthält, greift es gewissermaßen die Krankheitsursache direkt an.“  
**Dankesworte nach erfolgreicher Kur:** „Ich bin 1 1/2 Jahre sehr krank gewesen, konnte nicht essen, nicht schlafen, hatte Schmerzen im Rücken, Stuhlverstopfung, Kopfschmerzen, große Nervenerschwäche, große Blutarmut und Geschwülste in den Gelenken; ich habe nie gedacht, daß ich jemals wieder gesund werden würde. Und doch, wie schnell kam meine Gesundheit wieder.“ — „Ich bin erkrankt über den meisten, aus-gezeichneten Erfolg, den ich erzielt; habe ich doch nach kurzer Zeit einen herrlichen Appetit erhalten, alle lästigen Magenbeschwerden sind verschwunden, und die alle Taktzeit lähmende Schwäche nimmt immer mehr ab.“ — „Der Ransfelder Stahlbrunnen hat mir meine Kraft und meinen Mut wiedergegeben.“ — **Brotschüren kostenlos durch Ransfelder Stahlbrunnen, Düsseldorf S. 104.** 206/20\*

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Neu! Neu!  
„Mein Freund Hugo.“  
Burdette von Meyse.  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr,  
Sonntag  
7 Uhr.

**Max Kliems**  
Sommer-Theater und Festsäle  
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.  
Täglich:  
Großes Konzert, Theater und  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Art. Leitung: Walter Gravenitz.  
Neben Donnerstags: **Elitetag**  
Abend und nach der Vorstellung  
Tanzkränzchen.

**Fahrräder! Billig!**  
o./P. 39, 45,  
52, 60, 85 bis  
120 M. p. St.  
Froilauf 3 M. mehr  
5 Jahre Garantie.  
Laufdecken 1,90, 2,50, 3,—, 4,50  
Luftschlauch 1,50, 2,—, 2,50, 3,—  
Fußpumpen „ „ 0,60, 1,—  
Pedale 0,50, 0,80, Sattel 1,50, 2,—  
Rahmenbrüche 3,50, Email 3,50  
Fahrradkatalog 127 F. Motor-  
katalog 127 M gratis u. franko.  
— Wiederverkäufer Rabatt. —  
**Willi Hausserr,**  
Berlin 127, Alte Jakobstr. 93.

**Herzliche Grüße.**  
Geschrieben  
von  
**Stefan Großmann.**  
Preis brosch. 2,— M., geb. 2,50 M.

**Vorläufer d. neueren Sozialismus.**  
Von Karl Kautsky.  
Zweite durchgesehene Auflage.  
Erster Band.  
Kommunistische  
Bewegungen im Mittelalter.  
Preis gebunden 3 Mark.  
**Expedition des Vorwärts**  
BERLIN SW.  
Lindenstr. 69, Laden.

**Verleih-Institut:**  
Friedrichstr. 115/1, a. Crabb  
Zor. Eleg. Graf, Gehrod  
1,50, Dose 1,00, Seite 508f.

**Frack**  
Von der Weife jurist. 2700

**Dr. Levy,**  
Gwinemünder Straße 126.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1289. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

## Graveure, Ziseleure.

Mittwoch, den 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdenstraße 45:

## Versammlung.

Vortrag des Kollegen Siewert: „Die neue Reichsversicherungsordnung.“  
Rege Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Kürschner-Verband

Bureau u. Arbeitsnachweis: Barnimstraße 21, vorn part. Tel.: Amt VII 6782.

Mittwoch, den 26. Mai 1909, abends 8 Uhr, im Alten Schützenhaus, Lindenstr. 5:

## Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die Aussperrung in der Mühlenfabrik von S. Gärtner & Co. 2. Berichtendes.  
109/7 Rege Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

## Mitglieder-Versammlungen

Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten.

## Bürstenmacher

am Mittwoch, den 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Preuß. Holzmarktstr. 65.

## Bodenleger

am Mittwoch, den 26. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal VII.

## Einsetzer

am Mittwoch, den 26. Mai, abends 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend), im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal IV (Arbeitslofenraum).  
Zu dieser Versammlung sind die Kollegen Kurt in Rixdorf, Sauer in Steglitz und sämtliche Kollegen der Firma Heinrich Mittag eingeladen

## Modelltischler

am Donnerstag, den 27. Mai, abends 8 Uhr, im Verbandsbause der Gehilfen, Große Hamburger Straße 18/19.

## Stellmacher

am Donnerstag, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.  
Erster Punkt der Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Waldmann über „Die neue Reichsversicherungsordnung“.

## Jalousiearbeiter

am Donnerstag, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal IV (Arbeitslofenraum).

Bahreihen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

# Charlottenburg. Ausverkauf!

Aus den Konfirmationsmassen kommende Waren von 13572\*

## S. Hoffmann,

Wilmerdorfer Straße 12, Ecke Schulstraße.

Moderne Herren- und Knaben-Anzüge, fertig und nach Maß.

Berufskleidung aller Art. Wäsche usw.

Die enorm billigen Preise sind in den 5 Schaufenstern ersichtlich.

# 95

## Wer Kinder hat

verlange Katalog von

### Arnold Müller

Kaufhaus für Kinderbekleidung  
95-Leipziger Straße 95

## H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Rauch-, Kan., Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.  
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen.  
Amt IV, 3014.

## Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Ohne Anzahlung! Portieren, Gardinen, Steppdecken, Teppiche, Uhren, Bettwäsche und Federbetten.  
L. Matzner, Auguststr. 50.  
Nur Postkarte erbeten.

## Carmen Sylva

Cigaretten  
Beste Qualitäten

Wohlfeilste

# Pfingst-Angebote

soweit Vorräte reichen

## Knaben-Wasch-Anzüge

Hübsche Blusenfassons Weiss und gestreift

6.—	5.—	4.—	90 Pf.
3.—	2.—	1.50	



## Schüler-Wasch-Anzüge

Joppen- und Norfolk-Fassons, einfarbig und kariert

8.—	6.—	5.—	4.—	3.—	2 <sup>00</sup> M.
-----	-----	-----	-----	-----	--------------------

Knaben-Blusen . . . von	50 <sup>Pf.</sup> <sub>an</sub>	Knaben-Hosen . . . von	70 <sup>Pf.</sup> <sub>an</sub>
Knab.-Stroh Hüte von	35 <sup>Pf.</sup> <sub>an</sub>	Knaben-Mützen von .	25 <sup>Pf.</sup> <sub>an</sub>

Sehr billig! Sporthemden □ Gürtel □ Turnerkleidung Sehr billig!

Loden-Pelerinen für Mädchen und Knaben von 5<sup>50</sup> M. an

# Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes, gegründet 1891.

Chausseestraße 29/30 □ 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 37 und Livree-Katalog No. 36 kostenlos und portofrei.

# Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

## Filiale Berlin.

Mittwoch, den 26. Mai 1909, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 8:

## Bauvertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Adolf Ritter über: Arbeiterkammern. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes.  
In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, daß jeder Bauvertreter ist.  
Der Vorstand.

# Zentralverband der Maurer Deutschlands.

## Zweigverein Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 53. Zweigverein Berlin. Telefon: Amt IV, 4093.

Mittwoch, den 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr: im Berliner Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4:

# General-Versammlung aller Sektionen und Zahlstellen.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Kasienbericht vom 1. Quartal 1909. 3. Bericht der Delegierten zur Berliner Gewerkschafts-Kommission und Renwahl derselben. 4. Gewerkschaftliches.  
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.  
Das Erscheinen aller Kollegen erwartet Der Zweigvereinsvorstand.

# Das beste Mittel Steinarbeiter!

Donnerstag, den 27. Mai, abends 8 Uhr: Kombinierte Mitglieder-Versammlung in den Armuhallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Max Grünwald über: „Der Produktionsprozeß des Kapitals.“  
2. Gewerkschaftliches.  
Im Anschluß hieran wird der Jahresbericht der ehemaligen Filiale II gegeben.  
Kollegen aller Branchen! Erscheint zahlreich und pünktlich in der Versammlung.  
Die Ortsverwaltung.

## Leihhaus

Gegenheilskaufe verfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc. Seit 25 Jahren Prinzenstr. 20 Ecke Ritterstr.

**Achtung! Gewerkschaften, Vereine, Fabriken!**  
Berliner Voigts Krampenburg, Alpen, ist das passende Anstellungslokal! Anstellung für Großpfeife und Führer gratis! Vermietung von Dampf- und Motorbooten!  
Freies Telefon: Amt Köpenick 227. — Nachschußsozial Rob. Voigt.

## Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Landöberger Viertel, Regist. 379, Teil II.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schankwirt  
**Wilhelm Hannemann** (Frankfurter Allee 38) gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
217/20 Der Vorstand.

## Tischler-Verein zu Berlin E. H. No. 89.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler  
**Hermann Grunow** (Spandauerstr. 163 wohnhaft) am 23. Mai im Alter von 60 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 26. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Friedhofes, Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

## Todesanzeige.

Am 21. Mai cr. verstarb plötzlich am Herzschlag auf einer Besuchsfahrt in Hamburg meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwieger- und Großmutter  
**Marie Schneider** geb. **Grewe**.  
Dies geht tiefbetäubt, um stilles Beileid bittend, im Namen der trauernden Hinterbliebenen an  
**August Schneider**, Wiesenstr. 55.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, 26. Mai, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof der Freiwilligen Gemeinde, Pappelallee 15, statt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Hausdiener  
**August Wernicke** am Sonntag nach langem, schwerem Leiden im 41. Lebensjahre verstorben ist.  
Dies geht mit der Bitte um stille Teilnahme an  
**Mario Wernicke** nebst Tochter.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, 26. Mai, nachmittags 3 Uhr, auf dem neuen Jakobifriedhof, Hermannstraße, aus statt. 27675

Für die herzliche Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines Mannes, des Möbelpolierers  
**Paul Schmidt** sage ich allen Beteiligten meinen innigsten Dank.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**Martha Schmidt**.

**Danksagung.**  
Für die Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines guten Vaters, des Maurers  
**August Rosenbaum** sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie dem Zentralverband der Maurer Deutschlands (Zweigverein Berlin) unseren herzlichsten Dank.  
27558  
**Frau Rosenbaum** nebst Tochter.

Für die herzliche Anteilnahme, welche uns anlässlich des Todes und der Beerdigung unseres teuren Verstorbenen von Nah und Fern zu teil wurden, sagen wir allen, insbesondere dem Herrn Stadtverordneten Uhl für seine ergreifende Grabrede, dem Herrn Armenrat Dr. Richter, den Mitgliedern der 4. Armenkommission Schöneberg, dem Vorstand und den Beamten der Christenlehre der Stadt Schöneberg, den Bureauangestellten und Verwaltungsbekannteten der Stadt Schöneberg, sowie dem Vorstand und den Mitgliedern des sozialdemokratischen Wahlvereins von Schöneberg unseren tiefgefühltesten Dank.  
13006  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Karl und Marie Uhl** geb. Rany.

**Danksagung.**  
Für die freundliche Beteiligung bei der Beerdigung unserer lieben Mutter und Schwiegermutter, der Witwe  
**Ernestine Behnisch** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders dem Gesangsverein „Nordwest“ unseren herzlichsten Dank.  
27595  
Die trauernden Hinterbliebenen

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt 62/6\* für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4  
Singer & Co., Berlin SW.



Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Heute Dienstag, den 25. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet die Wahlvereinsversammlung in den Neuen Rathhäusern, Meiningen Straße 8 statt.

Friedrichshagen. Dienstag, den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Restaurant Verhe, Friedrichstr. 192.

Lankwitz. Am Mittwoch, den 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet die ordentliche Mitgliederversammlung bei Ebel, Marienfelder Straße 9 statt.

Rögnitz-Buckenhäuser. Eine Wahlvereinsversammlung findet am Mittwoch, den 26. Mai, abends 8 Uhr, im Lokale von Wedhorn (Altes Schützenhaus) statt.

Wilmersdorf-Hakenfelde. Heute Dienstag 1/2 9 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins im „Luisenpark“.

Berliner Nachrichten.

Das erste Pferderennen im Grunewald.

Just im Grunewald mußte es sein, um eine neue Rennbahn zu errichten. Ein ganz ansehnlicher Waldbestand ist dem feudalen Sport zum Opfer gefallen...

Die Deckung der Geschäfte an bestimmten Tagen vor den großen Festen bis abends 10 Uhr beziehungsweise am Sonntag bis 6 Uhr entspricht in keiner Weise den Bedürfnissen des Publikums.

Waldbrände. Am Sonntag sind in der Umgegend von Berlin zahlreiche größere Waldbrände ausgebrochen. Die Gemeindevorsteher vieler Gemeinden waren in der größten Sorge...

Die Vertreter der Berliner Gemeindebehörden sind am Sonntag in Southampton mit dem Dampfer „Prinz Friedrich Wilhelm“ eingetroffen und von Vertretern der Stadt wie von Mitgliedern des Londoner Empfangskomitees begrüßt worden.

Zweiklassige Höhenmenschen. Zu dem in der Sonntagsnummer geschilderten Renkonten eines Vorwärtslesers mit zweiklassigen Fahrgästen aus der Stadt- und Ringbahn wird uns von anderer Seite geschrieben:

Auch ich benutze, obwohl nur Zuschauerin, öfter die zweite Wagenklasse, um dem kolossalen Andrang und der Wagenüberfüllung in der dritten Klasse zu entgehen.

näßig. Auch Zigarren und Zigarettenstummel, die der Arbeiter zum Fenster hinauspediert, werden hier auf den Fußboden geworfen. Die Aschebender an der Wagentür zu benutzen, fällt diesen „vornehmen“ Leuten gar nicht ein.

Aus der Werkstatt der Hohenzollernradfahrer. Im Unterhaltungsblatt der „Deutschen Warte“ vom letzten Sonntag finden wir den folgenden, humoristisch sein sollenden Erguß:

„Die heute, Sonntag, früh 8 Uhr 20% Min., ebenso glücklich wie leicht erfolgte Entbindung meiner geliebten Frau Skallope geb. Ruse vom 120. Hohenzollerngedicht zeige ich teilnehmenden Freunden und Gönnern hoch erfreut an.“

Auf die Wiedergabe des byzantinischen Nachwerks über „Friedrich den Großen“ verzichten wir mit Bedauern. Der selbige Willenbruch würde sich im Grabe umbiegen, wenn er sehen könnte, wie die Konkurrenz die Hohenzollernverherrlichung schon mit der Elle mißt.

Ein Schwindler. Als Brauereitechniker und Chemiker trat der 37 Jahre alte Schreiber Franz Ruse auf, um Zimmervermieterrinnen zu beschwindeln. Schon seit Januar d. J. ohne Wohnung, mietete er bald hier, bald da.

Eine Störung des Telegraphenbetriebes wurde am Sonntag durch einen Diebstahl am Spandauer Schiffsfahrkanal herbeigeführt. In der Nacht wurde von dem am Kanal entlangführenden Leitungen zwischen mehreren Gefängen etwa 1000 Meter Draht abgegeschnitten.

Todessturz aus dem vierten Stock. Ein trauriger Vorgang spielte sich Sonntag in dem Hause Rüdersdorfer Str. 45, im Osten Berlins, ab. Im vierten Stock des Seitenflügels befindet sich dort die Wohnung des Aufsehers Alexander Raue.

Krankheit und Arbeitslosigkeit haben den Arbeiter Paul Priewe aus der Wadstr. 8a in den Tod getrieben. Er war seit längerer Zeit lungenerkrankend und wurde schließlich auch noch arbeitslos.

Wer ist die Tote? Am 21. Mai er wurde gegenüber dem Hause Gütshiner Straße 104/5 die bereits stark in Verwesung übergegangene Leiche einer 20-25 Jahre alten Frauensperson gelandet.

Raddrennen zu Treptow, 23. Mai. Vier Fahrer traten in den über 10 Kilometer und 1 Stunde gehenden Dauerrennen in die Schranken. Dem Engländer Tommy Hall hatte man Rosenlöcher, Dresden, A. Schulze, Zehlendorf und Scheuermann, Westkan gegenübergestellt.

Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes bittet und mitteilt: Ein Posten Marken a 0,70 und a 0,30 im Kubert des Metallarbeiterverbandes sind in der Zeit vom 12.-13. Mai verloren gegangen.

Treptow-Sternwarte. Am Dienstag, den 25. Mai, abends 9 Uhr, hält Direktor Dr. F. S. Argenhold im großen Vortragsaal der neuen Treptow-Sternwarte einen Vortrag über Weltanschauung und Himmelskunde.

Feuerwehrnachrichten. Die Berliner Feuerwehr hatte gestern früh um 5 Uhr in der Reichenberger Straße 64 zu tun, wo in einer Polierwerkstatt Feuer ausgebrochen war. Ueber einen Steckleiterangriff drangen die Feuerwehrmänner in die Werkstatt ein und löschten mit einer Schlauchleitung die Flammen.

Der 15. Wöschung wurde nach der Waldstraße 19 alarmiert, wo ein sehr gefährlicher Brand in einem Kolonialwarenkeller ausgebrochen und Holzwohle, Kisten, Säcke usw. erfasst hatte.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Ein Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnwagen und einer Droßke fand Sonntag gegen 9 Uhr an der Ecke der Mohr- und Martin Lutherstraße statt. Dort hielt an der Haltestelle ein Straßenbahnwagen der Linie 91.

Lichtenberg.

Wahl der Delegierten oder Aufstellung der Kandidatenlisten. Genosse Mirus sendet uns unter Hinweis auf den letzten Bericht über die Mitgliederwahl des Wahlvereins und unsere daran geknüpfte Bemerkung eine längere Zuschrift, in der er nachzuweisen versucht, daß er im Recht sei.

Weißensee.

Die öffentliche Speiseanstalt, eine Einrichtung aus Gemeindegeldern, erfreut sich eines guten Zuspruchs. In dem ersten Vierteljahr wurden 18 187 Portionen verabfolgt.

Friedrichshagen.

Die Gemeindevertretung wählte in der am 21. Mai stattgefundenen Sitzung den Gemeindeverordneten Gloede mit 13 Stimmen zum Gemeindefürsorgekommissar an Stelle des ausgeschiedenen Schöffen Enkman.

Zur Prüfung der Gemeindefürsorge für das Jahr 1908 wurden die Vertreter Barth, Gloede, Kunze und Lange gewählt. Zur Aufstellung einer Bedürfnisanstalt für Männer am Bahnhof ist der Eisenbahnstus bereit, den am Restaurant Waldhaus belegenen Platz gegen eine Jahresmiete von 30 Pf. pro Quadratmeter zu verpachten.

Außerhalb der Tagesordnung eruchte der Vertreter Sonnenburg den Gemeindevorstand um Auskunft über den Stand der Pflasterung der Kastanienallee und des Pflanzgartens.

Vorsigwalde-Wittenau.

Der neu gegründete Bezirk nahm in seiner ersten gut besuchten Generalversammlung in den Vorsigwalder Festsälen zunächst den Bericht des Genossen Fabel von der Kreisversammlung entgegen. Die hierauf vorgenommene Wahl ergab als ersten Bezirksleiter Genosse Fabel, als zweiten Genosse Lirkelt.

Tempelhof.

Die letzte Gemeindevorstandssitzung beschäftigte sich mit einem Gesuch der Bauarbeiter-Vereinigung für Stogly auf Erhebung eines Ehrengeldes für ihre Fachschule. Die Herren Vertreter gingen in ihrem Beteiligungsbericht weit über den Betrag hinaus, den selbst der Vorsteher vorschlug.

Stellung von Hydranten als dringend notwendig erwiesen. Für Hydranten wurden zwar gefordert, doch nur die obigen beiden als dringend anerkannt. Der Betrag in Höhe von 1100 M. sowie 800 M. zur Beschaffung von Geräten und Schläuchen wurden bewilligt. — Als letzten Punkt der Tagesordnung nahm die Vertretung den Entwurf über Erlass einer neuen Umsatzsteuerordnung in der Kommissionsfassung an. Der Gemeindevorstand Hartmann, der in der letzten Sitzung den Antrag auf Kommissionsberatung gestellt, war wieder in der Kommissionsitzung noch in der Gemeindevorstandersitzung erschienen. Der Vorsitzende betonte, die neue Steuerordnung sei nicht dazu da, um die Einnahmen zu erhöhen, sondern um Verluste zu vermeiden. Die Gemeindevertretung beschloß bereits schon früher einmal, daß die eigenen Hypotheken des Erwerbers von der Steuer frei bleiben sollten. Es stellten sich aber immer neue Forderungen heraus, die die Gemeinde schließlich zur Zurücknahme ihres Beschlusses veranlaßten.

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm nach einem interessanten Vortrag des Genossen U. M. über: „Klassenkämpfe im Wandwerk“ den Vorstandsbericht über die letzten vier Monate entgegen. Die Zahl der Mitglieder beträgt, inklusive 43 weibliche, 263. Nach dem Klassenbericht des Genossen Kiehn steht einer Einnahme von 207,52 M. eine Ausgabe von 194,11 M. gegenüber. Der Abonnementstand des „Vorwärts“ beträgt zurzeit 347. Einem Antrage, eine Kommission zu bilden, die sich mit der Unternehmung und Abstellung örtlicher und kommunaler Mißstände befassen soll, stimmte die Versammlung zu. Die Kommission besteht bis auf weiteres aus den Genossen Frau Thiel und Barth und den Genossen Kiehn und Lentsch. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß er auf eine Anfrage beim Gemeindevorstand, wie weit die Errichtung eines Gewerbegerichts am Orte geheißen sei, die Antwort erhalten habe, daß sich die Gemeindevertretung erneut mit dieser Frage beschäftigen werde.

Beim Umbau eines Maschinenwagens in den königl. Eisenbahnwerkstätten rief am Sonnabend plötzlich die Reite, an der eine Eisenlast von etwa hundert Zentnern hing; die ganze Masse stürzte herab. Der Schloffer Sobotta, der gerade an der Stelle stand, wurde von der Eisenkonstruktion getroffen und zu Boden gerissen. In hoffnungslosem Zustande wurde S. nach dem Krankenhaus Schöneberg gebracht.

### Treptow-Baumfchulweg.

In der letzten Gemeindevorstandersitzung wurde der Antrag der sozialdemokratischen Vertreter verhandelt, welcher verlangt, daß die Arbeiten und Lieferungen für die Gemeinde in der Regel öffentlich ausgeschrieben werden und daß den Uebernehmern der Arbeiten und Lieferungen die Verpflichtung auferlegt wird, für die mit der Ausführung beschäftigten Arbeiter die mit den gewerkschaftlichen Organisationen ihres Berufes vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuerkennen. Von der mit der Materie betrauten Kommission wird dargelegt, daß die engere Submission die beste sei und die öffentliche Mißgunst zu vermeiden sei. Was das zweite in obigen Antrage ausgesprochene Verlangen betreffe, so seien die Arbeiter und Angestellten hinsichtlich ihres Koalitionsrechts und in ihrer Bewegungsfreiheit hinreichend durch Gesetzesbestimmungen geschützt. Es seien ferner keine Fälle bekannt geworden, daß Unternehmer oder Dienstboten die Koalitionsfreiheit beschränkt hätten, außerdem sei es für die Gemeinde fast unmöglich, von irgend welchen Verhöhen der Unternehmer gegen die Koalitionsfreiheit Kenntnis zu erhalten. Die Gemeinde laufe bei Eingreifen in das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern Gefahr, daß angesehene Arbeiter zur festgesetzten Zeit nicht vollendet werden würden. Genosse Gerlach begründete in großartigen Ausführungen unsere Anträge. Er sagte aus, daß schon auf dem Beamtentage gesagt worden sei, die Koalition sei die Grundlage des Staates. Es handelt sich um die Erhaltung und den Schutz des Koalitionsrechts, eine Frage von eminent kultureller Bedeutung. Je ärmer die Masse der Gemeindeangehörigen sei, um so trauglicher sei es um die Gemeinde selbst bestellt. Materielle Not folgt mit Naturnotwendigkeit sittliche Verwahrlosung, Krankheit und Verbrechen. Die Gewerkschaften geben für Arbeitslosenunterstützung Millionen aus, wodurch den Gemeinden schwere Sorgen genommen werden. Die Gemeinde kann aber auf diesem Gebiete sehr wirkungsvoll eingreifen, wenn sie bei Vergebung ihrer Arbeiten grundsätzlich die Bedingung stellt, nur die Unternehmer zu berücksichtigen, welche volle Koalitionsfreiheit usw. gewähren. Wird jemand von einem Strolch überfallen, tritt die Staatsgewalt für ihn ein; wenn aber ein Unternehmer seine Angehörigen auf Grund ihrer Organisationszugehörigkeit entläßt und sie noch mit schwarzen Listen verfolgt, kümmert sich keine Behörde darum; es erfüllt deshalb die Gemeinde nur eine ihrer elementaren Pflichten, wenn sie bei Vergebung von Arbeiten die beizutragenden Bedingungen aufnimmt. Die Ausführungen unseres Genossen machten sichtlich Eindruck. Einer der Herren Geldsachverwalter meinte zwar, die Rede müßte im Reichthum gehalten werden und ein anderer, es solle nur Agitation getrieben werden. Im übrigen verhielten sich die Herren aber, daß sie dafür sind, daß Unternehmer, die Streit mit ihren Arbeitern haben und ihnen das Koalitionsrecht nicht gewähren, nicht berücksichtigt werden sollen. Die Abstimmung ergab jedoch die Ablehnung unserer Anträge bei einer Stimmenthaltung. Dafür stimmten nur unsere 3 Vertreter.

Der seiner Zeit vom Genossen Gramenz gestellte Antrag, bei den Geschäftsleuten eine Anstalt zu veranstalten, ob sie mit einem früheren Sonntagabendklub einverstanden sind, hat angefaßt der jetzigen höchsten Geschäftsstelle zu einem vereinigten Ergebnis geführt.

Zur Speisung armer Kinder soll jetzt von den Direktoren festgestellt werden, wie viel Kinder ohne Frühstück zur Schule kommen und wie viel zu Hause kein warmes Mittagbrot erhalten. — Die Höherlegung der Götterbahn im Zuge der Baustreife und Eisenstraße soll — nach Mitteilung der Eisenbahnbehörde noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden, vorausgesetzt, daß der betreffende Etat bewilligt wird. — Der Beitritt zum Verkehrs-Verband für Berlin und seine Vororte wurde nach längerer Debatte einstimmig beschlossen.

### Teltow.

Der leidigen Gewohnheit, während der Fahrt vom Wagen zu springen, ist am Sonntagabend kurz vor 10 Uhr auf der Straßendahnlinie Eichsdorf-Groß-Wildersfelde ein blühendes Leben zum Opfer gefallen. Der 24 Jahre alte Schriftfeger Klipping sprang bei voller Fahrt am Schulhaus ab und fiel demohlen unglücklich, daß er sofort tot am Plage blieb.

### Friedenan.

Aus der Gemeindevorstandersitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung der letzten Sitzung machte der Gemeindevorstand, Herr Bürgermeister Schnalenburg, folgende Mitteilungen: Die Bevölkerungsabnahme im letzten Vierteljahr war folgende: Am 20. Januar d. J. hatte Friedenan 26 494 Einwohner; am 10. Mai dieses Jahres wurden 27 475 gezählt, mithin ein Mehr von 981 Personen. Der Klassenabfall des Jahres 1908 liegt vor und schneidet derselbe weit günstiger ab, als man zu Anfang des Jahres annahm. Im vergangenen Jahre mußten zur Bolanzierung des Etats 183 800 M. aus den Ueberflüssen des Jahres 1907 eingesetzt werden. Dieser Betrag wurde in diesem Jahre nicht angegriffen, sondern es wurden noch 68 065 M. Mehreinnahmen erzielt, so daß sich der Etat 1909 auf etwa 202 000 M. günstiger stellt.

Die Mehreinnahmen der einzelnen Steuern gegen den Voranschlag belaufen sich wie folgt:

	Voranschlag	Zuträgl. Einnahme
Gemeindeeinkommensteuer	896 000 M.	409 900 M.
Körsteuer	10 000	16 000
Grundbesitzersteuer	27 600	38 820
Umsatzsteuer	90 000	156 000

Auch die Hundsteuer brachte etwa 500 M. mehr ein. Die Grundsteuer ist in dem gleichen Betrage, in dem sie eingeschätzt war, eingegangen, während die Lustbarkeitssteuer weit hinter dem Vor-

anschlag zurückbleibt. Diese Steuer soll einer Reform unterzogen werden, indem die Steuerhöhe herabgesetzt werden sollen. Das Elektrizitätswerk schließt mit einem Ueberflusse von 48 000 M. ab. Vorgesehen waren 4000 M. Dies Mehr von 44 000 M. ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sich die Umsätze im letzten Jahre ganz bedeutend vermehrt haben. Herr Lichtlein, dessen Bahzeit als Schöffe abgelaufen ist, wird auf sechs Jahre wiedergewählt. — Für die Gärtnerei der Gemeinde sollen zwei Gemeinde-Eifel angekauft werden. — Beim Punkt Straßenregulierung wird die Summe von 12 000 Mark für Abhaltung der Festschraube und 80 000 M. für einen Teil der Studienstraßen von der Anstalt des einseitlich des Schillerplatzes bewilligt. Ein Antrag des Gemeindevorstandes, welcher die Pflasterung eines Teils des Bürgersteiges am Friedrich-Wilhelm-Platz verlangt, wird angenommen. Die Kosten belaufen sich, da die Gemeinde diese Arbeit selbst ausführt und die Steine aus dem Steindepot der Gemeinde entnommen werden, auf nur 780 M. Auch werden zur Errichtung einer Bedürfnisanstalt mit Abhalteraum für Kinder am Hauptbahnhof 8500 M. bewilligt. — Als letzter Punkt wird ein Antrag der Vorgesetzten verhandelt, welcher die Errichtung eines sogenannten Ehrenpreises für die Fachleute aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens der Zimmerei am Orte fordert. Mit dem Vorbehalt, daß dies Geld nur für Prämien für Schüler oder ähnliches verwendet werden dürfe, wurden 100 M. bewilligt.

### Zeget.

Der Schlichtermeister Willi Goebel, Brumovstr. 40 wohnhaft, ersucht um, begutachtet unsern Bericht aus der Gemeindevorstandersitzung in der Sonnabendnummer unseres Blattes, mitzuteilen, daß er mit dem Herrn Goebel, der gegen die Wahl des Genossen Krenndies Einspruch erhoben und diesen Einspruch mit angeblichem Terrorismus begründet, nicht identisch ist. Wir kommen diesem Ersuchen nach, wobei wir feststellen wollen, daß natürlich für die von dem Einsprucherheber ausgesprochenen Behauptungen noch für die von Kottler zugehenden Ausführungen des Herrn Bürgermeisters auch nur eine Tatsache vorhanden ist. Aber das tut nichts, man behauptet einfach led drauf los.

Nebrigens hat irgend ein Jellenreifer unseren Bericht unter entsprechenden Entstellungen für die bürgerliche Presse umgeschickt, was ihm wenigstens Aufnahme in verschiedene gegnerische Blätter verschafft hat und den Korrespondenzen das nötige Jellenhonorar.

### Schöneiche und Umgegend.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins gab Genosse Mühl den Bericht über die Kreisgeneralversammlung. Der zweite Punkt der Tagesordnung, die Stellungnahme unserer Gemeindevorstandersitzung zum Projekt: elektrische Bahn Friedrichshagen-Schöneiche-Alt-Schönebeck, rief eine lebhafteste Debatte hervor. Unser Gemeindevorstand Genosse Tobias legte an Hand des Landtagsmaterials dar, daß die Gemeindevertretung, sollte sie die Interessen der Gemeinde und nicht den Geldsack der Grundstückspekulanten in den Vordergrund ihrer Tätigkeit stellen, nur zu einer Ablehnung des Projekts kommen konnte. Der Vertrag, den man uns förmlich aufdrängen will und für den sich die Kolonie Schöneiche als Nutznießerin bereits stark engagiert hat, bietet unserer Gemeinde und besonders der arbeitenden Bevölkerung absolut keinen Nutzen. Erhöht verlangt die Unternehmerin, daß unsere Gemeinde die Garantie für die Rentabilität übernehmen soll, dann aber beansprucht sie, trotzdem die Bahn nur circa 100 Meter unsere Gemeindegrenze berührt, die Ausschaltung ähnlicher Unternehmungen. Auf der anderen Seite steht dagegen das hohe Fahrgehalt, welches die Benutzung der Bahn durch die Arbeiterschaft illusorisch macht. Eine Vorbedingung ist die Bahnanlage aber für die Aufschließung des Spekulationsterrains, Grund und Boden würden riesige Wertsteigerungen ergeben. Welcher Wert der Bahn als Reklameobjekt und Werbemittel beigemessen wird, beweist schon der Umstand, daß die Terrainspekulanten 80 000 M., darunter der Bodenspekulant Schröder 50 000 M., aufgebracht haben. Kennzeichnend für die Geldsackpolitik dieser Herrschaften ist die Stimmungsmache, die sie betreiben. Zutritt zu den Versammlungen, in denen die wüthendste Kritik an den Gemeindevorstreitern geübt wird, geben sie außer ihren Anhängern nur „Interessenten“, d. h. nur Grundbesitzern. Die übrige Einwohnererschaft hat nichts in diesen Versammlungen, in welchen die Gemeindevorstandersitzung bearbeitet werden, zu suchen. Die Versammlung, welche das Geschäftsgebahren dieser „Interessenten“ gebührend kennzeichnete, erklärte sich mit der Haltung der Gemeindevorstandersitzung einverstanden.

### Potsdam.

Eine nette Submissionsliste. Die Stadt Potsdam schrieb kürzlich in Submissionswege den Bau einer 142 Meter langen Ufermauer aus Eisenbeton aus. Von 33 Bewerbern forderte die teuerste Firma 24 519 M., während der Billigste sein Angebot auf 11 454 M. stellte. Die Preisdifferenz betrug also durchschnittlich 115 Proz. Die übrigen Submittenten forderten einen Preis von circa 17 000 M.

Die Mißstände auf dem Potsdamer Hauptbahnhof treten tagtäglich immer krasser hervor, so daß es an verkehrsreichen Tagen zu förmlichen Stauungen kommt. Es ist absolut unzulässig, warum der Zirkus in der Hauptkasson mit dem Bau beginnt und dadurch den Verkehr auf das einschneidendste gefährdet. Abgesehen von dem engen zur Verfügung stehenden Raume, der die Passagiere immer ins Gedränge bringt, wird durch den ganzen Bau die Bahnhofsgasse schmutzig. Man kann sogar behaupten, daß die Bauperiode eine ständige Gefahr nach sich zieht, denn trotz der größten Anordnungsmaßnahmen der Beamten kann unter Umständen ein Unglücksfall beim Ueberqueren der Weisse nicht vermieden werden. Die schönen Hoffnungen, die man an die Erweiterung des Bahnhofes knüpfen mag, bieten keinen ausreichenden Ersatz für die Mißstände, die sich nie störender bemerkbar machen als in der jetzigen Hofkasson des Fremdenverkehrs. Der provisorische Zustand und die unzulänglichen Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung des „Durchgangsverkehrs“ auf dem Bahnhof verlangen dringend nach Abhilfe, schon aus Reinlichkeitsgründen, denn die beim Bau aufwühlenden Staubwolken erhöhen die Unschmelzlichkeit des Meißens auf einer Durchgangsstation wie Potsdam gar nicht.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein Missethäter.

Eine gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II verhandelte Anklage wegen wissenschaftlicher Fälschung und Vornahme ungesetzlicher Handlungen mit Schulmädchen richtete sich gegen den Lehrer Lehmer in Brieg. Dieser gab in der 3. Gemeindevorstandersitzung zu Brieg Rechenschaft über die Verhinderung der Anklage in einer Anzahl von Fällen Schulmädchen die er hatte aus Anstalten kommen lassen, ungesetzlich herüber haben Mehrere der betreffenden Mädchen hatten ihren Eltern Mitteilung von den Verletzungen des Lehrers gemacht; dieser hat sich aber energig gegen diese Forderungen gewehrt und gegen zwei Mütter, welche solche gegen ihn ausgesprochen hatten, am 7. November bei dem Ortsgerichtsberechtigten in Brieg eine Anzeige wegen verleumdender Falschheit erstattet. Diese Anzeige soll wissenschaftlich falsch erachtet sein, wie nur durch die gestrige Verhandlung bewiesen werden sollte. Letztere fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Nach den Ergebnissen der Vernehmung beantragte der Staatsanwalt wegen wissenschaftlicher Fälschung und Sittlichkeitsvergehen 1 Jahr 7 Monate Gefängnis. — Das Gericht hielt in den beiden Fällen, in denen es sich bei der Anklage wegen wissenschaftlicher Fälschung handelte, die beiden Mädchen nicht für glaubwürdig und erkannte auf Freisprechung des Angeklagten in diesem Punkte der Anklage. Dagegen hielt ihn das Gericht in vier Fällen des Sittlichkeitsvergehens für überführt und verurteilte ihn zu einem Jahre Gefängnis. Der Antrag

des Staatsanwalts auf Verhaftung des Angeklagten wurde abgelehnt.

Der Termin in der bekannten Erpreßer-Affäre Dahfel-Schwardt, der schon Mitte Juni stattfinden sollte, ist durch eine schwere Erkrankung der Angeklagten Schwardt vereitelt worden. Frau Sch., die sich bisher in Untersuchungshaft befand, ist am Sonnabend auf Antrag ihres Verteidigers wegen vorliegender Lebensgefahr aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Von dem Verteidiger des Angeklagten Dahfel ist nunmehr ebenfalls der Antrag auf Haftentlassung gegen Stellung einer höheren Kaution gestellt worden. Die Verhandlung dürfte unter diesen Umständen erst in den Gerichtstagen vor der Ferienkammer des Landgerichts I stattfinden.

### Vorsitzliche Zustände.

In acht patriarchalischer Weise herrschen der Amtsvorsteher und Amtsdienner im Amtsbezirk Nungengoden bei Eisleben, wie eine vor dem Halle'schen Schöffengericht geführte stattgehabte Verhandlung ergab. Der Abbederbesitzer Lütlich kaufte im Februar von einem Gutbesitzer eine 5 Zentner schwere franks Kuh für 75 M., bezahlte sie sofort, stach sie auf dem Gutshofe ab und wollte das noch genießbare Fleisch als sogenannte Freibankware an arme Leute verkaufen. Als er bereits mit dem Fell abgezogen war, kam der Amtsdienner Müller auf den Gutshof und sagte, die Kuh gehöre ihm. Der Amtsvorsteher habe ein für allemal angeordnet, solche kranken Tiere habe er als Amtsdienner zu kaufen und in seinem „Freibankgeschäft“ zu verkaufen. Alles Protestieren des Gutbesitzers mit dem Hinweis, die Kuh sei rechtmäßig verkauft, nützte nichts. Der Amtsdienner, der „nebenbei“ auch noch eine Stellmacherei betreibt, lud die Kuh, für die er 65 M. zahlte, mit seinem Gesellen auf den Wagen und zog damit ab. Das Fleisch verkaufte er und machte ein gutes Geschäft damit. Als Lütlich seine Freibankware von dem Gutbesitzer verlangte und hörte, daß der Amtsdienner damit abgezogen sei, machte er Spektakel und riefte den Amtsdienner auf die Wade. Letzterer sagte, Lütlich solle nicht etwa glauben, im Amtsbezirk neue Gesetze einzuführen zu können; was der Amtsvorsteher anordne, das gelte. Lütlich sagte dann, der Amtsdienner habe ihm die Kuh gestohlen. Er wurde deshalb wegen Verleumdung des Amtsdienners zu drei Mark Geldstrafe verurteilt. Lütlich's Verteidiger bezeichnete die Zustände als vorsitzlich und wies darauf hin, daß der Amtsdienner gänzlich widerrechtlich gehandelt habe.

Weshalb kam der Amtsdienner und der Amtsvorsteher nicht auf die Anklagebank?

Der Arbeiter-Abkntenen-Bund hat zu Mittwochsabend 8 1/2 Uhr nach den Bürgerhäusern von Gröpler, Bergstraße, eine öffentliche Versammlung für Nungengoden einberufen, in der Genosse Simon Rahenstein über: „Der Kampf um die Volkshultur“ referieren wird. Genossinnen und Genossen, die sich über die sozialdemokratische Abkntenenbewegung informieren wollen, sind zu dieser Versammlung eingeladen.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschrift des Sudet. Vindobona Nr. 8, zweiter Teil, dritter Jahrgang, vier Teilde, 1908, Jahrgang, 1908, wochentlich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Gedruckt 7 Uhr Sonnabends beginnt die Zeitschrift um 6 Uhr. Jeder Antrage ist ein Vermerk und eine Zahl als Vermerk beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Die zur Beantwortung in Briefkasten können 14 Tage vorliegen. Bitte Fragen rasch an die Redaktion zu senden.

Paul Reichert. 1. Der Antrag ist zulässig und gemächlich. 2. Schließen Sie sich dem Verfahren als Nebenkläger an. — Selbständig. Ein solches Vorgehen würde zur sofortigen Entlassung und zur Erhebung eines Schadenersatzanspruches den Chef berechtigen. — Statuten. 1. Rein. 2. Das ist nicht nötig. 3. Erheben Sie Klage gegen den delinquenten Zeugen und geben die Verwaltung der Anstaltstellung an. Für die Klage würde aber nur Brüssel zuständig sein. — Wochens 2050. Der Vater ist, wenn nicht etwa die Voller Gegenseitigkeit befragt, zur Erhebung des Geldes berechtigt gewesen. — J. T. 2. 1. Nach der herrschenden Rechtsprechung kommt das Zeugnis erst beim Abzuge des Richtmädchens verlangt werden. 2. Das Amtsgericht ist zuständig. 3. Rein. 4. 7. 100. In keinem dieser beiden Fälle steht dem davon Betroffenen ein Anspruch auf Entschädigung zu. Nur wenn Freisprechung erfolgt, kann das Gericht eine Entschädigung ausprechen. — G. R. Großhändler. Es würde aber in solchem Falle das Vormundschaftsgericht, dem die Sache vorgelegt wird, die Bestellung nicht vornehmen. — G. R. 88. Erst nach vollendeter Majoranz könnte Ihre Frau auf Herausgabe ihres Sparschneides und auf Rückzahlung klagen. — G. 40. 1. Rein. 2. Der Mann kann schon jetzt Rückforderung mit dem Kindern bei dem Vormundschaftsgericht nach Wiedererlangung beantragen. 3. Der Mann hätte nicht. Gütergemeinschaft besteht nicht, wenn nicht ein besonderer Vertrag geschlossen wird. — T. 35. Voller enthält das Gesetz eine Beschränkung der Arbeitszeit nicht. Es wäre nur möglich bei dem Gewerbeamt auf Innehaltung einer mäßigeren Arbeitszeit oder auf Aufhebung des Vertrages zu klagen. — Reingebildeter 100. 1. Ob Bar- oder Ratenzahlung vorliegt, hängt davon ab, ob 65 oder 60 M. vereinbart waren. 2. Rein. 3. und 4. Beiden Beweismitteln kann voller Glaube geschenkt werden. Wenn der Vortrag zu Gunsten ist, hängt von dem richterlichen Ermessen ab. 5. Je nachdem der Beweis ausfällt, kann dem Kläger oder dem Beklagten der Eid auferlegt werden. 6. Rein. 7. Der Inhalt der Klage wird von dem Einbruch abhängen, den die Zeugen auf das Gericht machen. — H. 3. 5000. Sie sind in vollem Rechte. — Gräfenthal. Eine solche Anwesenheitsklärung können Sie nur auf Grund einer Grundfrage in den einzelnen Städten oder aber bei der „Lurnee-Zeitung“, Leipzig, Landstrasse 19/21 erlangen. — D. 7. 1000. Die Abänderung des Rechtsstatus ist noch nicht in Kraft. Ihren Zweck erreichen Sie aber auch durch gleichzeitige Eintragung bei den Sparlokalen der umliegenden Städte. — K. 2. 94. 1. und 2. Jul. Meyer, Dramenr. 103. 3. Müller, Richter, Richter. 46. — Zeitschriften. Geschäftsstelle. — D. G. 4. Kreis. 133. 1. Dienst. 2. Adresse finden Sie im Berliner Adressbuch. — Mietel 26. Grammatisch richtig ist: Ich habe Angst vor Dir. — Parteikasse. Sprechen Sie doch mal mit dem weiblichen Mitgliede Ihres Reichereinstandes. Eine Schule wie angefragt, besteht nicht. — Simonstraße. Ihre Frage ist zu allgemein gehalten; wenn Sie für den Lebensunterhalt des Rindels sorgen, unter Umständen ja. — C. K. 5. Nur nach vorher schriftlich eingehender Erlaubnis. — Karl Vape, Fürstentum. Groß-Wildersfelde. Ringstr. 47. — G. 23. 163. Ja gewiß. — G. R. 2. Kronprinzener-Wer 5/8. 2. Werden zu statistischen Aufstellungen gesammelt.

## Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin. Such usw. Diejenigen unserer Kommenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Prolegomenen sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestimmung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingetauscht werden.

Antilcher Marktbericht der k. k. Reichlichen Reichlichen-Direktion über den Großhandel in den Reichlichen-Markthallen. Württemberg: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft ruhig, Preise für Kalbfleisch anziehend, sonst unverändert. Milch: Zufuhr sehr reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise wenig verändert. Gellage: Zufuhr genügend, Geschäft langsam, Preise niedrig. Fisch: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise hoch, Geschäft für stark gedrückt. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unbeeinträchtigt. Gemüse, Obst und Gebäck: Zufuhr reichlich, Geschäft regt, Preise gedrückt.

### Witterungsübericht vom 24. Mai 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Temp. in F.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Temp. in F.
Sotombe	763 23	3 wölfig	18	Saparanda	762 31H	wölfig	5						
Dambrun	764 29 23	6 halb bb.	17	Beltschburg	769 29 23	1 halb bb.	5						
Berlin	764 23	3 halb bb.	20	Scilly	771 20	8 bedeckt	12						
Frankfurt a. M.	768 23	3 wölfig	20	Usterzen	778 20	1 heiter	14						
München	770 23	2 wölfig	16	Paris	770 20	3 bedeckt	14						
Wien	766 23	4 wölfig	22										

Wetterprognose für Dienstag, den 25. Mai 1909. Köhler, vielst. heiter, aber veränderlich mit leichten Regenschauern und ziemlich frischen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Die besten

Bouillon-Würfel

sind die von

MAGGI!



1 Würfel für 1 große Tasse

5 Pfg.

Man achte genau auf den Namen MAGGI und die

Schutzmarke Kreuzstern.

Advertisement for Böhmisches Brauhaus featuring a logo and text: 'Unsere echten Biere sind überall zu haben...' and 'BÖHMISCHES BRAUHAUS'.

H. Pfau, Bandagist Berlin, Dircksenstraße 20. Text describing services for various ailments.

Arbeiterfamilienhaus in Neu-Begefeld, near Bahnhof, with details on rent and facilities.

Ein wirksames Olanon

Text describing the benefits of Olanon coffee for children and adults, mentioning it is caffeine-free and from American plantations.



Würzburger Hühneraugenmittel

Advertisement for Dr. H. Unger's corn treatment, including price and availability in various pharmacies.

Kufeke logo and text: 'Kufeke - Kinder- nahrung - Kranken- kost.' with a circular logo.

Advertisement for a food product: 'Harvorragend bewährte Nahrung. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei...'.

Advertisement for 'WOHLTAT' foot powder, featuring a logo and text: 'Pflegen Sie Ihre Füße mit WOHLTAT'.

14. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Large list of lottery numbers for the 14th drawing of the 5th class of the Prussian lottery.

14. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Large list of lottery numbers for the 14th drawing of the 5th class of the Prussian lottery.

14. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Large list of lottery numbers for the 14th drawing of the 5th class of the Prussian lottery.

14. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Large list of lottery numbers for the 14th drawing of the 5th class of the Prussian lottery.



# JOSETTI JUNO

CIGARETTEN

Gründliche Vergleiche mit anderen und vielfach tieferen Marken nicht zu scheuen. Die sorgfältigste Nachprüfung ihrer Eigenschaften kann auch dem schärfsten Kritiker nur Veranlassung geben, dem allgemeinen guten Urteil über ihren erstklassigen Character zuzustimmen. Der Kenner weiss, dass er bessere Qualitäten in keiner anderen Marke findet und jeder Raucher, der sie noch nicht geprüft, wird sich schon bei dem ersten Versuch davon überzeugen, dass er etwas Besseres für sein Geld in keinem anderen Fabrikat erhalten kann.



Josef-Juno m. u. o. Mundstück  
10 Stk. 20 Pf.

Josef-Juno Cigarettes · Josef-Juno Cigarettes

In der Strafsache gegen den Rechtsanwalt Johannes Hermann Adolf Weber in Berlin, geboren am 3. Juni 1874 in Berlin, Disident, wegen Beleidigung, hat die 4. Strafkammer des Königl. Landgerichts I. in Berlin am 5. Januar 1909 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung des Reichsschulinspektors Schwarze unter Verlesung mit den Worten des Verfahrens zu 50 M. Geldstrafe, an deren Stelle im Nichtbezahlungsfall für je 10 M. 1 Tag Gefängnis tritt, verurteilt.

Der in der Ausgabe des 'Vorwärts' vom 5. Juli 1906 Nr. 153 im Hauptartikel enthaltene Artikel 'Die Schule gegen die Eltern' ist unbrauchbar zu machen, ebenso derjenige Teil der Platten und Formen, auf welchen sich dieser Artikel befindet. Dem Reichsschulinspektor Schwarze wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung auf Kosten des Angeklagten durch Veröffentlichung des Urteilstenors binnen einer Frist von vier Wochen nach Rechtskraft des Urteils je einmal im 'Vorwärts' und im 'Königsblätter Kreisblatt' öffentlich bekannt zu machen.

**Bruch-Pollmann**  
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalten, Spritzen, Suspensionen sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigens Werkstatt. Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.  
Berlin N.,  
Leh Lothinger Straße 60.  
Alle Bruchbänder mit elastischen Bellen, angenehm u. weich am Körper.

**Hygienische**  
Bedarfsartikel. Neuester Katalog in Empfang. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. n. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichstraße 91/92

## Höchste Anerkennung

finden bei allen Rauchern

# Manoli

## Cigaretten

### Spezialmarken:

#### Dandy, Fix, Chic, Gibson Girl.

Eingeführt von 1191R  
den französischen u. italienischen staatl. Tabak-Region.

**Den Gewerkschafts- und Parteimitgliedern** empfehlen wir bei einem **Ferienaufenthalt an der Ostsee** das Swinemünder Gewerkschaftshaus, 'Waldschloß', auf dem höchsten Punkte der Stadt gelegen, 3 Minuten vom Bahnhof Bad, ca. 5 Minuten vom Strand und den Dampf-Angelegenheiten, 'Waldschloß' bietet herrliche Aussicht auf Meer, Wald und Stadt, und hat vorzögl. Betten und Verpflegung bei zivilen Preisen. Vereinen und Organisationen wird bei einem **Ausflug nach Swinemünde** Besichtigung empfohlen. Platz für ca. 1500 Personen. Für Raucherquartiere wird gesorgt. Anmeldungen 8 Tage vorher beim Delegierten E. Eckert. Das Swinemünder Gewerkschaftshaus.

### Verkäufe.

**Teppiche** (schlechte) Gelegenheitsverkauf. Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtslesern 6 Prozent Extrarabatt. 1011R

**Steppdecken** billigt Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

**Garbinenhaus**, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 1013R  
Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Romane usw. Gut ausgestattet, circa 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 90 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

**Teppiche!** (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Dr. Mann, Hofstraße Markt 4, Bahnhof Ecke. 20411R

**Vorläufige** hochlegante Anzüge und Paletots, aus feinsten Stoffen, früherer Preis 60-90, jetzt 20-40, werden täglich im Cavalier-Klub, Unter den Linden 61 II verkauft.

**5.00** prächtige Betten, 9.00 Bärenbetten, Damenbetten 12.00, Kissen, Damastbezüge 3.90. Nur Handliche Andreasstraße achtunddreißig. 2091R

**Sandbett**, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18.00, große Laten 1.00. 2092R

**Bärenbedecktes**, Unterbett, zwei Kissen 27.00. Handliche Andreasstraße achtunddreißig. Ammonen-vorlegern vergütet. 2093R

**Kleider-Ausgaben**, Gehe, Heine, Reuter, Schiller, Schafers, je vier Bände 6.- Mark. Eisenbarth, Hauff, je zwei Bände 3.50 Mark. Bürger, Kleit, Lenau, Uhlend, Wieland und andere, je ein Band 1.75 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

**Handleihhaus** Seidenweg 19, Allergroße Billigkeit! meldehant! Riesengroßer Seitenverkauf! Ausverkauf! hochlegante Jodett-Anzüge! Gehrock-Anzüge! Sommerpaletots! Gardinen-Anzüge! Blüschdecken! Steppdecken! hochlegante Teppich-Anzüge! Wandbühnen! Leinwand! Schmuckstücke! Verkauf täglich, auch Sonntags. 2117R

**Vorwärtsleser** erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitsverkäufen. Teppich-Thomas, Dramenstraße 100, Dramenplatz. 2094R

**Teppiche**, (schlechte), (poth-billig). **Schäferplaid**, großer Posten, unter Preis.

**Garbinen**, Stores, Muster-exemplare, für halben Wert.

**Schlafdecken**, ein Posten, für halben Wert.

**Steppdecken**, Musterstücke, poth-billig.

**Vorwärtsleser**, beachtet vorstehende 6 Anzeigen.

**Handleihhaus**, Rüstnerplatz 7, poth-billiger Verkauf von Damen-schürzen, Herrenschürzen, Ketten, Schmuck-laden, Garbinen, große Auswahl Blüsch, Federbetten, Portieren, Stepp-becken, Blüschdecken, verlässliche Händler.

**Damenanzüge**, Paletots, Kämle, Kothäme, teils auf Seide, durchweg 9 Mark. (Seltene Gelegenheits!) Julius Reumann, Bellealliance-straße 105. 2116R

**Monatanzüge**, Monatspaletots von 6.00 an, Gehrock-Anzüge 11.00 an, Dolan 1.50, Grad 4.00. Große Auswahl für starke Rauchwaren. Ab-teilung für neue Garderobe billigt. Kleinfelds, Zentralhaus, Grüner Weg 78, am Schließchen Bahnhof. Fahrgeld vergütet. 2542R

**Totalverkauf**, Restbestände Tuch- und Blüschportieren, Garnitur 2.65, 3.75, 4.85, 5.65, 6.75, 8.50, 9.50 usw. Weisenbergs Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125 2008R

**Tüchleindecken**, extra groß, 1.95, 2.25, 3.25, 4.25 usw.

**Erdbüchereien**, entzündende Aus-führungen, 3.45, 3.85, 4.50, 5.25, 6.00 usw. Gardinenhaus, Große Frank-furterstraße 125.

**Kiesenspänen** Gardinenreste und einzelne Fenster (2 Stk.) mit 10 Prozent Rabatt, Fenster 1.25, 1.85, 2.25, 2.75, 3.50, 4.50 usw. Gar-dinenhaus, Große Frankfurter-straße 125.

**Abfallteppiche** 3.25, 3.85, 4.50, 5.90, 6.50 usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125.

**Blüschteppiche** mit feinen Far-bstichen, 10 Prozent Extrarabatt, 7.50, 9.85, 11.-, 13.-, 15.- usw. Weisen-bergs Teppichhaus, Große Frank-furterstraße 125.

**Tuchdecken** 1.25, 1.75, 2.50, 3.50 usw.

**Blüschdecken** 3.85, 4.85, 6.50, 7.85, 9.25 usw. Große Frankfurter-straße 125.

**Kiesenspänen** Steppdecken, Wolle und Einmilch, 3.25, 3.85, 4.50, 5.50, 6.50, 7.85 usw. Große Frankfurter-straße 125.

**Massenverkauf** von Möbelstü-cken, Anlehn- und Leinwandstü-cken zu Spottpreisen. Weisenbergs Teppichhaus, Große Frankfurter-straße 125.

**Gasföcherhaus!!!** Geschlossenes Zweifeldgasföcher! 5.00. Einlochgas-föcher! 0.80. Gasbühnenapparate! Gas-beleuchtung! poth-billig! Bohlaner, Kallertbaterstraße 32. 1923R

**Hänflig** höchstbillig! Möbel, Gar-deroben, Uhren, Andersonwagen, Böfche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Tepp-iche, Portieren, Eisenmöbel, Kron-leuchter, Sprechmaschinen, Trauringe, Kransow, Stargardstraße 64.

**Turnstraße 67**, Billigste Einkaufs-quelle für jedermann, Kleinauswahl, Winterpaletots, Jodett-Anzüge, Geh-rock-Anzüge, Herrenschürzen, Burdchen-sachen, Damengarderobe, Braut-geschenke, Goldschmuck, Wandbühnen, Tischdecken, Blüschdecken, Stepp-becken, reizende Gardinen, Teppiche, Böfche, Betten, Bilder, Spiegel, Gas-tronen, Möbel-Anzüge, Deutsches Kleinhaus, Turnstraße 67 1634R

**Billige Holenwoche** hochlegante Herrenbesen aus feinsten Stoffen 7-15 Mark. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. 2761R

**Vorläufige** elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 15-40 Mark. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. 2762R

**Zentral-Handliche** Bringen-straße 56, I. Täglich Verkauf von verlässlichen Händlern. 50 Prozent billiger als im Laden. Betten, ganzer Stund 12.00, Laten 1.00, Goldschmuck, Herrengarderobe, Anzüge, Gehrock-Anzüge, Dolan, Tischdecken, Stepp-becken. Fahrgeld wird vergütet. 719

**Landhaus**, schöner Garten, 7000, Frederichsdorf, Anzahlung Lieberer-kauf, verkauft Krach, Reichensberg-straße 69. 2765R

**Kinderwagen**, gut erhalten, Erwald, Bergstraße 21. \*102

**Taschenbuch** für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des blüsch-liehen Bier-, Gemüse- und Obst-gartens von Max Heßdörfer. Mit 109 Textabbildungen. Preis 2.50 M. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

**Uttauer's** Nähmaschinen ohne An-zahlung, wöchentlich 1.00. Eichler-straße 99, Warschauerstraße 67. 2763R

**Germaunplatz 6**, Großher-und Juwelenbiller Händlereverkauf! Weltenerkauf! Ausverkauf! Blüschdecken! Gardinenverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Blüschdecken! Steppdecken! Empfehlenswerte Taschen-rehren! Ketten-Anzüge! Ring-anzüge! Freischwinger! Wertvolle erprobte Jodett-Anzüge! Gehrock-Anzüge! Herrenschürzen! Sommer-paletots! Sonntags ebenfalls ge-öffnet. \*102

### Geschäftsverkäufe.

**Restoration**, altes Geschäft, schöne Verrens- und Wohnräume, veräußert, Miete 2250, Verkaufspreis 3000. Erfragen Kappelerstraße 41, Lokal. 2707R

**Materialwaren**, Obst- und Ge-müsegeschäft, Weiten, kontarrenslos, gute Lagerstätte, täglich feilend, wegen Krankheit zu verkaufen. Aus-lund Etoble, Fürstenstraße 6 I.

**Material**, Porzellan, Gemüsel-ker (Kolle), jeden annehmbaren Preis veräußert. Erfragen bei Linde, Kleine Andreasstraße 20. \*42

**Zigarrengeschäft**, Osten, altes, wegen Bergung und Übernahme eines anderen Geschäfts zu verkaufen. Wengels, Andreasstraße 17. \*42

**Gedächtnis**, Borgarten, Kauf-gegen, seltene Exponate, umhän-delbar sofort veräußert. Hildorf, Hermannstraße 152. \*102

**Wer übernimmt ein Seiten-geschäft?** 400 Mark dazu nötig. Meldungen postlagernd 'Seite', Post-amt 43. \*70

**Restaurant** wegen Krankheit der Frau zu verkaufen. Näheres Wisen-straße 19, Zigarrengeschäft. \*90

### Möbel.

**Möbelstücke** ret., gegründet 1901, Glasfreibühnen 67 (am Westplatz), Hof, Fabrikgebäude, liefert reelle Wohnmoteinrichtungen sowie ein-zelne Möbelstücke zu Fabrikpreisen. Größte Auswahl. Katalog. Genossen 3 Prozent. 1958R

**Gebrachte** Möbel auf Verleihen-gerungen, Schränke, Vertikals, Käse, Sofas, Schreibische, Bücherchränke, Büchete, Garnituren, Bettstellen, Wasch-kollekten, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Wirtschaften bedeutend billiger wie überall. Lemmerts Möbel-peicher, Lothingerstraße 55. 2202R

**Möbel** billiger kann keiner ver-kaufen als die Möbelfabrik Hirschowitz, Stallstraße 25. Außergewöhnlich billiges Angebot. 100 englische nuß-baum Bettstellen 33.-, Schlafzimmere-son für 200.-, Geblegenes Esset-zimmer, Herrenzimmer, Schreibische, Büchete, Umbauten, Garnituren, Blüsch-solas, Küchen, Hirschowitz, Stall-straße 25. 2072R

**Zweckbilliger** Möbelverkauf in ein-fachen sowie besseren Einrich-tungen, Saiten, Eichen-Schlafzimmer, Büchete, Säulenchränke, Jugendstil, Nachschränkchen, Vertikals 25.-, Ver-bündungsische, Kuchentische 20.-, ele-gante Stühle 3.70, Kommoden, moderne Küchen, reiches Lager in Gelegen-heitskäufen. Möbel-Vollwarenhandel, Schauffelstraße 43, Hirschowitz. 2112R

**Billiger** wie fast jedes Möbel-geschäft! Im Ausverkauf! Hirschowitz, Stallstraße 25, Schönhauser Lor, stehen billige Wohnmoteinrichtungen bis zu 50 Prozent billiger! Ein-richtung mit moderner Küche, seit 400 jetzt 250, bessere 325, 400, 500 bis 900. Säulentrumeau, Blüschsola, Garnituren, Umbauten, Lederstühle, tiefe Kleiderchränke, Vertikals, Büchete, Schreibische, moderne Küchen 62-150, Koffergarderobe, Schönhauser Lor, Hof, Speicher. 2788R

**Möbelverkauf**, Wegen Todes-fall bedeutend herabgesetzte Preise. Mehr, Petersburgerstraße 62.

**Waisenaufr.** 10, Ede Kostigst. S. Frau, bekannt als beste Verlags-quelle. Kassa und Teilzahlung. 1716R

**Dresdenerstraße 107/108**, Heinrich Stargard's Möbelpelcher, leben zu billigen Preisen Einrichtungen für Brautleute und Sommerwohnungen zum Verkauf. Darunter komplette Woh-nungseinrichtung 150.00 an; einzelne Möbelstücke, eigene Speisezimmer, eigene Herrenzimmer, Schlafzimmere, Bibliotheken, Bücherchränke, Sofa-umbauten, Raumend billig, wunderbare Säulentrumeau 30.00, Schreib-ische 30.00, Ruhebetten 20.00, Kleider-schränke 24.00, Bettstellen mit Matratze 18.00, Kuscheletisch 13.00, Wasch-kollekten 20.00, Tischensolas 45.00, bunte Küchen Raumend billig. Nie wiederlebende Gelegenheit. Keine Paktalen, nur Hauptgeschäft und Fabrik-lager, Lagerung, Transport frei.

**Möbel-Gelegenheit!** Wenig ge-brachte, guterhaltene Möbel, auch neue, einfache, eleganteste, beliehen gewesen, verlässliche poth-billig. Speicher, Neue Königstraße 6/8, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Zahlungserleichterung.) 2721R

**Möbel**, gebrauchte, gut erhalten, Gelegenheit aus Räumungen, Auktionen, verlässliche poth-billig. Möbelpelcher, Rosenfahlerstraße 26, Fabrikgebäude. (Zahlungserleichterung.) 2721R

**Wichtig** für Brautleute und jeder-mann. Es werden diese Woche ge-brachte und verlässliche gewundene Möbel billig verkauft. Vertikals, Kleider-schrank 20, Kuscheletische, Sofaische 15, Kommoden, Waschkollekten 20, Bett-stellen mit Matratzen 18, Herren-schreibische 26, Säulentrumeau 28, Wohnzimmere, Schlafzimmere, bunte Küchen 55, Paneelesolas 85, Ruhe-betten 20, Sofa 22, Matensammlung, Stargard, Lothingerstraße 69.

**Kinderdrachent.** neu, Näheres-dorferstraße 30, Radleret. \*42

**Abreisfahler** Kleiderschrank 15.-, Bettische, Matratze 12.-, Schlafsola, Kommode 9.-, Gartenstraße 39, Radleret. 2764R

### Fahrräder.

**Herrenfahrrad**, Damenfahrrad einmal benutzt 40.00. Holz Dämmen-straße 30b. 1683R

**Herrenfahrrad**, Damenfahrrad, 20.00, 30.00, Schadel, Anselstraße 13.

**Fahrräder**, Teilzahlungen. In-valdisstraße 20, Stallstraße 40, Turnstraße 31. 1830R

**Groß-Berlins** billigste Fahrräder-Bezugsquelle, Fahrtradbüchhaus Char-lottenburg, Bismarckstraße 62. Ar-beiter- u. Radfahrerbund 10 Prozent Rabatt. 1850R

**1000** Brennabor, Adler, Dürkopp-räder usw., 5.-, 10.-, 15.-, 20.-, 25.-. Auch Einzelverkauf, Engros-Preise. Fahrtradbüchhaus Wagnow, Weinmeisterstraße 14. 2048R

**5000** neue Fahrräder, 35.-, 40.-, 42.-, 45.-, in elegantester Ausfüh-rung 75.-. (Reinbillige Gar-antien.) Raduom, größtes Fahrrad-haus Berlins, Weinmeisterstraße 14, Jahresumlauf circa 10 000 Fahr-räder. Tausende Anerkennungs-schreiben. 2049R

**Geschäftsbetrieb**, äußerst stabil, 50.00 an Holz, Dämmenstraße 30b. \*

**Fahrräder**, Teilzahlungen ohne Vorauszahlung, Zubehör, Gummi, Bringmaschinen Raumend billig. Lothingerstraße 40 und Steglitz, Schloßstraße 118. 2020R

**Brennaborräder**, Teilzahlungen ohne Anzahlung, Nege, Danziger-straße 95. 1917R

**Nähererleichterung**, Zweifacher, Dreifacher, Herrenfahrrad, Damen-fahrrad, (schönes modernes, 35.00, Laten 65.00. Große Frankfurter-straße 14, Kämmeret. \*30

### Musik.

**Wiese** Pianino weit unter Preis zu verkaufen. Französischstraße 15, I rechts. 67/3

**Nußbaumplano**, fast neu, poth-billig. Warschauerstraße 58, Quer-gebäude I. 65/30

**Violinunterricht** (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1.25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des 'Vorwärts'.

### Verschiedenes.

**Kunststapleret** von Frau Kolosk Schachtenke, Kurstraße 8, III. **Varenanwalt** Wessel, Wilschiner-straße 9a. 2553R

**Zerns** die Mutterstraße beherbergen Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache eracht Damen und Herren (Separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unter-richtsstunde wöchentlich genügt Ge-schäftsangelegenheiten und unter G. 4 an Expedition des 'Vorwärts' zu richten.

**Wittigste!** 0.50 einjährig! Gedruckt. Drei Gerichte (Kuchsch.). Annenstraße 16. 2121R

**Platin**, alles Gold, Brautgold, Silber, Gebisse, Redgold, Goldwaren, Treffen sowie sämtliche edelmetall-haltigen Küchstände laßt Gold- und Silber-schmelze, Köpenderstraße 29, Telefon 4, 6933. 2122R

**Nähmaschinenreparaturen**, sach-gemäß, schnell, billig, auch außer dem Hause, Sellmann, Gollnow-straße 23. 1903R

**Leihhaus** Mocher\*, Große Frank-furterstraße 118, laßt, beliebt Herren-garderobe, Schirmen, Silberarbeiten, Uhren, Böfche, Feilwaren, Stoffe, Jagdarten, Fahräder sowie jeden Wertgegenstand. 2007R

**Dandyschere**, Frau Seiler, Köpender, Charlottenstraße 23. Ab-holung Frankfurter Allee. \*116

### Vermietungen.

**Zimmer**. Gut möbliertes Zimmer, 2 Herren oder Damen, 14 Mark inklusive, vermietet Frau Stegler, Schirmer-straße 18, Gartenhaus II, 8 Minuten Bahnhof Frankfurter Allee. \*116

**Teilnehmer** zum möblierten Zimmer gesucht. Frau Jacoben, Bienenstraße 10, vorn II.

**Freundlich** möbliertes Zimmer Kottbuserdamm 39 I, überm Domban-ellen. (Hermannplatz). Schmidt.

**Kleines** möbliertes Zimmer, an-fängliches Preisniveau, allein, 10 Mark, Straßunderstraße 30, rechter Seiten-süßel III. \*70

### Schlafstellen.

**Möblierte** Schlafstelle. Witwe Scheffer, Swinemünderstraße 41, Quergebäude I. \*113

**Möblierte** Schlafstelle für Herrn Admiralsstraße 16, Hartig. 69/16

**Möblierte** Schlafstelle Kottbuserdamm 15, III rechts. 1802R

**Möblierte** Schlafstelle, Quag, Zimmerstraße 84, Hof II. 2726R

**Möblierte** Schlafstelle für Herrn, Witwe Gleich, Grünweg 60, vorn 2 Treppen. \*42

### Arbeitsmarkt.

**Möblierte** Schlafstelle, separa-allein, Unterl, Koppensstraße 65, vorn IV. 27650

**Möblierte** Schlafstelle, Herrn Swinemünderstraße 81, vorn II, Dand. **Freundliche** Schlafstelle zu ver-mieten Radiborstraße 16, Hof parterre rechts. \*15

**Zwei** gemüthliche, freundliche Schlaf-stellen Holzmarktstraße 13, Witwe Kalka. 27630

### Stellenangebote.

**Korbmacher** gesucht auf Bambus, Reddigroße und Weidenstraße. Besch u. Dauer, Kleifstraße 6. 27660

### Zum Arbeitsmarkt durch

besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

### I. Arbeiter-Sekretär

für Dortmund per 1. Juli eventuell auch später gesucht. Anstellungsbedingungen des Vereins Arbeiterpreise. Bewerber wollen sich an Gustav Pils, Dortmund, Steinstraße 41, unter der Nummer 1000\* bis zum 15. Juni dieses Jahres melden. 28420\*

Auf erste Kraft wird reflektiert.

### Achtung!

### Holzarbeiter

**Wegen Streit** und Differenzen sind gesperrt: für Tischler, Polierer und Ma-schinuarbeiter

Möbelfabrik Saalfeld in Schmiedt. Handwerker Brand, Buch u. Weiland in Steglitz.

Gleichzeitig eruchen wir die Kollegen aller Branchen der Holz-industrie die Vermittlungsbüroaus Blankenfeldestr. 4 u. Ansbacher-straße 16 freng zu meiden. Diese Bureau bemühen sich, Arbeitswillige nach Heiltsfeldt anzuwerben.

für Kistenmacher: Aikenfabrik Drechsel, Heinerd-borfer Straße 15.

für Korbmacher: Roemann, Schreinerstraße 22; Gnuwe, Friedrich-Karl-straße 3.

Die Ortsüberwachung.

### Achtung! Fliesenleger!

Wegen Nichtannahme des Tarif's sowie verfallenden Lohnes sind die Bauten des Baumeisters

**Körner**, Potsdamer Straße 119, gesperrt!

Die Baustellen liegen Düsselborferstraße, Ede Wärttem-bergische Straße, Wilmersdorf. **Rifoldsburger** Wagn. 187/13\* **Hohensofendamm**, Ede Schloßstr. 44, Straße.

Um weigehendste Befamthgnde ersucht Der Vorstand der Section der Fliesenleger Berlins. Die Müsenfabrik von **S. Gärtner & Co.** Markustre. 60

Wegen Ansperrung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen gesperrt! Zutug ist streng fernzuhalten! Deutscher Rüstschereverband Ortsüberwachung Berlin.